Ein Schattenbericht über
Rechtsextremismus, Rassismus
und Antisemitismus

Berliner Zustände 2017

Hrsg. MBR & APABIZ, Juni 2018

Chronik 2017 001—249

rechter, rassistischer und antisemitischer Angriffe in Berlin

Unsere Erkenntnisse veröffentlichen wir, so weit wie möglich, in unserer berlinweiten Chronik. Darin, sind nicht alle von uns dokumentierten und ausgewerteten Angriffe enthalten. Das hat unterschiedliche Gründe: Manchmal lehnen die Betroffenen aus Angst vor weiteren Gewalttaten jede Form der Veröffentlichung ab. Manchmal ist eine Angriffssituation so kompliziert, dass sie sich nicht in wenigen Sätzen beschreiben lässt. So differieren die ausgewerteten Gesamtzahlen mit der Anzahl der Chronikmeldungen. — ReachOut

Berliner Zustände 2017

Vorwort der Redaktion

Berliner Zustände 2017

von Kilian Behrens, Vera Henßler, Frank Metzger (apabiz) und Simon Brost, Bianca Klose (MBR)

Nach einem Jahr Pause mit der Printversion, die wir dafür genutzt haben, alle Texte der vergangenen Ausgaben zu digitalisieren (www.schattenbericht.de), liegt nun die elfte Ausgabe der »Berliner Zustände – Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus« vor. Die Artikel sind im Laufe der vergangenen Monate bereits online veröffentlicht worden und werden nun auch in gedruckter Form allen Leser*innen einen Überblick über die Lage in Berlin im Jahr 2017 bieten. Vor allem aber wollen wir die alltägliche Arbeit derjenigen sichtbarer machen, die dem viel zitierten Rechtsruck etwas entgegensetzen.

Die demokratische Stadtgesellschaft gerät zunehmend unter Druck, (extrem) rechte Strömungen sind im Aufwind. Diese Entwicklung erfüllt uns mit Sorge.

Die schon in den Berliner Zuständen 2015 diagnostizierte »Neue Unübersichtlichkeit« (extrem) rechter Akteure hat sich in den letzten drei Jahren weiter verfestigt und in Ansätzen sogar institutionalisiert: ehemalige Kader der extremen Rechten arbeiten nun im Deutschen Bundestag, menschenverachtende Positionen erhalten unter dem Deckmantel der »Meinungsfreiheit« diskursive Legitimation, gut situierte Bürger*innen demonstrieren mit VertretrerInnen der extremen Rechten. Die Unterscheidungskriterien zwischen dem neonazistischen Lager, Akteuren der so genannten »Neuen Rechten« und nationalkonservativen Kräften verschwimmen zunehmend.

001 **1. Januar, Berlin-Spandau**

Gegen 3.10 Uhr wird der 21-jährige Inhaber eines Lokals in der Schönwalder Straße von einem 35-jährigen Gast, der auch den Hitlergruß zeigt, rassistisch beleidigt und mit Gläsern beworfen.

Polizei Berlin, 30.10.2017

002 **4. Januar, Berlin-Spandau**

Eine Frau, die ein Kopftuch trägt, wird im U-Bahnhof Siemensstadt von einem Mann aus antimuslimischer Motivation sexuell belästigt.

Register Spandau

003 **4. Januar, Berlin-Reinickendorf**

Eine Frau wird in einem Wohnhaus von einem Nachbarn aus dem Fahrstuhl gestoßen und aus antiziganistischer Motivation beleidigt. Die Betroffene erstattet Anzeige.

Register Reinickendorf
Amaro Foro

Im Jahr 2017 erfolgte eine bundespolitische Zäsur: Am 24. September zog die »Alternative für Deutschland« (AfD) mit 12,6 Prozent als drittstärkste Fraktion in den Deutschen Bundestag ein. Inzwischen wissen wir, dass ihr damit in den nächsten vier Jahren die Rolle der Oppositionsführerin zukommt. Das Paradigma der alten Bundesrepublik, wonach im Parteienspektrum politisch rechts von den Unionsparteien kein Platz sein sollte, ist damit erstmalig aufgebrochen. Die Präsenz der neu gewählten Abgeordneten und ihrer MitarbeiterInnen hat das Potenzial, auch die Stadtgesellschaft am Regierungssitz Berlin nachhaltig zu verändern. Mit der Verlagerung des Lebensmittelpunktes vieler ProtagonistInnen in die Stadt könnte Berlin zu einem neuen Schwerpunkt (extrem) rechter Aktivitäten werden. Zahlreiche symbolträchtige und repräsentative Orte bieten die Möglichkeit für provokative Inszenierungen und internationale, insbesondere europäische Vernetzung.

Dass Einstellungen, die nun mit der AfD parlamentarisch repräsentiert sind, schon lange vor der letzten Bundestagswahl von einem signifikanten Teil der Deutschen geteilt wurden, darauf hat die Einstellungsforschung schon seit langem immer wieder hingewiesen. Nun können diese Positionen auch im Deutschen Bundestag wirksam werden. Die politischen Angriffe innerhalb und außerhalb der Parlamente richten sich gegen die Grundlagen einer demokratischen Zivilgesellschaft. Mit rassistischen und antifeministischen Forderungen wird versucht, grundlegende demokratische und emanzipatorische Errungenschaften der vergangenen Jahrzehnte zurückzudrehen. Der Kultursektor soll auf die Vermittlung von »Heimatliebe« verpflichtet, die Mitbestimmung der Gewerkschaften in den Betriebsräten durch Konkurrenzlisten geschwächt und Diskurse über Antisemitismus und Sexismus gegen Minderheiten gewendet werden. Die Strategie der verschärften Ethnisierung gesellschaftlicher Debatten ist bereits zum Teil erfolgreich und ist nicht auf die AfD begrenzt. In diesem Klima fühlen sich auch aktionsorientierte Neonazis dazu ermutigt, wieder zunehmend zur Tat zu schreiten.

Die Reaktionen von Seiten demokratischer Parteien und der Zivilgesellschaft waren mitunter gekennzeichnet durch

004 **12. Januar, Berlin-Pankow**
Eine Frau wird in einer Einzelhandelsfiliale von einem Mann rassistisch beleidigt und geschlagen. Die Frau erstattet Anzeige.
Register Pankow

005 **14. Januar, Berlin-Neukölln**
In der Nacht von Freitag auf Samstag wird in der Britzer Hufeisensiedlung das Auto einer Neuköllner Bezirksverordneten, die auch bei den Neuköllner Falken arbeitet und sich antifaschistisch engagiert, angezündet. Die Besitzerin des Autos war in der Vergangenheit mehrfach Ziel extrem rechter Bedrohungen.
Register Neukölln

006 **14. Januar, Berlin-Wedding**
Ein Mann wird beim Verlassen des U-Bahnhofs Osloer Straße von einen unbekannten Mann aus antimuslimischer Motivation beleidigt, körperlich bedrängt, verfolgt und mit einem Messer bedroht. Anwesende BVG-Mitarbeiter greifen nicht ein.
Register Mitte

ein »Ritual einer zwanghaften Symmetrisierung« (Habermas) vermeintlich gleichrangiger Bedrohungen einer demokratischen »Mitte« von rechts und links. Statt demokratisches Engagement gegen Rassismus und die extreme Rechte zu stärken, werden zivilgesellschaftliche Akteure wie jüngst das »Bündnis Neukölln« geradezu reflexhaft unter den Verdacht des »Linksextremismus« gestellt. Statt sich schützend vor Minderheiten zu stellen, sich mit ihnen zu solidarisieren, sie zu bestärken und zu unterstützen, wird eine Debatte darüber geführt, wie am Besten mit den Rechten zu reden sei. »Schwarze Perspektiven auf institutionellen Rassismus« stehen im Vordergrund des Textes von Bafta Sarbo und Tahir Della. Die beiden Aktiven der Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland (ISD) beschreiben darin ihre Arbeit zur Sichtbarmachung verschiedener Formen rassistischer Gewalt und Aufklärung über diskriminierende Polizeipraktiken. Sie kommen zu dem Schluss, dass der Austausch und die gegenseitige Unterstützung in breiten antirassistischen Bündnissen zum Erfolg führen können. Die Betroffenenperspektive in den Vordergrund zu stellen, dafür sprechen sich in einem gemeinsamen Interview die Berliner Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş und Mitglieder der Familien Arslan und Yılmaz als Angehörige der Opfer der rassistischen Brandanschläge von Mölln aus. Sie berichten über Kooperationen und Probleme der Gedenkpolitik für Opfer rassistischer Gewalt und betonen die Notwendigkeit, unabhängig von staatlichen Institutionen eigene Gedenkveranstaltungen zu organisieren. Rassismus tötet in Berlin. Diese Schlussfolgerung zieht Reach Out, die Opferberatung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, aus einem besonderen Beratungsfall. Der skandalöse Umgang von Unterkunftsbetreibern und Behörden hatte 2016 zum Suizid einer Frau mit traumatischer Fluchterfahrung geführt.

Die Berliner Obdachlosenhilfe e.V. berichtet im Interview über die in der Gesellschaft weit verbreiteten sozialdarwinistischen Einstellungen und über rechte Instrumentalisierungsversuche der Situation von Wohnungs- und Obdachlosen. Der Verein hatte Spenden von Kleidungsstücken von Szenemarken der extremen Rechten

007 **16. Januar, Berlin-Köpenick**
Gegen 17.05 Uhr wird eine 32-jährige Frau von einem unbekannten Mann vor einem Einkaufszentrum in der Bahnhofstraße rassistisch beleidigt. Der Frau wird von dem Täter eine brennende Zigarette ins Gesicht geschnippt.
Polizei Berlin, 17.01.2017

008 **19. Januar, Berlin-Pankow**
Eine Frau wird in der Kissingenstraße von zwei Männern aus politischen Gründen angegriffen. Die Angreifer sind Teilnehmer einer Bärgida-Demonstration und stehen der Identitären Bewegung nahe.
Register Pankow

009 **20. Januar, Berlin-Friedrichshain**
Ein Mann wird auf dem S-Bahnhof Frankfurter Allee durch einen unbekannten Mann, der den Hitlergruß zeigt und »Adolf Hitler« ruft, aus rassistischer Motivation geschlagen. Er erstattet keine Anzeige.
Polizei Berlin, 23.06.2017

öffentlich abgelehnt. Er fordert mehr Geld für bereits bestehende Projekte und einen Ausbau niedrigschwelliger Unterstützungsangebote. Das widersprüchliche Verhältnis der AfD zum Antisemitismus analysiert die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS). Die Autoren sehen die Partei in einem Spannungsfeld zwischen Relativierung und Instrumentalisierung. Anlässe boten antisemitische Vorfälle an Schulen, denen Muslime, Lehrer*innen, Jüd*innen, Jugendliche und Politiker*innen gemeinsam und gleichberechtigt begegnen müssten, meint Dervis Hizarci von der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIGA) e.V. Im Visier der AfD sei ausschließlich der muslimisch motivierte Antisemitismus, in den eigenen Reihen hingegen werde der Antisemitismus genauso geduldet wie offener Rassismus. Das ist auch das Ergebnis der vom Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V. (apabiz) vorgenommenen Bestandsaufnahme des Berliner Landesverbands der Partei vor der Bundestagswahl.

Der Einzug der AfD in das Berliner Abgeordnetenhaus war für Buchhändler*innen aus Neukölln der Anlass, sich in der Initiative »Neuköllner Buchläden gegen Rechtspopulismus und Rassismus« zu vernetzen, schreibt Lena Mahler in ihrem Artikel »Am Anfang stand der Schock«. Nur etwas mehr als eine Woche nach einer Informationsveranstaltung wurden bei dem Rudower Buchladen »Leporello« die Scheiben eingeworfen – mutmaßlich von Rechtsextremen. Der Angriff reiht sich ein in eine seit Mai 2016 andauernde Serie, die, wie die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) herausarbeitet, Ausdruck einer rechtsextremen Strategie der Einschüchterung von Engagierten ist.

Angesichts zunehmender Anfeindungen ist deren klare Benennung, kritische Widerrede sowie ein solidarisches Zusammenstehen der Betroffenen und der Engagierten wichtiger denn je. Wir wünschen eine interessante Lektüre, die dazu ermutigt, auch selbst aktiv zu werden – gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.

010 **20. Januar, Berlin-Hellersdorf**
Gegen 23.15 Uhr wird eine 23-jährige Frau in der Alten Hellersdorfer Straße aus einer Gruppe von Jugendlichen heraus aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt und geschlagen.

Polizei Berlin, 23.06.2017

011 **21. Januar, Berlin-Charlottenburg**
Ein 24-jähriger Mann wird gegen 5.10 Uhr vor einer Bar in der Fasanenstraße von einem 28- und einem 33-jährigen Mann antisemitisch beleidigt, geschlagen und getreten.

Polizei Berlin, 23.06.2017

012 **21. Januar, Berlin-Lichtenberg**
Gegen 20.30 Uhr werden drei Mädchen auf dem U-Bahnhof Tierpark von einem Mann, der von drei Männern begleitet wird, antiziganistisch beleidigt. Ein Mädchen wird geschlagen, heftig am Handgelenk gepackt und bespuckt. Als Passantinnen eingreifen, entfernt sich der Täter unerkannt.

Register Lichtenberg

6. Juni
2017

Mobile Beratung
gegen Rechtsextremismus
Berlin (MBR)

Einschüchterung als Strategie



Bereits in den Jahren 2009–2012 attackierten Rechtsextreme aus dem Umfeld des militanten Neonazi-Netzwerks »Nationaler Widerstand Berlin (NW-Berlin)« antifaschistische und alternative Einrichtungen, besonders in Neukölln. Um eine kompetente Beratung anbieten zu können, beobachtet und analysiert die MBR fortlaufend die Entwicklungen der rechtsextremen Szene in der Stadt. Im folgenden Artikel werden die aus der Arbeit der MBR gewonnenen Erkenntnisse zur aktuellen rechtsextremen Angriffsserie dargelegt und mit einer Einschätzung der strategischen (Neu-)Ausrichtung aktionsorientierter Rechtsextremer verknüpft. Der Text untersucht die Ziele und die Motivation hinter der Serie rechtsextremer Anschläge gegen Engagierte in Neukölln.

013 **21. Januar, Berlin-Marzahn**
Ein geflüchteter Mann wird gegen 21.00 Uhr an einer Bushaltestelle in der Nähe des S-Bahnhofs Mehrower Allee von vier Männern rassistisch beleidigt und von einem der Männer geschlagen.

Register Marzahn-Hellersdorf, Antirassistisches Register ASH

014 **23. Januar, Berlin-Neukölln**
Gegen 1.30 Uhr wird in Britz das Auto eines antifaschistisch engagierten Gewerkschafters in Brand gesetzt.

Register Neukölln

015 **23. Januar, Berlin-Neukölln**
Gegen 2.30 Uhr wird das Auto des Inhabers einer Buchhandlung in Rudow, der sich in der Initiative »Neuköllner Buchläden gegen Rechtspopulismus und Rassismus« engagiert, angezündet. Bereits im Dezember 2016 wurden die Fensterscheiben seines Buchladens von Unbekannten eingeworfen.

Register Neukölln

Seit dem Frühsommer 2016 beobachtet die MBR eine Serie von rechtsextremen Angriffen. Drohungen wurden gezielt an bestimmte Hauswände und in Treppenhäuser gesprüht, Scheiben eingeworfen und Autos angezündet. Betroffen waren neben demokratischen Kommunalpolitiker_innen und Gewerbetreibenden vor allem Menschen, die sich außerhalb der Parlamente in verschiedenen Kontexten gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit engagieren. Ausgangspunkt und zugleich Schwerpunkt der nächtlichen Anschläge militanter Rechtsextremer war der Bezirk Neukölln, in dem sich zwischen Mai 2016 und Mai 2017 allein 35 von 45 der Fälle, die der MBR bekannt wurden, ereigneten. Zu weiteren rechtsextremen Angriffen, die die MBR der Serie zuordnet, kam es in den Stadtteilen Wedding, Kreuzberg und Schöneberg. Bei vereinzelt aus weiteren Bezirken bekannt gewordenen ähnlichen Angriffen handelt es sich mit hoher Wahrscheinlichkeit um Nachahmungstaten lokaler rechtsextremer Strukturen. Darauf lassen Abweichungen von der aus den anderen Fällen bekannten Vorgehensweise schließen.

Begleitet wurden die aktuellen Angriffe durch Veröffentlichungen auf einer von Neuköllner Rechtsextremen betriebenen Facebookseite, auf der mehr oder weniger deutlich dazu aufgerufen wurde, aktiv zu werden. Im August 2016 erschien neben einer Liste von Flüchtlingsunterkünften im Bezirk eine Grafik, die Büros demokratischer Parteien und alternative Projekte vor allem im nördlichen Neukölln mit Adressen aufführte. Eine zum Jahrestag der antisemitischen Novemberpogrome veröffentlichte berlinweite Karte mit jüdischen Einrichtungen führte nach öffentlichen Protesten schließlich zur endgültigen Löschung der Seite durch den Plattformbetreiber. Die Karte mit den antifaschistischen Einrichtungen, von denen zwei im Rahmen der aktuellen Serie zum Ziel von Brandanschlägen wurden, ist bis zum heutigen Tag über die Facebookseite des Neuköllner NPD-Kreisverbandes abrufbar. Dass entsprechende »Feindeslisten« mit Einrichtungen online gestellt werden, um dann im Anschluss vermehrt zum Ziel rechtsextremer Anschläge zu werden, konnte bereits in früheren Jahren bei vergleichbaren Angriffen aus dem Umfeld des damals aktiven rechtsextremen Netzwerks »Nationaler Widerstand Berlin (NW-Berlin)« beobachtet werden. Neu an der aktuellen Serie ist allerdings, dass nicht mehr hauptsächlich Kneipen und Vereinsräume im Fokus stehen, sondern verstärkt Engagierte unmittelbar an ihren privaten Wohnanschriften bedroht werden. Doch wie konnten die Rechtsextremen an die Adressdaten der Betroffenen gelangen?

Neu an der aktuellen Serie ist allerdings, dass nicht mehr hauptsächlich Kneipen und Vereinsräume im Fokus stehen, sondern verstärkt Engagierte unmittelbar an ihren privaten Wohnanschriften bedroht werden.

016 **23. Januar, Berlin-Reinickendorf**
Ein 29-jähriger und ein 51-jähriger Bauarbeiter der neuen Flüchtlingsunterkunft im Senftenberger Ring im Märkischen Viertel werden gegen 8.00 Uhr von Unbekannten mit Feuerwerkskörpern, die direkt neben ihnen detonieren, beworfen.

Polizei Berlin, 30.10.2017

017 **23. Januar, Berlin-Wedding**
Ein 47-jähriger Mann wird auf dem U-Bahnhof Osloer Straße gegen 15.30 Uhr von zwei Jungen im Alter von 14 und 15 Jahren rassistisch beleidigt, mit leeren Getränkedosen beworfen und bespuckt. Der 47-Jährige wird von einem der Täter getreten und verletzt.

Polizei Berlin, 23.01.2017

018 **24. Januar, Berlin-Friedrichshain**
Ein Mann und seine Begleiterin werden aus LGBTIQ-feindlicher Motivation von einem unbekannten Mann angespuckt. Die beiden werden von dem Unbekannten bis zum S-Bahnhof Ostkreuz verfolgt. Der Mann wird von dem Täter aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt.

Register Friedrichshain

Gezielte Bedrohungen im privaten Wohnumfeld

Das Ausspähen von Adressen von Menschen, die Rechtsextreme für ihre politischen Gegner_innen halten, ob engagierte Journalist_innen, Gewerkschafter_innen, Kommunalpolitiker_innen oder Antifa-Aktivist_innen, ist seit Jahrzehnten gängige Praxis und Teil einer als »Anti-Antifa Arbeit« bezeichneten Strategie. Gezielt werden Gerichtsprozesse besucht oder Akteneinsichtsrechte in Ermittlungsverfahren genutzt und versucht sich Zugang zu den Kundendaten von Versandhändlern zu verschaffen, die Produkte gegen Rechtsextremismus vertreiben. Auch vor dem Entwenden privater Post aus dem Briefkasten schrecken Rechtsextreme nicht zurück. In den aktuellen Fällen von Bedrohungen an und in den Wohnhäusern der Betroffenen ist es den rechtsextremen Täter_innen nun auf bisher ungeklärtem Weg gelungen, sich in den Besitz eines größeren Satzes von Adressdaten Engagierter zu bringen, die gestaffelt in mehreren nächtliche Touren aufgesucht wurden. Die MBR weiß von insgesamt 21 Fällen dieser Art. Was haben diese Fälle gemeinsam?

In den aktuellen Fällen von Bedrohungen an und in den Wohnhäusern der Betroffenen ist es den rechtsextremen Täter_innen nun auf bisher ungeklärtem Weg gelungen, sich in den Besitz eines größeren Satzes von Adressdaten Engagierter zu bringen.

Auftakt zu insgesamt drei jeweils in einer Nacht an mehreren Privatadressen durchgeführten Sprühaktionen war der 27. Dezember 2016. An sechs Wohnanschriften im Norden Neuköllns fanden sich in großen Druckbuchstaben mit roter Farbe gesprühte Schriftzüge. Jeweils an der Fassade und im Eingangsbereich der Mehrfamilienhäuser wurden die Betroffenen unter Nennung von Vor- und Zuname mit einer identischen, unter Rechtsextremen für linkspolitisch Engagierte gebräuchlichen Bezeichnung beleidigt. Zusätzlich wurden ihre Klingelschilder gekennzeichnet. Zwei Bedrohungen nach dem gleichen Muster wurden der MBR aus der Nacht aus Kreuzberg und Schöneberg bekannt. Die nächsten Vorfälle ereigneten sich in der Nacht zum 07. Februar 2017, diesmal im Ortsteil Wedding. Die MBR erfuhr von sieben Adressen, bei denen sich Rechtsextreme teilweise auch Zugang zu den Häusern verschafften und zusätzlich Schriftzüge in den Hausfluren und Treppenhäusern hinterließen. Auffällig war neben der in diesem Fall zum Teil expliziten bedrohlichen Ansprache die Verwendung von sexistischen Bezeichnungen für Personennamen, die als weiblich wahrgenommen wurden. An mindestens einem der Orte befand sich zudem ein Keltenkreuz, ein verbotenes rechtsextremes Symbol. Die dritte und bisher letzte Serie von Drohsprühereien folgte unmittelbar anschließend in der Nacht zum 08. Februar 2017 wieder in Neukölln. Sechs Wohnhäuser waren betroffen, gesprüht wurde erneut an Hausfassaden, Eingangstüren und teils großflächig in den Treppenhäusern. In zwei Fällen wurde ein Marker-Stift statt Sprühfarbe verwendet.

019 **24. Januar, Berlin-Mitte**
Ein 19- und ein 26-jähriger Mann werden gegen 20.10 Uhr in der Dircksenstraße von zwei 18-jährigen Frauen, einem 17- und einem 19-jährigen Mann aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt und angegriffen.

Polizei Berlin, 23.06.2017

020 **29. Januar, Berlin-Wedding**
Gegen 17.50 Uhr wird ein 29-jähriger Mann in einem Einkaufszentrum in der Brunnenstraße von einem unbekannten Mann rassistisch beleidigt, bespuckt, gegen den Kopf geschlagen und mit einem Messer bedroht.

Polizei Berlin, 23.01.2017

021 **23. Januar, Berlin-Neukölln**
Bewohner_innen eines Mietshauses in der Neckarstr. werden im Treppenhaus gegen 18.00 Uhr von einem 53-jährigen Nachbarn rassistisch beleidigt und beschimpft. Im Beisein der gerufenen Polizei schlägt der 53-Jährige erneut gegen die Wohnungstür eines Nachbarn. Bei der Durchsuchung der Wohnung stellt die Polizei Schreckschusswaffen und Messer sicher.

Polizei Berlin, 23.01.2017

022 **31. Januar, Berlin-Weißensee**
Eine Frau wird an der Tramhaltestelle Antonplatz (M4) von einem unbekannten Mann rassistisch beleidigt und massiv bedroht. Eine Zeugin greift ein.

Register Pankow

Angriffe gegen eine offen antifaschistische Positionierung

Diese gezielten Bedrohungen an und in Wohnhäusern waren nur einer der Höhepunkte innerhalb der rechtsextremen Anschlagsserie. Zuvor hatten sich die Angriffe primär gegen sichtbares Engagement gerichtet. Bereits in der Nacht zum 12. Dezember 2016 war ein mit Farbe gefülltes Glas gegen das Fenster einer Neuköllner Wohnung außerhalb des S-Bahnrings geworfen worden. Weil die Scheibe nicht zu Bruch gegangen war, kehrten die Täter_innen am frühen Abend desselben Tages zurück, warfen das Fenster mit einem Pflasterstein ein und nahmen dabei Verletzungen der Bewohner_innen billigend in Kauf. Vermutlich waren die Täter_innen durch ein von außen sichtbar aufgehängtes Banner aufmerksam geworden. In der gleichen Nacht wurden ebenfalls in Neukölln die Scheiben eines Buchladens eingeworfen. Zwei Wochen zuvor hatte in dem Geschäft eine Veranstaltung gegen Rechtspopulismus stattgefunden. Am Abend des 23. Dezember 2016 wurden Gläser mit einer teerartigen Flüssigkeit durch die Scheiben einer weiteren Wohnung in Neukölln geworfen. Der Angriff galt offenbar einem Antifaschisten, der zu dieser Zeit aufgrund einer Gerichtsverhandlung in der Öffentlichkeit stand.

Insgesamt zehnmal verzeichnete die MBR Brandstiftungen an den privaten PKWs von Engagierten. Am 06. Juni 2016 traf es das Auto einer Aktiven aus einer Rudower Kirchengemeinde und einer ehemaligen Initiative gegen Rechtsextremismus. Zwei Brandstiftungen an Fahrzeugen eines Gewerkschafters und eines Buchhändlers gab es in der Nacht zum 23. Januar 2017. Der Gewerkschafter war im Abgeordnetenhauswahlkampf im September 2016 mit seinem Auto einer Wahlkampftour der NPD gefolgt, die an diesem Tag an vier Orten im Süden Neuköllns Kleinstkundgebungen abhielt, und hatte dadurch die Aufmerksamkeit der Teilnehmenden erregt. Das Auto des Buchhändlers, der sich in einer Vernetzung gegen Rechtspopulismus und Rassismus engagiert, war von seinem Geschäft, dessen Scheiben bereits im Dezember eingeworfen worden waren, weit entfernt geparkt gewesen. Der Betroffene geht daher davon aus, dass die Täter_innen ihm nach Ladenschluss unbemerkt gefolgt sind. Die bisher letzten Brandanschläge ereigneten sich in der Nacht zum 3. Mai im Neuköllner Ortsteil Britz und in Kreuzberg. Sie richteten sich diesmal gegen Menschen, die bisher nicht durch politisches Engagement öffentlich in Erscheinung getreten waren. Während in Kreuzberg allem Anschein nach ein am Fahrzeug befestigter antifaschistischer Aufkleber ausschlaggebend war, verwaltete die betroffene Person aus Neukölln die Internetseiten von Initiativen für Geflüchtete und gegen Rechtsextremismus – Informationen, die nur durch gezielte Recherche erlangt worden sein können.

Einschüchterung demokratischer Gremienvertreter_innen und Organisationen

Gezielt eingeschüchtert werden sollten auch Kommunalpolitiker_innen und demokratische Jugendeinrichtungen im Bezirk Neukölln. Am 27. Juni 2016 beobachteten Anwohner_innen am frühen Morgen, wie offenbar ortskundige Täter_innen vom brennenden Privatauto eines SPD-Bezirksverordneten in Rudow flüchteten. Auch der sozialistische Jugendverband

023 **31. Januar, Berlin-Schöneberg**
Ein 24-jähriger Mann, der sich zusammen mit seinem Partner und dem 22-jährigen Täter gegen 14.15 Uhr in einer Wohnung in der Kalckreuthstraße befindet, wird aus LGBTIQ-feindlicher Motivation von dem 22-Jährigen beleidigt und geschlagen.

Polizei Berlin, 23.06.2017

024 **1. Februar, Berlin-Wedding**
Der Eingangsbereich eines Hauses in der Sprengelstrasse wird in der Nacht mit einer Hassbotschaft besprüht, die sich gegen eine dort wohnende, im linken Kontext aktive Person richtet.

Register Mitte

025 **1. Februar, Berlin-Reinickendorf**
Gegen 19.50 Uhr werden ein 16-jähriger Jugendlicher und ein 44-jähriger Mann in der Auguste-Victoria-Allee von einem 41-jährigen Mann rassistisch beleidigt und bespuckt.

Polizei Berlin, 2.02.2017

026 **1. Februar, Berlin-Treptow**
Eine 43-jährige geflüchtete Frau und ein 19-jähriger geflüchteter Mann werden gegen 22.50 Uhr auf dem S-Bahnhof Baumschulenweg von einer 28-jährigen Person rassistisch beleidigt und angegriffen.

Polizei Berlin, 23.06.2017

»Die Falken«, der im Neuköllner Ortsteil Britz das »Anton-Schmaus-Haus« betreibt, wurde schon wiederholt zum Ziel von Drohungen und Anschlägen. Am 15. Oktober 2016 brannte nun das Auto der Geschäftsführerin des »Anton-Schmaus-Hauses« in der Nähe ihres Wohnhauses in Rudow. Die Rechtsextremen wollen mit der aktuellen Angriffsserie ein Klima der Verunsicherung schaffen, das die Betroffenen von der Fortsetzung ihres Engagements abhalten soll – allein dieses Engagement hat sie zum Ziel gemacht. Die Botschaft, die durch diesen niedrigschwelligen rechtsextremen Terror ausgesendet werden soll, erreicht die Adressat_innen auch ohne ein explizites Bekennerschreiben. Die Taten sprechen für sich. Ein wesentliches Ziel dieser Strategie von anonymer, rechtsextremer Gewalt ist es, bei den Betroffenen, aber auch bei der Gruppe potenziell Betroffener, ein größtmögliches Gefühl der Verunsicherung zu erzeugen.

Ein wesentliches Ziel dieser Strategie von anonymer, rechtsextremer Gewalt ist es, bei den Betroffenen, aber auch bei der Gruppe potenziell Betroffener, ein größtmögliches Gefühl der Verunsicherung zu erzeugen.

Ausweitung des Aktionsraumes

Um die jüngste Entwicklung angemessen einordnen zu können, muss die lokale rechtsextreme Organisierung in ihrer geschichtlichen Entwicklung betrachtet werden.

Der Bezirk Neukölln wurde lange Zeit kaum mit rechtsextremen Erscheinungsformen assoziiert. In der öffentlichen Wahrnehmung dominiert bis heute der postmigrantisch, interkulturell und urban geprägte Norden des Bezirkes. Besonders im Süden existierte allerdings bereits in der Zeit vor dem Mauerfall 1989 eine aktive rechtsextreme Szene. Regelmäßig wurde über rassistische Übergriffe offen auftretender Neonazi-Skinhead-Gruppen berichtet. Eine antifaschistische Chronik verzeichnet im Jahr 1992 einen organisierten Angriff von ca. 60 Rechtsextremen unter Führung eines Kaders der 1995 verbotenen »Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)« auf eine Unterkunft von Geflüchteten im Ortsteil Buckow. Die rechtsextremen »Republikaner« erzielten in Neukölln zweistellige Wahlergebnisse und stellten zwischen 1992 und 1994 sogar einen Bezirksstadtrat. Eine weitere Hochburg der Partei in dieser Zeit war der damals noch eigenständige Bezirk Wedding.

In den ersten Jahren nach der Jahrtausendwende bildeten sich mit einem Kreisverband der NPD und einer eigenen »Kameradschaft«, die fortan unter wechselnden Bezeichnungen auftrat, feste neonazistische Strukturen in Neukölln. Bedingt auch durch den Wohnort zentraler Protagonist_innen, waren die südlichen Ortsteile und hier insbesondere Rudow Schwerpunkt ihrer Aktivitäten. Die als »Rudower Spinne« bezeichnete zentrale Kreuzung am nach dem gleichnamigen Ortsteil benannten U-Bahnhof wurde zum identitätsstiftenden Symbol rechtsextremer Dominanzbestrebungen. Sprühereien und Aufkleber mit der Aufschrift »Rudower Spinne bleibt schwarz-weiß-rot« markierten das Gebiet, das sie für sich reklamierten. Durch mitunter schwere Gewalttaten versuchten die Neonazis, ausgehend

027 – 033 **7. Februar, Berlin-Wedding**
In der Nacht werden Fassaden, Eingangsbereiche und Hausflure von sieben Wohnhäusern mit Namen dort lebender, in linken und antifaschistischen Kontexten aktiver Personen und mit Beleidigungen besprüht. Die Schmierereien ähneln denen, die bereits Ende Dezember 2016 an sechs Neuköllner Wohnhäusern hinterlassen wurden.

Kleine Anfrage 18/11861

034 – 039 **8. Februar, Berlin-Neukölln**
Wie in der vorherigen Nacht werden Fassaden, Eingangsbereiche und Hausflure von sechs Wohnhäusern in Nordneukölln mit Namen dort lebender, in linken und antifaschistischen Kontexten aktiver Personen und mit Beleidigungen besprüht.

Register Neukölln

040 **8. Februar, Berlin-Wilmersdorf**
Ein Schulkind einer Wilmersdorfer Grundschule wird von Mitschülern aus antiziganistischer Motivation beleidigt und im Gesicht gekratzt.

Amaro Foro
Register Charlottenburg-Wilmersdorf

027 – 033

7. Februar 2017, Berlin-Wedding

In der Nacht werden Fassaden, Eingangsbereiche und Hausflure von sieben Wohnhäusern mit Namen dort lebender, in linken und antifaschistischen Kontexten aktiver Personen und mit Beleidigungen besprüht. Die Schmierereien ähneln denen, die bereits Ende Dezember 2016 an sechs Neuköllner Wohnhäusern hinterlassen wurden.

Kleine Anfrage 18/11861

von ihrem Treffpunkt an einem Currywurst-Imbiss, im Ortsteil einen Angstraum zu schaffen für Migrant_innen und Menschen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren. Ein rechtsextremer Aufmarsch für ein »nationales Jugendzentrum« im Berliner Südosten zog zuletzt im Jahr 2007 durch den Neuköllner Süden. In den Jahren 2006–2011 konnte die Neuköllner NPD zwei Vertreter in die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) entsenden. Bei den folgenden Wahlen gelang der Wiedereinzug nicht. Bereits zuvor war es durch zivilgesellschaftliches und antifaschistisches Engagement gelungen, die öffentliche Präsenz der Rechtsextremen zurückzudrängen. Bei ihren Auftritten mussten sie mit zahlenmäßig überlegenem Gegenprotest rechnen. Langjährige Aktivist_innen und Kader zogen sich zurück. Zwei zwischenzeitlich angemietete konspirative Trefforte mussten aufgegeben werden. Die sozialräumliche Fixierung auf die südlichen Ortsteile wich einer zunehmend militanten »Anti-Antifa«-Ausrichtung, die sich gegen als politische Gegner_innen identifizierte Engagierte in Nord-Neukölln und in der Britzer Hufeisensiedlung richtete. An mehreren der bedrohten und angegriffenen Orte wurden Sprühereien hinterlassen, die auf die Internetseite des rechtsextremen Netzwerks »NW-Berlin« verwiesen. Das Entdeckungsrisiko bei derartigen Aktionen ist gering; eine kleine, mobile Gruppe von Täter_innen ist zur Durchführung ausreichend. Bekannte rechtsextreme Protagonist_innen aus Neukölln hatten zu dieser Zeit in dem berlinweit aktiven Zusammenhang »NW-Berlin« ein neues politisches Betätigungsfeld gefunden. Nächtliche Anschläge sind eine ressourcensparende Strategie, die eigene politische und personelle Schwäche zu kompensieren und gleichzeitig bei vergleichsweise geringem Aufwand maximale Wirksamkeit zu erzielen.

Nächtliche Anschläge sind eine ressourcensparende Strategie, die eigene politische und personelle Schwäche zu kompensieren und gleichzeitig bei vergleichsweise geringem Aufwand maximale Wirksamkeit zu erzielen.

Eine Serie mit einer Handschrift

Die aktuellen rechtsextremen Angriffe, insbesondere die Sprühereien an und in Wohnhäusern, tragen gleich in mehrerlei Hinsicht die gleiche Handschrift. Neben den bereits beschriebenen, kaum zu übersehenden Parallelen in der konkreten Vorgehensweise ging mit den Angriffen in Neukölln, vergleichbar mit früheren Anschlägen mutmaßlich aus dem Umfeld des »NW-Berlin«, eine öffentliche Feindbildmarkierung von Engagement gegen Rechtsextremismus im Internet einher. Gewaltbereite, aktionsorientierte Rechtsextreme mit lokalem Bezug sollten aktiviert werden, gleichzeitig konnten sie auf die von den »Freien Kräften Berlin Neukölln« veröffentlichte Grafik zurückgreifen, um politische Gegner_innen und die ihnen zugeordneten Einrichtungen ausfindig zu machen und anzugreifen. Außerdem verdeutlichten sie mit diesen Angriffen, dass ihre Drohungen im Internet ernst zu nehmen sind. Eine Ähnlichkeit in der Handschrift im buchstäblichen Sinne zeigt sich schließlich bei allen drei Sprühaktionen, sowohl bei denen in Neukölln und Kreuzberg als auch bei der im Wedding.

041 **9. Februar, Berlin Neukölln**
Gegen 2.30 Uhr wird das Auto einer Frau, die sich gegen Rechtsextremismus in Neukölln und in der »Galerie Olga Benario« engagiert, angezündet. Die Galerie war bereits in der Vergangenheit Ziel rechter Attacken.

Register Neukölln

042 **11. Februar, Berlin-Lichtenberg**
Passant_innen werden gegen 23.00 Uhr aus rassistischer Motivation in der Margaretenstraße von fünf Neonazis angegriffen. Die Gruppe kann sich in ein Geschäft retten.

Register Lichtenberg

043 **12. Februar, Berlin-Tiergarten**
Gegen 17.00 Uhr werden ein 17-jähriger und ein 23-jähriger Mann auf dem Europaplatz in Moabit von einer 28-jährigen Frau rassistisch beleidigt und geschlagen.

Polizei Berlin, 30.10.2017

Blogs und Präsenzen in sozialen Netzwerken, die unter dem Namen »Freie Kräfte Berlin Neukölln« (FKBN) betrieben wurden, waren der MBR schon länger bekannt. Die Gruppierung, die nun in der Öffentlichkeit mit den Anschlägen in Zusammenhang gebracht wird, agiert anonym. Es gibt dennoch Anhaltspunkte, die auf einzelne Aktive hinter dieser Gruppenbezeichnung hindeuten. Im Fokus stand ein Kandidat der Neuköllner NPD für die Wahlen zu Abgeordnetenhaus und Bezirksverordnetenversammlung im Jahr 2011. Gegen ihn wurde ermittelt, weil er gemeinsam mit weiteren Rechtsextremen vermummt mit einem Transparent der Gruppe posiert und das Foto anschließend auf einer Internetseite der FKBN hochgeladen haben soll. Für eine Verbindung zur NPD spricht ebenfalls, dass die Rubrik »Kontakt« auf dem Blog der FKBN über einen längeren Zeitraum auf den Neuköllner NPD-Kreisverband verwies. Könnten die Täter_innen also aus dem überschaubaren Personenkreis langjährig bekannter Aktivist_innen und Kader kommen?

Bisher ohne Erfolg: Die Arbeit der Ermittlungsbehörden

Die Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden halten sich üblicherweise mit öffentlichen Aussagen zum möglichen Täter_innenkreis zurück. Bemerkenswert ist, dass der Verfassungsschutz im Zusammenhang mit der Veröffentlichung einer Karte mit jüdischen Einrichtungen im November 2016 erklärte, hinter der Facebookseite der FKBN stünden nach seinen Erkenntnissen »eine Handvoll« Personen, die aus dem Umfeld des früheren »Nationalen Widerstandes« stammten. Im Februar 2017 gab die Senatsinnenverwaltung in einer Antwort auf eine Parlamentarische Anfrage an, dass Personen »maximal im unteren zweistelligen Bereich« den »Freien Kräften Berlin Neukölln« zuzuordnen seien. Der rechtsextreme Hintergrund der Angriffe und Bedrohungen wird, anders als das teilweise bei den Fällen im Zusammenhang mit »NW-Berlin« der Fall war, nicht in Frage gestellt, sondern steht im Mittelpunkt der Ermittlungen. Betroffene schilderten der MBR, dass die Polizei meist darum bemüht ist, sensibel vorzugehen. Der Innensenator veranlasste die Einrichtung einer besonderen Ermittlungsgruppe beim Landeskriminalamt, und mit der Wiedereinsetzung der »Ermittlungsgruppe Rechtsextremismus« beim lokalen Polizeiabschnitt wurde ein Zeichen gesetzt, dass ein politischer Wille zu schneller Aufklärung an höchster Stelle vorhanden ist. Wie bei den Fällen in den Jahren 2009 bis 2012 ist jedoch auch bei der aktuellen Serie bislang kein Ermittlungserfolg gelungen.

Wichtige vertrauensbildende Maßnahmen könnten sein, die Erfahrungen und Wahrnehmungen der Betroffenen ernst zu nehmen und sie – im Rahmen des rechtlich Möglichen und in einem Maß, das den Ermittlungserfolg nicht gefährdet – kontinuierlich über den Fortgang der Ermittlungen zu informieren.

Viele der Betroffenen schilderten der MBR im persönlichen Gespräch, wie wichtig ein zeitnaher Ermittlungserfolg wäre, um ihr Sicherheitsgefühl dauerhaft wieder zu stärken. Die Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörden müssen konsequent und unabhängig vom politischen Engagement

044 **16. Februar, Berlin-Kreuzberg**
Ein 44-jähriger Mann wird gegen 21.25 Uhr auf dem U-Bahnhof Kottbusser Tor von einem gleichaltrigen Mann aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt, verfolgt und getreten.
Polizei Berlin, 19.02.2018

045 **21. Februar, Berlin-Neukölln**
Eine Frau, die in Begleitung eines ca. 8-jährigen Jungen auf dem Hermannplatz läuft, wird gegen 15.00 Uhr von einem unbekannten Mann aus rassistischer Motivation beschimpft und bedroht. Eine Zeugin greift ein und wird ebenfalls bedrängt.
ReachOut

046 **23. Februar, Berlin-Hellersdorf**
Ein 33-jähriger Geflüchteter wird gegen 1.00 Uhr in der Hellersdorfer Straße, auf dem Weg zu seiner Unterkunft in der Maxi-Wander-Straße, von drei Männern rassistisch beleidigt, mit einem Messer bedroht, mit einer Glasflasche auf den Kopf geschlagen und verletzt.
Polizei Berlin, 23.06.2017
Register Marzahn-Hellersdorf

047 **23. Februar, Berlin-Marzahn**
Ein 31-jähriger Geflüchteter wird gegen 17.30 Uhr im Glambecker Ring von einem unbekannten Mann aus rassistischer Motivation angerempelt, geschlagen und mit einem Messer bedroht.
Polizei Berlin, 02.02.2017

der Betroffenen geführt werden. Wichtige vertrauensbildende Maßnahmen könnten sein, die Erfahrungen und Wahrnehmungen der Betroffenen ernst zu nehmen und sie – im Rahmen des rechtlich Möglichen und in einem Maß, das den Ermittlungserfolg nicht gefährdet – kontinuierlich über den Fortgang der Ermittlungen zu informieren.

Beratung und Unterstützung durch die MBR

Die Arbeit der MBR zielt darauf ab, die Perspektive der Betroffenen zu stärken, ihnen Handlungssicherheit zurückzugeben und sie in der Fortsetzung ihres Engagements zu ermutigen. So organisierte die MBR für einen Teil der Angegriffenen ein Treffen, auf dem sie sich untereinander vernetzen, ihre Erfahrungen austauschen und Fragen stellen konnten. Dieser gemeinsame Austausch in einem geschützten Raum stärkte die Betroffenen. Sie waren mit ihrer Situation nicht mehr allein und entwickelten selbst Ideen für konkretes solidarisches Handeln. Eine Person, die im Wohnumfeld gezielt bedroht wurde, erstellte ein Informationsschreiben für die Nachbar_innen in verschiedenen Sprachen und stellte es auch anderen Interessierten zur Verfügung. Viele Angegriffene hatten Fragen zur Anzeigenstellung bei der Polizei. Unter Hinzuziehung von »ReachOut« als Opferberatungsstelle sowie von juristischer Expertise konnte den Betroffenen weitere professionelle Unterstützung angeboten werden.

Die MBR berät darüber hinaus seit Jahren in Neukölln bezirkliche Akteure der Zivilgesellschaft. Dazu zählt neben der kontinuierlichen Bereitstellung von Informationen zu rechtsextremen Aktivitäten auch die Begleitung der von den Initiativen und Bündnissen entwickelten Aktionen. Öffentliche Solidaritätskundgebungen mit den Angegriffenen wurden im Januar in der Britzer Hufeisensiedlung und im Februar an der Alten Dorfschule in Rudow organisiert. Im März fand außerdem eine Demonstration antifaschistischer Gruppen in Süd-Neukölln statt. Durch Spenden konnte der Schaden ersetzt werden, der durch den Brandanschlag auf das Auto des Buchhändlers entstanden war. Die Mitglieder der Vernetzung »Neuköllner Buchläden gegen Rechtspopulismus und Rassismus« haben sich durch die Angriffe nicht einschüchtern lassen und planen eine weitere Veranstaltungsreihe im Vorfeld der Bundestagswahlen. Das »Bündnis Neukölln«, ein Zusammenschluss verschiedener Organisationen, Gewerkschaften und Parteien, kündigt für den 14. – 16. Juli 2017 ein dreitägiges dezentrales Festival für einen offenen und solidarischen Bezirk an.

Zu den Möglichkeiten Mobiler Beratungsarbeit gehört auch, die an sie herangetragenen Bedürfnisse von Betroffenen rechtsextremer Bedrohungen in der Öffentlichkeit zu kommunizieren und die Vorfälle sichtbar zu machen. Die aus den Schilderungen der Betroffenen gewonnenen Informationen und Wahrnehmungen sind gleichzeitig auch wichtig für die Einschätzung des Geschehenen. Gespräche mit Politik und Verwaltung können zudem genutzt werden, um für die gewalttätigen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus zu sensibilisieren und die Notwendigkeit der Unterstützung

048 **25. Februar, Berlin-Friedrichshain**
Gegen 3.10 Uhr werden zwei 19-jährige Männer in der Grünberger Straße von einem unbekannten Mann aus LGBTIQ-feindlicher Motivation angegriffen.

Polizei Berlin, 23.06.2017

049 **27. Februar, Berlin-Friedrichshain**
Zwei Personen werden gegen 20.00 Uhr aus einem Haus an der Simon-Dach-Straße Ecke Revaler Straße rassistisch beleidigt und mit einem Böller und Obst beworfen. Anwohner_innen schreiben einen ›Nachbarschaftsflyer‹ und erfahren, dass das schon wiederholt passiert ist. Die Flyer wurden sofort wieder entfernt.

Register Friedrichshain-Kreuzberg

050 **4. März, Berlin-Wedding**
Gegen 1.50 Uhr wird ein 39-jähriger Mann, der in Begleitung seines 40-jährigen Freundes in der Tram Linie M10 kurz vor dem U-Bahnhof Bernauer Straße ist, von einer 28-jährigen Frau und einem 32-jährigen Mann aus LGBTIQ-feindlicher Motivation angegriffen.

Der 39-jährige wird von den Unbekannten aus … LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt und geschlagen. Er wird verletzt, als ihm einer der Täter mit einer Flasche auf den Kopf schlägt.

Polizei Berlin, 04.03.2017

zivilgesellschaftlichen Engagements anzusprechen. Zudem hat die MBR Empfehlungen für Engagierte veröffentlicht, um zu verhindern, dass Rechtsextreme an Informationen zur privaten Wohnanschrift gelangen. Das Risiko kann etwa dadurch minimiert werden, dass bei der Anmeldung einer Internetseite die Geschäfts- oder Vereinsadresse genutzt wird, oder indem die – häufig vorhandene – Möglichkeit in Anspruch genommen wird, abonnierte Zeitungen in einem Briefumschlag zu beziehen.

Zentral bei rechtsextremen Bedrohungen sind das solidarische Zusammenstehen und die gegenseitige Unterstützung. Auf dem alltäglichen Weg vom öffentlichen Personennahverkehr nach Hause einen kleinen Umweg zu laufen, um nachzuschauen, ob an den Häusern potenzieller Betroffener alles in Ordnung ist, wie es ein Mitglied einer Britzer Anwohner_inneninitiative formulierte, kann bereits ein konkretes Signal für einen solchen demokratischen Zusammenhalt in der Nachbarschaft sein.

Zentral bei rechtsextremen Bedrohungen sind das solidarische Zusammenstehen und die gegenseitige Unterstützung.

Die im April 2017 erschienene Handreichung »Wachsam sein! Zum Umgang mit rechten und rechtsextremen Einschüchterungsversuchen und Bedrohungen« ist online abrufbar und kann auch als Printversion bestellt werden.

Weitere Informationen: https://www.mbr-berlin.de/materialien-2/publikationen-handreichungen/

051 **4. März, Berlin-Mitte**
Ein 20-jähriger Gegendemonstrant wird gegen 17.35 Uhr in der Weinmeisterstraße aus der »Merkel muß weg«-Demonstration heraus mit einer Flasche beworfen. Der 20-Jährige fängt die Flasche und bleibt unverletzt.
Polizei Berlin, 19.02.2018

052 **5. März, Berlin-Tiergarten**
Einem 16-jährigen Jugendlichen wird gegen 14.15 Uhr in der Straße Alt-Moabit von einem unbekannten Mann aus LGBTIQ-feindlicher Motivation ein Werbeschild in den Rücken geworfen. Der 16-Jährige wird verletzt. Passanten halten den Täter von einem erneuten Angriff ab. Eine 58-jährige Zeugin erstattet Anzeige bei der Polizei. — Polizei Berlin, Tagesspiegel, 6.03.2017

053 **5. März, Berlin-Wedding**
Eine Familie wird in einem Wohnhaus in der Hochstedter Straße von einem Nachbarn aus antimuslimischer Motivation wiederholt schikaniert und massiv bedroht. Gegen 22.00 Uhr wird die Wohnungstür durch den Nachbarn beschädigt und die Fußmatte angezündet. Die Familie erstattet Anzeige.
ReachOut

054 **10. März, Berlin-Schöneberg**
Ein 14-jähriger Junge wird gegen 12.00 Uhr in der Rubensstraße aus antisemitischer Motivation von zwei 15-jährigen Jungen in den Schwitzkasten genommen und mit einer Spielzeugpistole bedroht und beschossen.
— Polizei Berlin, 23.06.2017, The Jewish Chronicle, 24.03.2017, Tagesspiegel, 1.04.2017, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.04.2017, Berliner Zeitung, 4.04.2017

Nachtrag

Seitdem dieser Artikel im Juni 2017 erschienen ist, hat sich die rechtsextreme Angriffsserie fortgesetzt. Beim jüngsten Vorfall im Mai 2018 wurde das Privathaus einer engagierten Neuköllnerin mit der NS-Parole »Deutschland erwache« beschmiert. Zudem waren vier weitere nächtliche Brandanschläge auf die privaten PKWs von Engagierten zu verzeichnen. Im Juli 2017 wurde zunächst das Auto einer früheren SPD-Bezirksverordneten in Buckow angezündet. In derselben Nacht brannte ein weiterer PKW, der von einer zivilgesellschaftlich engagierten Person aus Rudow genutzt wurde. Diese war zum wiederholten Mal betroffen, ebenso wie der Rudower Buchhändler, bei dem bereits die Schaufensterscheiben eingeworfen und dessen Auto durch Brandstiftung zerstört wurde. In der Nacht zum 1. Februar 2018 wurde das spendenfinanzierte Ersatzfahrzeug erneut angezündet. Durch die bisher letzten Brandanschläge ebenfalls getroffen wurde ein aktives Mitglied der LINKEN. Für den Betroffenen und dessen Familie hatte der Anschlag eine lebensbedrohliche Qualität, dessen Folgen weiterhin nachwirken. Damit kam es insgesamt zu 16 Brandanschlägen, davon 14 auf Autos.

Wenige Tage vor dem 79. Jahrestag der antisemitischen Novemberpogrome von 1938 wurden zudem in einer koordinierten Aktion 16 Stolpersteine zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus entwendet. Diese Fälle werden von der MBR nicht zur Angriffsserie gezählt, die Tatbeteiligten sind aber mit großer Wahrscheinlichkeit auch hier im Kreis aktionsorientierter Rechtsextremer aus dem Bezirk zu suchen. Ein Schwerpunkt lag in der Britzer Hufeisensiedlung.

Erfreulich sind im gleichen Zeitraum die kontinuierlichen öffentlichen Solidaritätsaktionen aus der Zivilgesellschaft und die voranschreitende spektrenübergreifende Vernetzung von Initiativen unter Mitwirkung von Betroffenen. Im Februar 2018 beteiligten sich rund 500 Menschen an einer Kundgebung auf dem Vorplatz des Rathaus Neukölln, bei der auch die damalige Bezirksbürgermeisterin und

055 **11. März, Berlin-Charlottenburg**
Gegen 17.30 Uhr wird ein neun Jahre altes Mädchen, das mit ihrem Bruder auf einem Spielplatz am Reichweindamm spielt, von einer 76-jährigen Frau rassistisch beleidigt, mit einem gefüllten Stoffbeutel geschlagen und verletzt.
Polizei Berlin, 12.03.2017
Tagesspiegel, „

056 **11. März, Berlin-Mitte**
Zwei 16-jährige Mädchen werden gegen 20.45 Uhr am Alexanderplatz von einem 17-Jährigen rassistisch beleidigt und getreten.
Polizei Berlin, 12.03.2017
Tagesspiegel, „

057 **13. März, Berlin-Spandau**
Ein 45-jähriger Mann, der gegen 6.25 Uhr im Umfeld der Unterkunft für Geflüchtete im Ortsteil Falkenhagener Feld Aufkleber mit rassistischem Inhalt entdeckt und gerade entfernt hat, wird im Spektefeld von einem unbekannten Mann beleidigt, bedroht und geschlagen. Das Opfer ruft die Polizei und erstattet Anzeige.
Polizei Berlin, 23.06.2017
Register Spandau

der Justizsenator den Engagierten den Rücken stärkten. Mit »Rudow empört sich« ist eine neue lokale Vernetzung von Kirchengemeinden und Gewerbetreibenden entstanden. In einer Postkartenaktion bekräftigte die Neuköllner Zivilgesellschaft gegenüber politisch Verantwortlichen ihre Forderung nach Ermittlungserfolgen. Das Bündnis Neukölln plant im Juni eine Neuauflage des Festivals »Offenes Neukölln«.

Zuletzt wurde durch Presseberichte bekannt, dass sich die polizeilichen Ermittlungen auf zwei konkrete Tatverdächtige konzentrieren. Festnahmen oder gar Anklagen vor Gericht resultierten daraus aber bislang nicht.

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin ist Anlaufstelle für alle Menschen, die sich in der Stadt für eine menschenrechtsorientierte und demokratische Alltagskultur einsetzen. Seit 2001 berät die MBR bei konkreten rechtsextremen, rassistischen, antisemitischen und rechtspopulistischen Herausforderungen in ihren verschiedensten Erscheinungsformen und begleitet die langfristige Auseinandersetzung mit diesen Phänomenen überall dort, wo sie auftreten.

058 **13. März, Berlin-Lichtenberg**
Gegen 9.45 Uhr wird ein 15-jähriger Jugendlicher auf der Straße Alt-Friedrichsfelde von einem unbekannten Mann rassistisch beleidigt und mit einer Flasche angegriffen.

Polizei Berlin, 14.03.2017
Berliner Morgenpost, „
berlinonline.de, „

059 **15. März, Berlin-Neukölln**
Ein 33-jähriger Mann wird gegen 6.00 Uhr in der Silbersteinstraße von einem Unbekannten rassistisch beleidigt und geschlagen.

Polizei Berlin, 30.10.2017

20. September
2017

Frank Metzger
(antifaschistisches presse-
archiv und bildungszentrum
berlin e.V. - apabiz)

Bestandsaufnahme: Berliner AfD vor der Bundestagswahl

Getrieben von parteiinternen Machtkämpfen hat die AfD beim Bundesparteitag im April 2017 die offene Auseinandersetzung um die politische Ausrichtung der Partei vermieden. Entsprechende Anträge, die von der heftig umstrittenen Bundesvorsitzenden Frauke Petry eingebracht worden waren, wurden erst gar nicht behandelt. Es lässt sich nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich der völkisch-nationalistische Flügel der Partei weiter durchsetzt und auch die Bundestagsfraktion prägen wird. Unter der Decke brodelt es weiterhin. Der Berliner Landesverband versuchte weitestgehend, die Auseinandersetzungen hinter den Kulissen zu führen – nicht immer erfolgreich. Es folgt eine Analyse zu KandidatInnen, politischen Positionen, Wahlkampf- und parlamentarischen Akivitäten der Berliner AfD.

060 **15. März, Berlin-Kreuzberg**
Gegen 4.30 Uhr wird eine Frau, die mit drei Männern im Taxi unterwegs ist, von einem Mann antisemitisch beleidigt. Nachdem alle in der Gitschiner Straße aus dem Taxi aussteigen, wird sie von dieser Person ohne Vorwarnung ins Gesicht geschlagen. Die Frau verliert kurzzeitig das Bewusstsein. — Register Friedrichshain-Kreuzberg, Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)

061 **16. März, Berlin-Wedding**
Eine 31-jährige Frau wird gegen 14.40 Uhr in einem Lebensmittelgeschäft in der Müllerstraße von einem unbekannten Mann, der in Begleitung einer Frau ist, rassistisch beleidigt und geschlagen.

Polizei Berlin, 17.03.2017
berlinonline.de, — »
Berliner Morgenpost, — »

062 **16. März, Berlin-Prenzlauer Berg**

Gegen 22.10 Uhr wird ein 20-jähriger Mann von einem 31-jährigen Mann an der Ecke Schönhauser Allee Gleimstraße rassistisch beleidigt. Als der 20-Jährige, der in Begleitung einer Frau ist, sich entfernen will, wird er von dem 31-Jährigen verfolgt und mit drei Pflastersteinen … beworfen, die aber nicht treffen. Eine Zeugin ruft die Polizei.

Polizei Berlin, 17.03.2017
berlinonline.de, — »
Berliner Morgenpost, — »

Der Tonfall hat sich im Bundestagswahlkampf noch einmal merklich verschärft. Spitzenkandidat Alexander Gauland setzt bewusst auf medienwirksame Provokationen. Nach seinen rassistischen Anfeindungen gegen die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoğuz, relativierte er in bester Höcke-Manier ganz offen den Nationalsozialismus, als er beim Kyffhäuser-Treffen der AfD am 2. September 2017 den Willen bekundete, »stolz zu sein auf die Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen«. Solche Äußerungen scheinen der AfD ganz offensichtlich nicht zu schaden. Im Gegenteil wächst die Zustimmung, und Wahlprognosen sehen die AfD derzeit bei 10 bis 12 Prozent. Alice Weidel als zweite Spitzenkandidatin hatte Anfang Mai ein Ergebnis von 15 Prozent als »persönliche Zielmarke« genannt. Doch innerhalb der Partei wird der anhaltende Rechtsruck nicht von allen bis zum Letzten getragen, und so sorgten mehrere Aus- und Rücktritte von ParteifunktionärInnen lokal für Diskussionen.

Personelle Rochaden

Eigentlich sollte die heiße Phase des Wahlkampfes eingeläutet werden, als es Anfang Juli auch in Berlin zu einem kleinen Eklat kam. Bernward Eberenz, AfD-Stadtrat für Umwelt im Bezirk Neukölln, trat überraschend aus der AfD aus und begründete dies mit der geplanten Direktkandidatur des AfD-Rechtsaußen Andreas Wild. In einer persönlichen Erklärung schrieb Eberenz, durch Wild würden »Positionen repräsentiert, die ich als unvereinbar mit meinen politischen Überzeugungen sehe«. Was folgte, war eine geradezu panisch wirkende Personenrochade. Wild wurde kurzfristig nicht nur die Kandidatur entzogen, zeitgleich wurde er auch aus der Fraktion im Abgeordnetenhaus (AGH) ausgeschlossen. Direktkandidat für Neukölln ist nun der als moderat geltende Frank-Christian Hansel. Es ist nur wenig glaubwürdig, dass Wilds Positionen so plötzlich mit der politischen Linie des Landesverbandes unvereinbar sein sollen. Schließlich war es gerade sein plump-provokanter völkischer Rassismus, der Wild erst bekannt gemacht und ihm innerhalb der eigenen Partei auch gewissen Erfolg eingebracht hatte. Der Landesvorstand hatte ihn bisher anstandslos gewähren lassen und ihm weiterhin Rückendeckung gegeben, auch als er die muslimische Gebetstradition mit öffentlichem Urinieren verglichen, die Errichtung von isolierten Arbeitslagern für Geflüchtete eingefordert sowie eine öffentliche Burka-Verbrennung angekündigt hatte. Die Personalie Wild ist nach Kay Nerstheimer und Jannik Brämer ein weiteres Beispiel dafür, dass völkischer Rassismus genauso wie Verbindungen zu extrem rechten Organisationen in der Berliner AfD so lange geduldet werden, bis ein zu großer öffentlicher Schaden droht. Kay Nerstheimer war nach heftiger Kritik wegen rassistischen und schwulenfeindlichen Äußerungen aus der AGH-Fraktion ausgeschlossen worden, nicht aber aus der Partei. Gegen Jannik Brämer von der Berliner JA wurde ein

Schließlich war es gerade sein plump-provokanter völkischer Rassismus, der Wild erst bekannt gemacht und ihm innerhalb der eigenen Partei auch gewissen Erfolg eingebracht hatte.

063 **17. März, Berlin-Wedding**
Eine 27-jährige Frau, die in Begleitung ihrer Kinder ist, wird gegen 17.35 Uhr in der U6 von einem unbekannten Mann rassistisch beleidigt und mit einer Flasche bedroht. Andere Fahrgäste greifen ein und drängen den Mann am Bahnhof Reinickendorfer Straße aus der U-Bahn.
Polizei Berlin, 18.03.2017
Berliner Zeitung, „
Berliner Morgenpost, „

064 **17. März, Berlin-Reinickendorf**
Gegen 17.45 Uhr wird eine 27-jährige Frau auf dem U-Bahnhof Otisstraße von einem unbekannten Mann antimuslimisch beleidigt und mit einer Flasche beworfen.
Polizei Berlin, 30.10.2017

065 **18. März, Berlin-Wedding**
Gegen 23.05 Uhr wird ein 30-jähriger Mann in der Müllerstraße aus einer Gruppe von sechs bis sieben Personen heraus rassistisch beleidigt, von einem 16-Jährigen geschlagen und, am Boden liegend, gegen den Kopf getreten und verletzt.
Polizei Berlin, 19.03.2017
Berliner Zeitung, „

066 **24. März, Berlin-Köpenick**
Ein Sozialarbeiter in Begleitung eines jugendlichen Geflüchteten wird gegen 16.15 Uhr in einem Supermarkt am Elcknerplatz rassistisch beleidigt, bedroht und mit einem Einkaufswagen angefahren.
Niemand greift ein. Die Angegriffenen werden von einer Person aufgefordert, den Supermarkt zu verlassen…

Ausschlussverfahren angestrengt, nachdem er bei einer Aktion der Identitären vor dem Justizministerium mit dem Auto fast einen Polizisten angefahren hatte und anschließend geflohen war. Andreas Wild beteiligt sich auch weiterhin am Bundestagswahlkampf – nicht nur in Berlin, sondern zuletzt mit der Berliner Spitzenkandidatin Beatrix von Storch am 16. September im bayerischen Traunstein. Dass eine inhaltliche Distanzierung von allzu rassistischen Positionierungen als Begründung kaum glaubhaft ist, wird auch dadurch bestärkt, dass der Neuköllner Kreisverband auf seiner Website seit Ende Juli Wolfgang Hebold als neuen Bezirksvorsitzenden benennt. Hebold hatte seinen Job als Mathematik-Dozent nach Beschwerden über seine antimuslimisch-rassistischen Aufgabenstellungen verloren und war in Lichtenberg bei der Wahl zum AfD-Stadtrat für regionalisierte Ordnungsaufgaben gescheitert.

Mit dem rechten Fuß im Bundestag

Mit der Berliner Landesliste soll offensichtlich ein anderes Image vermittelt werden. Mit der christlichen Fundamentalistin und »Lebensschützerin« Beatrix von Storch kandidiert neben Alice Weidel eine weitere Frau auf einem aussichtsreichen Spitzenplatz. Doch das damit suggerierte Bild einer Partei starker Frauen, zumal noch unter der Bundesvorsitzenden Frauke Petry (ebenfalls Spitzenkandidatin in Sachsen), trügt. Die AfD ist weiterhin in erster Linie eine Partei von und für alte, weiße Männer. Der Frauen*anteil in den parlamentspolitischen Ämtern ist deutlich niedriger als bei anderen Parteien. Für Berlin liegt er bei nur etwa 15 %. Im bundesweiten Durchschnitt sind es 15,6 % in den Landtagsfraktionen und 10,5 % in den kommunalen Parlamenten. Für die Bundestagswahl sind bundesweit 10,1 % der Direkt- und 12,3 % der ListenkandidatInnen Frauen.

Die AfD ist weiterhin in erster Linie eine Partei von und für alte, weiße Männer.

Die Berliner Landesvorsitzende von Storch wird den Prognosen entsprechend in den Bundestag einziehen und dafür ihr Mandat im EU-Parlament aufgeben. Georg Pazderski hingegen müsste sein Direktmandat gewinnen und bleibt daher wohl als Fraktionsvorsitzender im Berliner AGH. Auf den Landeslistenplätzen 2 bis 5 folgt eine Mischung aus gestanden bürgerlichen bis prominenten Persönlichkeiten. Gottfried Curio etwa ist Physiker und sitzt bereits für die AfD im AGH, der ehemalige Pressesprecher Götz Frömming auf Platz 3 müsste im Falle eines Einzugs in den Bundestag seinen Job als Gymnasiallehrer wohl länger pausieren lassen. Birgit Malsack-Winkemann auf Platz 4 ist Richterin am Standort Charlottenburg des Berliner Landgerichts. Mit Nicolaus Fest folgt auf Platz 5 der ehemalige stellvertretende Chefredakteur der Bild am Sonntag, heutige Autor der Jungen Freiheit, Verleger und Sohn des renommierten Historikers Joachim Fest.

… Zwei andere Jugendliche berichten, dass derselbe Mann vor etwa einem Monat auch sie beleidigt und genötigt hat. Anzeige wird erstattet.

ReachOut

067 **25. März, Berlin-Schöneberg**
Eine 55-jährige Frau wird gegen 14.45 Uhr auf dem U-Bahnhof Nollendorfplatz von einem unbekannten Mann rassistisch beleidigt, die Treppe hinunter getreten, an den Haaren gezogen und mehrfach ins Gesicht geschlagen.

Polizei Berlin, 26.03.2017
Tagesspiegel, „

068 **26. März, Berlin-Mitte**
Gegen 4.50 Uhr wird eine 24-jährige Frau in der Panoramastraße von einem unbekannten Mann, der von einer Frau und einem Mann begleitet wird, aus LGBTIQ-feindlicher Motivation angegriffen und schwer verletzt.

Polizei Berlin, 26.03.2017
Berliner Morgenpost, 27.03.2017
Tagesspiegel, 28.03.2017
queer.de, 29.03.2017

069 **26. März, Berlin-Reinickendorf**
Ein 46-jähriger gehörloser Mann, der gegen 16.00 Uhr im S-Bahnhof Wittenau auf einer Bank sitzt, wird von zwei unbekannten Tätern aus behindertenfeindlicher Motivation beleidigt, bespuckt, in den Bauch getreten, mit Zigarettenkippen beworfen und mit einer Bierflasche auf den Kopf geschlagen.

Polizei Berlin, 23.06.2017

Mit rassistischem Scheinfeminismus gegen »den Islam«

Während Malsack-Winkemann bisher kaum wahrzunehmen ist, tritt Frömming in der Regel zurückhaltend auf und bietet wenig Angriffsfläche. Bei Curio und Fest zeigt sich ein gänzlich anderes Bild. Beide fallen vor allem durch scharfe islam- und flüchtlingsfeindliche Positionen auf, wissen sich aber an den notwendigen Stellen zu zügeln und das rechtlich Sagbare auszureizen. Vor allem Fest drängt in die Öffentlichkeit, nutzt sein professionelles mediales Knowhow und betreibt seit Monaten in den sozialen Netzwerken einen sehr aktiven Wahlkampf. In drei- bis sechsminütigen Videos, die er seit Oktober 2016 über seine Homepage und einen eigenen Youtube-Kanal veröffentlicht, äußert er sich im Wochentakt zu tagesaktuellen innen- und außenpolitischen Themen wie etwa dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz, Fakenews, Feinstaub und Diesel-Gipfel sowie zur bundesdeutschen EU-, Russland- und USA-Politik. Dabei wettert er stets gegen die Regierung, die anderen Oppositionsparteien wie auch gegen die kritische (mediale) Öffentlichkeit. Und er hat damit Erfolg – zwischen 10.000 und 25.000 Klicks erreicht er mit seinen ideologisch aufgeladenen, wortgewandten Provokationen. Seine Erklärung »Warum ich mich zur AfD bekenne?« wurde sogar knapp 83.000 Mal aufgerufen. Immer wieder kommt Fest auf seine Lieblingsthemen Asyl und »den Islam« zu sprechen. Letzteren bezeichnet er fortwährend als »verfassungsfeindliche totalitäre Ideologie«.

Auch Gottfried Curio hat sich in parlamentarischen Reden immer wieder in abwertender Weise zum Islam geäußert. In der AGH-Sitzung am 24. November 2016 nannte er die Vollverschleierung ein »frauenverachtendes Menschenbild, solch eine entmenschende Geschlechterapartheid« und präsentierte sich damit als Verteidiger von Frauenrechten. Im selben Atemzug diffamierte er jedoch in Burka gekleidete Muslima als »ein schwarzer Sack, ein Sack der spricht«. Darüber hinaus verknüpfte er durch süffisante Fragen eine damit angeblich einhergehende Terrorgefahr: »Und weiß man, wer sich unter diesem Sack versteckt? Eine Frau? Ein Mann? Wer bin ich? Wenn ja, wie viele? Eine Person? Mit oder ohne Sprengstoffgürtel?«

Dass sich gerade männliche AfD-Mitglieder vermehrt als Verteidiger von Frauenrechten sowie schwuler und lesbischer Lebensweisen gerieren, ist vor dem Hintergrund ihrer reaktionär-heterosexistischen und antifeministischen Forderungen zur Familien- und Gleichstellungspolitik geradezu paradox. Der rassistische Scheinfeminismus, der hier gegen »den Islam« bemüht wird, ist zu durchschaubar und wird durch das eigene Wahlprogramm und vor allem durch Äußerungen einzelner Mitglieder konterkariert. So polterte Nicolaus Fest nach der Verabschiedung der »Ehe für alle« in einem Video, dass sich dies zum Nachteil von nun angeblich massenhaft durch Lesben und Schwule adoptierte Kinder auswirken und außerdem die »Päderastie gesellschaftsfähig« machen würde. Dass Alice Weidel, die mit ihrer Partnerin zwei Kinder großzieht, solche Äußerungen und programmatischen Forderungen nicht auch als Angriffe gegen ihre Person sieht, ist nur schwer nachzuvollziehen.

070 **27. März, Berlin-Köpenick**
Ein 40-jähriger Mann wird gegen 7.50 Uhr in der Gehsener Straße von einem 52-jährigen Mann rassistisch beleidigt, vor die Füße gespuckt und angegriffen.
Polizei Berlin, 23.06.2017

071 **29. März, Berlin-Marzahn**
Ein 19-jähriger Geflüchteter wird gegen 16.00 Uhr vor einem Supermarkt in der Havemannstraße aus rassistischer Motivation von einem unbekannten Mann beleidigt und massiv bedroht. Der 19-Jährige versteckt sich im Supermarkt und kann diesen erst nach einiger Zeit verlassen.
Register Marzahn-Hellersdorf

072 **31. März, Berlin-Mitte**
Gegen 23.40 Uhr werden vier unbekannte Männer auf dem Bahnsteig der U5 am Alexanderplatz aus einer Gruppe von fünf Hertha-Anhängern heraus rassistisch beleidigt. Die Unbekannten werden von drei Männern im Alter von 24, 26, 30, 33 und 36 Jahren mit Flaschen beworfen.
Polizei Berlin, 12.09.2017
Berliner Zeitung, „
berlinonline.de, „

073 **1. April, Berlin-Mitte**
Ein 17-jähriger Jugendlicher wird gegen 00.10 Uhr auf dem U-Bahnhof Alexanderplatz von einem unbekannten Mann rassistisch beleidigt und gestoßen. Dem 17-Jährigen wird von der Begleiterin des unbekannten Täters mit Pfefferspray ins Gesicht gesprüht.
Polizei Berlin, 19.02.2018

Parlamentarische Praxis in Berlin

In den mittlerweile zehn Monaten seit der Konstituierung des Abgeordnetenhauses und der Bezirksverordnetenversammlungen haben die jeweiligen AfD-Fraktionen erwartetermaßen ähnliche Themen behandelt, wie sie sich auch im aktuellen Wahlprogramm widerspiegeln. Gut ein Viertel aller Anfragen und Anträge beziehen sich explizit oder implizit auf den Themenkomplex Migration. Oftmals werden andere Themen damit verknüpft. So geht es beispielsweise darum, welche Auswirkungen der Zuzug von Geflüchteten auf die Anzahl verfügbarer Plätze in Kindergärten und Schulen hätte. Wenn in einem Park Bäume abgeholzt werden sollen, damit dort Unterkünfte gebaut werden können, entdeckt die Partei plötzlich auch den Umweltschutz für sich. Sogar ihren Sozialchauvinismus legt die AfD scheinbar ab, wenn es darum geht, wenig verklausuliert ihren Rassismus zu zeigen. Im Winter versuchte sie mit Fragen zu deren jeweiliger Unterbringung Obdachlose gegen Geflüchtete auszuspielen. Gleichzeitig problematisierte sie »aggressive Bettler« und »wildes Campieren« und betonte dabei deren polnische Staatsangehörigkeit. Außerdem wendet sich die Partei gegen Pläne, den kommunalen Wohnungsbestand zu erhöhen, und setzt stattdessen auf Wohneigentum.

Im Visier der AfD ist ausschließlich der muslimisch motivierte Antisemitismus. Völkische Geschichtsrevisionisten wie Björn Höcke und Antisemiten wie Wolfgang Gedeon in den eigenen Reihen werden hingegen geduldet.

Immer wieder geht es auch im parlamentarischen Betrieb gegen »den Islam«. Nicht immer ist der antimuslimische Rassismus so offensichtlich wie in den Hasstiraden von Wild und Curio, sondern im Kontext von Sachfragen etwa zum Kopftuchverbot oder einem islamischen Kindergarten kaschiert. Auch in anderen Themenbereichen bedient sich die AfD solcher Mimikry. So gibt die Partei vor, gegen Antisemitismus Stellung zu beziehen. Frauke Petry verstieg sich gar im Frühjahr 2017 in einem Interview mit der Zeitung Die Welt zu der Behauptung, die AfD sei der einzige »Garant jüdischen Lebens«, und provozierte damit eine scharfe Distanzierung seitens zahlreicher jüdischer Interessenvertretungen. Im Visier der AfD ist ausschließlich der muslimisch motivierte Antisemitismus. Völkische Geschichtsrevisionisten wie Björn Höcke und Antisemiten wie Wolfgang Gedeon in den eigenen Reihen werden hingegen geduldet. Auch Homophobie und Geschlechterrollen unter Muslimen werden in Reden problematisiert. Kontrastiert wird diese durchschaubare Strategie, mit der heterosexistisch und LGBTI*-feindlich motivierten Agitation gegen Unisex-Toiletten.

»Kurze Slogans« und »sorgfältig geplante Provokationen« – die Programmatik 2017

Im Bundestagswahlkampf setzt die AfD wie schon bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus hauptsächlich auf flächendeckende Plakatwerbungen und kleinteilige Wahlkampfaktionen. Im Wahlprogramm sowie der AfD-Wahlwerbung spiegeln sich die Kernthemen der Partei deutlich wieder. Allein die Hälfte der 14 überregionalen Wahlplakate richtet sich gegen

074 **5. April, Berlin-Lichtenberg**
Ein 26-jähriger Mann wird gegen 21.40 Uhr nach einem Fußballspiel auf dem S-Bahnhof Karlshorst von drei Fußballfans im Alter von 21, 24 und 36 Jahren rassistisch beleidigt, geschlagen, getreten und verletzt. Auf den 26-Jährigen wird eine Flasche geworfen. Ein 36-jähriger Polizist, der nicht im Dienst ist, greift auf Seiten der Täter ein.
Polizei Berlin, 7.04.2017
Berliner Morgenpost, — „

075 **6. April, Berlin-Neukölln**
Eine 17-jährige Frau, die in einem Mietshaus in der Aronstraße wohnt, wird von einer Gruppe Jugendlicher aus der Nachbarschaft aus antiziganistischer Motivation beleidigt, mit einem Stein beworfen und verletzt. Die Frau wurde wiederholt von den Jugendlichen angegriffen und beleidigt.
Polizei Berlin, 10.04.2017
Berliner Morgenpost, 11.04.2017

Einwanderung bzw. den Islam. Genutzt wird dabei eine reißerische und unmissverständliche Bildsprache. So ist ein Plakat mit dem Spruch »Sozialstaat? Braucht Grenzen!« bebildert mit drei auf einem Grenzbalken sitzenden Geiern. Drei Plakate thematisieren die heterosexistische und antifeministische AfD-Sicht auf Familienpolitik, jeweils ein Wahlplakat ist dem Euro, der Direkten Demokratie oder schlicht und einfach »Mut zu Deutschland« gewidmet. Anhand der Wahlplakate wird überaus deutlich, welches reaktionäre Frauenbild die AfD vertritt und vor allem in Abgrenzung zum Islam in Stellung bringt. Auffallend viele Plakate sind durch eine sexistische Darstellung von Weiblichkeit geprägt. In vermeintlich regionale Trachten gekleidete junge Frauen präsentieren Sprüche wie »Bunte Vielfalt? Haben wir schon.« und »Burka? Ich steh' mehr auf Burgunder!«. Ein Trachtenverein aus dem Schwarzwald distanzierte sich öffentlich von der AfD und erklärte zudem, dass die Darstellung der Tracht auf dem Plakat etliche Fehler aufweise. Eine im Gras liegende Schwangere mit halbnacktem Babybauch soll mit »Neue Deutsche? Machen wir selber« an die nationale Gebärfreudigkeit appellieren. Die sexistische Bebilderung des Plakats »Burkas? Wir steh'n auf Bikinis«, auf dem die Rückenansicht von jungen Frauen in knapper Bademode gezeigt wird, ist da nur das drastischste Beispiel.

Anhand der Wahlplakate wird überaus deutlich, welches reaktionäre Frauenbild die AfD vertritt und vor allem in Abgrenzung zum Islam in Stellung bringt. Auffallend viele Plakate sind durch eine sexistische Darstellung von Weiblichkeit geprägt.

Zu Beginn des Jahres sah es noch so aus, als ob die AfD neben ihren Kernthemen auch Position zu anderen Fragen beziehen würde, um sich über die bisherige Klientel hinaus an potenzielle Wähler*innen zu wenden. In dem an die Öffentlichkeit gelangten AfD-Papier »AfD-Manifest 2017« des Bundesvorstands wurden noch große Pläne geschmiedet. Ein »öffentlichkeitswirksames Positionspapier ›Soziale Gerechtigkeit‹« sei zu erarbeiten, ein weiteres zur »Globalisierungskritik«. Davon ist im Wahlkampf bisher nichts zu merken. Letztendlich ist die Partei bei ihrer bisherigen Erfolgsstrategie geblieben, die in dem Dokument ebenfalls ausformuliert ist. Für die bisherige Klientel seien demnach »konsensstiftende Themen« zu vertreten, bei denen es weniger um Lösungsvorschläge gehen solle als vielmehr um »kurze Slogans« und »sorgfältig geplante Provokationen«. Hierzu passt auch, dass sich wenige Wochen vor der Wahl auch zentrale Akteure der Berliner AfD offen zum Rechtsaußen-Flügel der Partei bekennen. So hatte Beatrix von Storch am 08. September zu einem Vortrag mit Nigel »Mr. Brexit« Farage, dem Vorsitzenden der rechten britischen UK Independence Party (UKIP), in die Zitadelle Spandau geladen – letztlich auch ein Ergebnis ihrer europäischen Netzwerkarbeit. Nur einen Tag darauf hatte der Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf eine Veranstaltung mit Björn Höcke organisiert und damit auch extrem rechte Berliner Akteure jenseits der eigenen Parteiklientel mobilisiert, wie etwa Manfred Rouhs, den Vorsitzenden von Pro Deutschland.

076 **7. April, Berlin-Treptow**
Auf einem Spielplatz in der Anna-Seghers-Straße in Adlershof wird gegen 16.45 Uhr ein 11-jähriger geflüchteter Junge von einem unbekannten Vater eines anderen Kindes rassistisch beleidigt und angegriffen.

Polizei Berlin, 30.10.2017

077 **9. April, Berlin-Neukölln**
Ein 23-jähriger Mann wird gegen 17.00 Uhr in der Boddinstraße von drei unbekannten Jugendlichen aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt. Bei dem Versuch, ihm die Hose herunterzuziehen, wird der 23-Jährigen zu Boden gestoßen und verletzt.

Polizei Berlin, 30.10.2017

078 **9. April, Berlin-Neukölln**
Gegen 18 Uhr wird die 17-jährige Frau, die am 6. April angegriffen wurde, erneut – dieses Mal von zwei Jugendlichen – antiziganistisch beleidigt. Die Jugendlichen vermummen sich mit Sturmhauben und entfernen sich, bevor die Polizei eintrifft.

Polizei Berlin, 10.04.2017
Berliner Morgenpost, 11.04.2017

»Minuszuwanderung« und Abschaffung des Asylrechts

Die Passagen zu den AfD-Kernthemen im Wahlprogramm überraschen denn auch kaum. Das im Grundgesetz verankerte individuelle Grundrecht auf Asyl will die Partei abschaffen und fordert zudem eine mehrjährige »Minuszuwanderung« und eine rigorose Abschottung: »Asylanträge sind deshalb außerhalb Europas zu stellen.« Damit liegt die AfD voll im Trend: Erst auf dem jüngsten EU-Flüchtlingsgipfel in Versailles Ende August wurde auf Initiative Frankreichs eine Verlegung der Asylverfahren in afrikanische Staaten diskutiert. Erneute Zuwanderung habe sich nach Wunsch der AfD ausschließlich an der Qualifikation und dem Bedarf in Deutschland zu orientieren. Die Flüchtlingspolitik der Großen Koalition erklärt die AfD für verfassungswidrig und fordert die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses im Bundestag, in dem die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden sollen. Gerade ein einziges Mal wird in dieser Passage das Wort »Krieg« erwähnt. Bei der Staatsbürgerschaft will die AfD wieder zum Abstammungsprinzip zurück.

Abschottungspolitik und Rassismus bilden über weite Strecken den roten Faden des Wahlprogramms. Im Kapitel »Innere Sicherheit« werden anknüpfend an die rassistische Problemzuweisung an Migrant*innen fast ausschließlich Forderungen zur Bekämpfung der »Ausländerkriminalität« gestellt. Unter »Bildung und Schule« wird als Ziel der Beschulung von Flüchtlingen die »sinnvolle Überbrückung« der Zeit bis zur Rückkehr in die Heimatländer aufgeführt. Neben der Grundgesetzänderung im Asylrecht fordert die AfD, »den Erhalt des Staatsvolks« als Staatsziel ins Grundgesetz aufzunehmen. Ganz ungeachtet dessen, dass demografische Statistiken einen Anstieg der Geburten verzeichnen, möchte die AfD mit einer »aktivierenden Familienpolitik« dem »Trend zur Selbstabschaffung« entgegentreten und schrieb sich den »Schutz des ungeborenen Lebens« ins Programm. Insbesondere in solchen Passagen werden die völkisch-nationalistischen, aber auch die antifeministischen Prämissen der Partei deutlich. Es ist zuallererst die Abstammung, die über Zugehörigkeit und Rechte eines Menschen in Deutschland entscheiden solle. Idealbild der familienpolitischen Positionen ist ausschließlich die möglichst kinderreiche heteronormative weiß-deutsche Familie. Einer aufgeklärten gendersensiblen Erziehung sowie Gleichstellungspolitik erklärt die AfD eine offensive Absage. »Gender-Mainstreaming« wird zwar in der Regel nicht ansatzweise richtig verstanden, ist aber einer der allgegenwärtigen Kampfbegriffe und dessen Beseitigung erklärtes Ziel. Ähnlich ist es mit der angeblichen »Frühsexualisierung«, der Schüler*innen ausgesetzt seien, wenn sie im Sexualkundeunterricht erfahren sollen, dass es mehr gibt als die heterosexuelle Familie. Bei der Gender-Forschung geht die AfD noch einen Schritt weiter, fordert eine offizielle Beendigung dieses Studiengangs und damit einen staatlichen Eingriff in die Freiheit der Wissenschaft.

Bei der Gender-Forschung geht die AfD noch einen Schritt weiter, fordert eine offizielle Beendigung dieses Studiengangs und damit einen staatlichen Eingriff in die Freiheit der Wissenschaft.

079 **10. April, Berlin-Kreuzberg**
Eine 17-jährige geflüchtete Frau wird gegen 12.15 Uhr in der Graefestraße von unbekannten Tätern rassistisch beleidigt, am Hals gepackt, ins Gesicht geschlagen und verletzt. Als die 17-Jährige am Boden liegt, wird sie getreten.

Polizei Berlin, 23.06.2017

080 **10. April, Berlin-Tempelhof**
Gegen 12.15 Uhr wird eine 17-jährige Frau von zwei Männern und einer Frau aus antimuslimischer Motivation auf dem Tempelhofer Damm beleidigt, geschlagen und verletzt.

Polizei Berlin, 10.04.2017
Tagesspiegel, „
Berliner Morgenpost, „

081 **12. April, Berlin-Friedrichshain**
Ein 32-jähriger Mann wird gegen 20.25 Uhr in der Haupthalle des Ostbahnhofs aus einer Gruppe von vier Personen heraus mit einer Glasflasche beworfen und am Bein getroffen. Der 32-Jährige wird von einem 38-jährigen Mann antisemitisch beleidigt.

Bundespolizei, 13.04.2017

»Kein Einnahmen- sondern ein Ausgabenproblem« – Sozialpolitik und schlanker Staat

Während die AfD in Fragen der Gender-Forschung oder im Bereich der Bevölkerungspolitik eine strenge staatliche Regulierung bis hin zum Verbot propagiert, möchte sie in anderen Themenfeldern den Einfluss des Staates zurückdrängen. Die AfD wünscht sich eine »klare Prioritätensetzung, welche Staatsaufgaben wichtig sind, unwichtiges auslaufen lassen«. Dazu gehört unter anderem der Ausstieg aus allen »Klimaschutz-«Organisationen, da die Partei den Klimawandel anzweifelt. Das Steuersystem solle verschlankt werden, die Erbschaftssteuer abgeschafft und die Vermögenssteuer nicht wieder reaktiviert werden. Ungeachtet aller Realitäten hinsichtlich einer stetigen Ökonomisierung z. B. im Sozialen betonte die jetzige Berliner Spitzenkandidatin Beatrix von Storch schon im Wahlkampf zur Abgeordnetenhauswahl fortlaufend, dass der Staat kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem habe. Entsprechend bleibt die AfD im Bereich Sozialpolitik vage. Zwar spricht sie sich für einen gesetzlichen Mindestlohn sowie eine Erhöhung der Freibeträge beim ALG II aus – die angestrebte Höhe kommt jedoch nicht zur Sprache. Dazu passt, dass Frauke Petry im Sommer 2017 in einem Spiegel-Interview verlauten ließ, sie halte »den Mindestlohn für eine aktuelle Krücke, die die AfD bejaht«. Insgesamt spielt auch hier die Grenzziehung zwischen Deutschen und Migrant*innen eine zentrale Rolle, etwa wenn es heißt, die durch eine andere Migrationspolitik frei werdenden Milliardenbeträge seien in die »Alterssicherung der deutschen Bevölkerung« zu lenken. Der Politikwissenschaftler Alexander Häusler und der Journalist Rainer Roeser charakterisieren diese Positionen in einer ausführlichen Analyse für den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) als sozialpopulistisch: Unter (extrem) rechten Grundannahmen werden sozial- und wirtschaftspolitische Arbeitnehmer*inneninteressen selektiv in die Programmatik aufgenommen – ohne dabei jedoch allzu konkret zu werden. Die Partei versucht so, neben ihrer im Kern neoliberalen Programmatik (»schlanker Staat«) auch für Arbeitnehmer*innen attraktiv zu wirken.

082 **14. April, Berlin-Weißensee**
Ein 27-jähriger Mann und seine 21- und 22-jährigen Begleiter werden gegen 23.30 Uhr auf dem S-Bahnhof Blankenburg von zwei Männern im Alter von 20 und 22 Jahren aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt, geschlagen und getreten.
Polizei Berlin, 16.04.2017
queer.de, „
Tagesspiegel, „
Neues Deutschland, 18.04.2017

083 **15. April, Berlin-Treptow**
Gegen Mitternacht werden zwei geflüchtete Jugendliche auf dem Sterndamm in der Nähe des Johannisthaler Parks von drei Männern rassistisch beleidigt und bedroht. Ein Jugendlicher wird festgehalten und geschlagen. Die Jugendlichen können einen vorbeifahrenden Polizeiwagen anhalten.
Register Treptow-Köpenick

084 **20. April, Berlin-Friedrichshain**
Ein 30-jähriger Mann wird gegen 22.30 Uhr vor dem U-Bahnhof Warschauer Straße von einem 38-jährigen Mann rassistisch beleidigt und mit einem Messer verletzt.
Polizei Berlin, 21.04.2017
Tagesspiegel, „

So oder so – Der Kampf um Diskurshoheit bleibt

Es steht außer Frage, dass die AfD nach der Wahl am 24. September neben dem öffentlichen Raum, der Medienwelt und den Landesparlamenten auch noch im Bundestag omnipräsent sein und dort ihre europafeindliche, rassistische, antifeministische und elitenfördernde Agenda weiter vorantreiben wird. Schon nach dem erfolgreichen Einzug der Partei in die Landtage war ein Abflauen rechter Protestmobilisierungen auf den Straßen zu beobachten – die Hoffnungen vieler rechter Akteure liegen nun ganz auf der Partei und ihrem Wirken in den Parlamenten. Die neue soziale Bewegung von rechts und die AfD als deren parlamentarischer Arm profitieren dabei wechselseitig. Auch wenn die AfD tatsächlich stärkste Oppositionspartei werden sollte, bleibt fraglich, was sie in ihrer Rolle realpolitisch wird erreichen können. Alle demokratischen Parteien haben jegliche Kooperation mit ihr abgelehnt. Dennoch wird sie die sich nun trotzdem bietenden Möglichkeiten zu nutzen wissen, um über Anträge und Anfragen auch auf bundespolitischer Ebene Stimmung zu machen. Es hat sich aber auch so bereits etwas geändert: Der öffentliche Diskurs hat sich maßgeblich durch die rassistische Asyl- und Islamfeindschaft und den Antifeminismus der AfD – inklusive der wahnwitzigen Formen des rassistischen Scheinfeminismus – verschärft. Aggressive Diskriminierungen und Anfeindungen sind omnipräsent und wirken geradezu selbstverständlich. Umso notwendiger wird es sein, dieser Normalisierung zu widerstehen, dem Versuch der rechten Diskursverschiebung weiterhin zu widersprechen und dagegen zu argumentieren. Es bleibt umso wichtiger, dem andere Konzepte und eine andere Praxis entgegenzustellen und sich solidarisch zu zeigen mit den von Anfeindungen Betroffenen.

Es hat sich aber auch so bereits etwas geändert: Der öffentliche Diskurs hat sich maßgeblich durch die rassistische Asyl- und Islamfeindschaft und den Antifeminismus der AfD – inklusive der wahnwitzigen Formen des rassistischen Scheinfeminismus – verschärft.

085 **22. April, Berlin-Hellersdorf**
Gegen 18.10 Uhr wird ein 24-jähriger Mann an der Ecke Neue Grottkauer Straße / Erich-Kästner-Straße aus einer Gruppe heraus rassistisch beleidigt und geschlagen. Der 24-Jährige fällt auf den Boden und wird durch die Unbekannten getreten und verletzt.

Polizei Berlin, 23.04.2017 —
Tagesspiegel, — „ —

086 **24. April, Berlin-Neukölln**
Gegen 6.50 Uhr wird ein 22-jähriger Mann in der Fuldastraße Ecke Weserstraße aus LGBTIQ-feindlicher Motivation von acht Personen umringt, beleidigt und geschlagen. Vorher wurde er bereits von drei Unbekannten beleidigt.

Polizei Berlin, 26.04.2017 —
Tagesspiegel, — „ —
rbb-online.de, — „ —
berlinonline.de, — „ —

087 **29. April, Berlin-Prenzlauer Berg**
Eine 30-jährige Frau, die in Begleitung ihrer Freundin ist, wird gegen 16.05 Uhr im Mauerpark von fünf unbekannten Jugendlichen aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt und mit einer Flasche beworfen.

Polizei Berlin, 30.10.2017 —

Nachtrag

Viel ist passiert, seit dieser Artikel im September 2017 erschienen ist. Die AfD ist wie prognostiziert als stärkste Oppositionspartei mit 92 MandatsträgerInnen in den Bundestag eingezogen und mit ihr die vier ersten KandidatInnen der Berliner Landesliste: Beatrix von Storch, Gottfried Curio, Götz Frömming und Birgit Malsack-Winkemann. Von Storch und Curio fallen auch in ihrer neuen Funktion häufiger durch offen antimuslimisch-rassistische Ausfälle auf.

Auch die Berliner Landesverbände von AfD und Junge Alternative (JA) haben für Aufsehen gesorgt. Nachdem die Berliner JA im Herbst 2017 den wegen seiner Aktivitäten bei den Identitären umstrittenen Jannik Brämer erneut in den Vorstand gewählt hatte, intervenierte der AfD-Bundesvorstand und enthob den neu gewählten Landesvorstand seines Amtes. Mit der kommissarischen Führung wurde David Eckert beauftragt, der Anfang 2018 als Landesvorsitzender bestätigt wurde. Jörg Sobolewski, ebenfalls den Identitären nahestehend und zudem aktives Mitglied der völkisch-nationalistischen Burschenschaft Gothia, hat seine Aktivitäten auf die Bundesebene verlagert und ist nun stellvertretender Bundesvorsitzender der JA sowie Mitarbeiter eines Bundestagsabgeordneten.

Der Landes- und Fraktionsvorsitzende der Berliner AfD, Georg Pazderski, hatte noch Größeres vor und kandidierte beim AfD-Bundesparteitag im Dezember 2017 für den stellvertretenden Bundesvorsitz. Pazderski, der einen realpolitisch orientierten Kurs verfolgt und eine baldige Regierungsbeteiligung anstrebt, erreichte in der Abstimmung gegen die bis dato unbekannte, dem völkisch-nationalistischen Flügel der Partei zuzurechnende Doris von Sayn-Wittgenstein allerdings keine Mehrheit. Beide zogen ihre Kandidatur daraufhin zurück. Stellvertreter wurde letztlich Alexander Gauland und der völkische Flügel damit weiter manifestiert.

Ein besonderer Parteiwechsel vollzog sich im März 2018 in Neukölln. Bernward Eberenz, der als Bezirksstadtrat für Umwelt und Natur auf dem Ticket der AfD gewählt worden war, hatte kurz vor der Bundestagswahl im Juli 2017 seinen

088 **30. April, Berlin-Mitte**
Eine 60-jährige Frau wird gegen 13.40 Uhr auf dem Pariser Platz bei einer Kundgebung von einem unbekannten Mann aus antisemitischer Motivation angegriffen. Die 60-Jährige trägt eine israelische Fahne über ihren Schultern und ein 22-jähriger Zeuge bemerkt, wie der Unbekannte versucht, die Fahne anzuzünden.

Polizei Berlin, 1.05.2017

089 **2. Mai, Berlin-Kreuzberg**
Ein 53-Jähriger wird auf dem Oranienplatz gegen 1.00 Uhr aus einer Gruppe von drei Männern heraus rassistisch beleidigt und getreten. Er fällt zu Boden und bekommt einen weiteren Tritt. Die Täter entfernen sich. Er erstattet Anzeige.

Polizei Berlin, 26.04.2017

090 **3. Mai, Berlin-Neukölln**
Gegen 2.10 Uhr wird in Britz in der Hufeisensiedlung der PKW einer Frau, die sich gegen extrem Rechts und in der Geflüchtetenhilfe engagiert, in Brand gesteckt. Die Feuerwehr verhindert das Übergreifen des Feuers auf das Wohnhaus.

Berliner Morgenpost, 3.05.2017
rbb-online.de, „

091 **3. Mai, Berlin-Tiergarten**
Ein 9-jähriger Junge wird gegen 8.10 Uhr am Ausgang des U-Bahnhofs Birkenstraße aus einer Gruppe von fünf Jugendlichen heraus rassistisch beleidigt und mehrfach ins Gesicht geschlagen.

Polizei Berlin, 3.05.2017
Tagesspiegel, „
Berliner Morgenpost, – „

Parteiaustritt verkündet. Als Begründung nannte er die Unvereinbarkeit seiner Positionen mit denen von Andreas Wild. Im März 2018 wurde er medienwirksam als neues Mitglied der Neuköllner CDU vorgestellt. Der Berliner Landesverband hat sich lange Zeit nicht an den Straßenmobilisierungen, die eher dem Höcke-Flügel der Partei zuzurechnen sind, beteiligt. Nun sprach Pazderski Ende Mai 2018 auf einer bundesweit mobilisierten Demonstration mit rund 5000 Teilnehmenden unter dem Motto »Zukunft Deutschland« in Berlin-Mitte. In seiner Rede zeichnete er das Bild einer »zunehmend verwahrlosten« Stadt und forderte eine Rückbesinnung auf vermeintlich deutsche Tugenden wie »Leistungsbereitschaft, Gründlichkeit, Standhaftigkeit«. Schließlich plädierte er für den Zusammenhalt der AfD, alle Gliedmaßen der Partei müssten »harmonisch zusammenarbeiten«.

Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V. (apabiz)

Das antifaschistische pressearchiv und bildungszentrum berlin e.V. (apabiz) ist das umfangreichste, öffentlich zugängliche Facharchiv zur extremen Rechten nach 1945. Seit 1991 informieren wir über die militante Neonaziszene, die Entwicklung von Parteien und Organisationen, die Einflussnahme auf verschiedene Jugendkulturen und die rechte Medienlandschaft in all ihren Facetten. Über die Entwicklung der extremen Rechten in Berlin publizieren wir auf unserem Berlin-Blog rechtsaussen.berlin.

092 **3. Mai, Berlin-Treptow**
Gegen 18.20 Uhr wird ein Busfahrer, der vor seinem Bus an der Endhaltestelle Puschkinallee steht, von einem unbekannten Mann rassistisch beleidigt und bespuckt.

Polizei Berlin, 4.05.2017
Berliner Zeitung, – „

2. November
2017

Benjamin Steinitz
und Daniel Poensgen
(Recherche- und Informations-
stelle Antisemitismus - RIAS)

Die AfD im Spannungsfeld zwischen Relativierung und Instrumentalisierung des Antisemitismus

Demokratische Akteur_innen stehen beim Umgang mit der AfD nicht nur vor der größten Herausforderung seit Jahrzehnten – sie stehen generell in der Pflicht, mit jeder Form des Antisemitismus die kritische Auseinandersetzung zu suchen. »Eines können wir jedoch schon jetzt mit Sicherheit sagen: Wir stehen als AfD fest an der Seite der jüdischen Gemeinde in Deutschland.« Mit diesen Worten versuchte sich die Partei Alternative für Deutschland (AfD) in einem Facebook-Posting vom 4. April als Akteur gegen Antisemitismus in der bundesrepublikanischen Parteienlandschaft zu etablieren. Anlass für die Meldung war der Fall eines jüdischen Schülers aus Berlin, der über mehrere Monate von seinen Mitschüler_innen gemobbt worden war. Mit einiger Verzögerung waren die Vorfälle in überregionalen Medien aufgegriffen worden, wobei häufig ein Zusammenhang zwischen den antisemitischen Übergriffen und dem muslimisch-migrantischen Milieu, aus dem ein Großteil der Schüler_innen stammt, diskutiert wurde – und so stießen die antisemitischen Vorfälle auch auf das Interesse der AfD. Wer an der Seite der Jüdinnen und Juden in Deutschland steht, so könnte zudem das Kalkül der Partei lauten, der kann nicht rechtsextrem sein und ist damit für die Mehrheit der Deutschen auch wählbar. Wie verhält es sich aber tatsächlich mit dem Antisemitismus bei der Alternative für Deutschland?

093 **4. Mai, Berlin-Treptow**
Die Radmuttern des Vorderrads am Auto eines bekannten Politikers der Partei Die Linke in Treptow-Köpenick, der sich gegen Rechtsextremismus engagiert, werden durch Unbekannte gelockert. Seine Autos sind schon wiederholt beschädigt und angezündet worden.

Tagesspiegel, 5.05.2017
Berliner Zeitung, – »

094 **4. Mai, Berlin-Mitte**
Gegen 16.45 Uhr wird eine Frau in der Nähe des S- und U-Bahnhofs Friedrichstraße von einem 48-jährigen Mann, der sich antisemitisch äußert und Schilder mit antisemitischem Inhalt zeigt, geschlagen und verletzt. Die Frau hatte ihn auf die Inhalte der Schilder angesprochen. Zeug_innen greifen ein.
Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)

095 **6. Mai, Berlin-Köpenick**
Zwei Kinder werden gegen 20.30 Uhr in der Dahmestraße von einem 48-jährigen Mann, der »Heil Hitler« ruft, verfolgt. Eine 51-jährige Frau greift ein, wird auch beleidigt und angegriffen.

Polizei Berlin, 7.05.2017
rbb-online.de, – »
Berliner Morgenpost, – »
Neues Deutschland, 8.05.2017

»Eines können wir jedoch schon jetzt mit Sicherheit sagen: Wir stehen als AfD fest an der Seite der jüdischen Gemeinde in Deutschland.« Mit diesen Worten versuchte sich die Partei Alternative für Deutschland (AfD) in einem Facebook-Posting vom 4. April als Akteur gegen Antisemitismus in der bundesrepublikanischen Parteienlandschaft zu etablieren. Anlass für die Meldung war der Fall eines jüdischen Schülers aus Berlin, der über mehrere Monate von seinen Mitschüler_innen gemobbt worden war. Mit einiger Verzögerung waren die Vorfälle in überregionalen Medien aufgegriffen worden, wobei häufig ein Zusammenhang zwischen den antisemitischen Übergriffen und dem muslimisch-migrantischen Milieu, aus dem ein Großteil der Schüler_innen stammt, diskutiert wurde – und so stießen die antisemitischen Vorfälle auch auf das Interesse der AfD. Wer an der Seite der Jüdinnen und Juden in Deutschland steht, so könnte zudem das Kalkül der Partei lauten, der kann nicht rechtsextrem sein und ist damit für die Mehrheit der Deutschen auch wählbar. Wie verhält es sich aber tatsächlich mit dem Antisemitismus bei der Alternative für Deutschland?

Die AfD ist zu einem wichtigen Bestandteil der bundesdeutschen Politik geworden: Sie ist mit über 90 Mandaten in den Bundestag eingezogen und ist derzeit in 14 der 16 Landesparlamenten vertreten. In der öffentlichen Wahrnehmung wird die Partei in der Regel als »rechtspopulistisch« beschrieben, insbesondere ihre rassistischen und antimuslimischen Positionen sind Gegenstand einer breiten Kritik. Weniger im Fokus steht das Verhältnis der AfD zum Antisemitismus: Zum einen, weil er im Selbstverständnis der Partei keine große Rolle zu spielen scheint, zum anderen, weil die Bewertung der AfD-Positionen zu Jüdinnen und Juden auf den ersten Blick nicht leicht fällt, gibt sich die Partei doch zumindest zum Teil projüdisch und proisraelisch.

Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS) arbeitet seit 2015 als Meldestelle für antisemitische Vorfälle. Als solche führt RIAS auch kontinuierlich Recherchen zu relevanten gesellschaftlichen Gruppen wie auch zu Parteien durch. Im Folgenden sollen einige Ergebnisse der Recherchen zur AfD vorgestellt werden.

Post-Schoa-Antisemitismus und NS-Relativierung

Auf ein großes Medienecho stieß eine vom Fraktionsvorsitzenden der Thüringer AfD-Landtagsfraktion bei einer Veranstaltung der Jugendorganisation »Junge Alternative« am 17. Januar 2017 in Dresden gehaltene Rede. Darin distanzierte sich Björn Höcke nicht nur von der Errichtung des Denkmals für die ermordeten Juden Europas, welches er als »Denkmal der Schande« abqualifizierte, sondern forderte auch eine »erinnerungspolitische Wende um 180 Grad«. So solle der »systematischen Umerziehung« und »Amerikanisierung« des deutschen Volkes nach 1945 entgegengewirkt werden. Die Deutschen sieht Höcke nur als Opfer, deutsche Verbrechen spielten in seiner Rede, anders als das Leiden der Dresdner Zivilbevölkerung, keine Rolle.

096 **7. Mai, Berlin-Reinickendorf**
Gegen 7.00 Uhr werden ein 25- und ein 28-jähriger Mann auf dem Wilhelmsruher Damm in Wittenau aus LGBTIQ-feindlicher Motivation von einem 29-jährigen Mann mit der Faust ins Gesicht geschlagen und getreten.
Polizei Berlin, 23.06.2017

097 **9. Mai, Berlin-Neukölln**
Ein 49-jähriger Mann wird gegen 14.10 Uhr auf dem U-Bahnhof Boddinstraße von demselben, 48-jährigen Mann, der am 4. Mai 2017 eine Frau verletzt und Schilder mit antisemitischem Inhalt gezeigt hat, geschlagen.
Polizei Berlin, 30.10.2017
Berliner Morgenpost, 17.05.2017

098 **11. Mai, Berlin-Charlottenburg**
Auf dem S-Bahnhof Jungfernheide werden eine 32-jährige Frau und ein 22-jähriger Mann gegen 9.10 Uhr von einem unbekannten Mann rassistisch beleidigt und geschlagen.
Polizei Berlin, 30.10.2017

099 **13. Mai, Berlin-Schöneberg**
Gegen 4.50 Uhr werden drei Männer im Alter von 27, 28 und 29 Jahren an der Kreuzung Maaßen-/Nollendorfstraße aus einer Gruppe von vier Personen heraus aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt. Der 29- und der 28-jährige Mann werden von einem der Täter geschlagen und verletzt. Die drei Männer werden mit Glasflaschen beworfen, die nicht treffen.
Polizei Berlin, 13.05.2017

Sowohl Höcke als auch Maier können sich in ihrer Abwehr der Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen auf das Bundestagswahlprogramm der AfD berufen.

Mit diesen Positionen steht Höcke in seiner Partei nicht alleine. Auf der gleichen Veranstaltung erklärte Jens Maier, der mittlerweile für die AfD im Bundestag sitzt: »Ich erkläre hiermit diesen Schuldkult für beendet, für endgültig beendet.« Beide, Höcke wie Maier, können sich in ihrer Abwehr der Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen aber auch auf das Bundestagswahlprogramm der AfD berufen. Dort heißt es im Abschnitt »9.3. Ideologie besetzte kulturpolitische Vorgaben des Staates beseitigen«: »Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiv identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst.« Nahezu folgerichtig hat auch Martin Hohmann bei der AfD eine neue politische Heimat gefunden.[1] Was unter den »positiv identitätsstiftenden Aspekte[n] deutscher Geschichte« zu verstehen sei, führt die AfD in ihrem Bundestagswahlprogramm nicht näher aus. Beim Kyffhäuser-Treffen am 2. September 2017 äußerte sich Alexander Gauland, Spitzenkandidat der AfD im Bundestagswahlkampf und mittlerweile Vorsitzender der Bundestagsfraktion, in seiner Rede jedoch wie folgt: »Wenn die Franzosen zu Recht stolz auf ihren Kaiser sind und die Briten auf Nelson und Churchill, haben wir das Recht, stolz zu sein auf die Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen.« Ähnlich äußerte sich der AfD-Landtagsabgeordnete aus Sachsen-Anhalt, Hans-Thomas Tillschneider bei einer Kundgebung am 11. September 2017 in Merseburg, an der auch Björn Höcke und André Poggenburg teilnahmen.

Doch während die Kritik an der als »Schuldkult« diffamierten Erinnerung an die Schoa in der Partei also sehr weit verbreitet ist, scheuen sich AfD-Politiker_innen nicht, sich selbst mit Bezug auf die Verfolgung und Vernichtung der europäischen Jüdinnen_Juden als Opfer zu inszenieren. Beispielhaft für eine Reihe derartiger Vorfälle sei hier die Äußerung der hessischen AfD-Landtagsabgeordneten Christina Baum genannt: Als Alexander Gauland im August 2017 für ein Hotel-Zimmer eine Absage erhielt, verglich sie dies mit der NS-Forderung »Kauft nicht bei Juden«. Die Aufzählung derartiger Äußerungen ließe sich fortsetzen.

Antisemitische Verschwörungsmythen

Schuldabwehr steht in den Äußerungen von AfD-Politiker_innen jedoch nicht isoliert. Wie schon die bereits erwähnte Rede von Björn Höcke zeigte, sind diese Aspekte eines Post-Schoa-Antisemitismus eingebettet in Verschwörungsmythen, die anschlussfähig sind für Antisemitismus. So mutmaßte Höcke bei einer AfD-Demonstration in Gera über die Gründe Angela Merkels, 2015 eine größere Zahl Geflüchteter aufzunehmen: »Es gibt in meinen Augen nur zwei Möglichkeiten – erste Möglichkeit: Frau Merkel hat ihren Verstand verloren. (…) Die zweite Möglichkeit ist: dass sie in einen großen, großen geopolitischen Plan

100 **13. Mai, Berlin-Treptow**
Ein 50-jähriger Mann wird gegen 15.15 Uhr in der Karl-Kunger-Straße von einem 64-jährigen Mann rassistisch beleidigt und angegriffen.

Polizei Berlin, 30.10.2017

101 **14. Mai, Berlin-Charlottenburg**
Gegen 20.00 Uhr wird ein 42-jähriger Mann in einem Supermarkt in der Kantstraße von einem 57-jährigen Mann antimuslimisch beleidigt und gestoßen.

Polizei Berlin, 30.10.2017

102 **14. Mai, Berlin-Kreuzberg**
Ein 32-jähriger, obdachloser Mann wird gegen 21.30 Uhr auf dem U-Bahnhof Mehringdamm aus einer Gruppe von vier Jugendlichen heraus von drei 17-Jährigen geschlagen und getreten. Als eine Zeugin eingreift, entfernen sich die Jugendlichen.

Polizei Berlin, 08.08.2017

103 **15. Mai, Berlin-Mitte**
Auf dem Potsdamer Platz wird ein Gegendemonstrant aus einer Palästina-Solidaritätskundgebung heraus aus antisemitischer Motivation von einem Mann angegriffen und geschlagen.

Register Mitte
Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)

eingeweiht ist und diesen Plan willentlich durchführt.« Höcke bleibt an dieser Stelle vage, wessen Plan Merkel angeblich durchführt – in dieser Vagheit ist der Verschwörungsmythos aber anschlussfähig für offen antisemitische Argumentationsmuster. Deutlicher als Höcke wurde beispielsweise Wolfgang Gedeon, der zwar nicht mehr Teil der AfD-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg, aber immer noch fraktionsloser Abgeordneter des Parlaments ist und am 22. und 23. April als Delegierter der AfD Konstanz am Bundesparteitag in Köln teilnahm. In seinen Publikationen bezeichnete Gedeon die antisemitische Fälschung der »Protokolle der Weisen von Zion« als »hochwertig, ja genial« und beklagt eine »Zionisierung der westlichen Politik«. Sein Ausschluss aus der AfD-Fraktion wurde von Gedeons Kreisverband auf seiner Internetpräsenz eindeutig kommentiert: »Um zu lernen, wer über dich herrscht, finde einfach heraus, wen du nicht kritisieren darfst.« Gedeon ist bis heute Mitglied der AfD. Das Bedienen solcher teils offen, teils verdeckt antisemitischer Verschwörungsmythen ist wiederum kein Zufall. Auch hier äußern sich die zitierten Politiker_innen im Einklang mit dem Bundestagswahlprogramm der Partei. Dort heißt es: »Heimlicher Souverän in Deutschland ist eine kleine, machtvolle politische Oligarchie, die sich in den bestehenden politischen Parteien ausgebildet hat.« Der bereits erwähnte Hans-Thomas Tillschneider erläuterte auf dem erwähnten Bundesparteitag in Köln im April 2017, was darunter zu verstehen ist, und griff dabei auf NS-Jargon zurück: »Wir müssen von Oligarchie sprechen, denn nach Aristoteles ist die Oligarchie die Herrschaft der Wenigen. Die aber im Gegensatz zur Aristokratie entartet ist und sich gegen das Gemeinwohl wendet. Und genau das wollen wir sagen.«

Politik gegen Jüdinnen_Juden

Wie wichtig der AfD die Bedürfnisse von Jüdinnen_Juden in Deutschland sind, wenn sie sich nicht mit Ressentiments gegen Geflüchtete und Muslime verbinden lassen, zeigt einmal mehr ein Blick ins Wahlprogramm der Partei. Eine Positionierung gegen Antisemitismus findet sich dort nicht. Lediglich ein Mal wird Bezug auf das Judentum genommen – um es gegen den Islam in Stellung zu bringen. Im Abschnitt »Der Islam im Konflikt mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung« heißt es: »Minarett und Muezzin-Ruf stehen im Widerspruch zu einem toleranten Nebeneinander der Religionen, dass die christlichen Kirchen, jüdischen Gemeinden und andere religiöse Gemeinschaften in der Moderne praktizieren.« Zugleich wird im Wahlprogramm festgehalten: »Den Handel, die Bewerbung und die Einfuhr von Fleisch aus tierquälerischer Schlachtung (Schächten) lehnt die AfD ab.« Diese Position wurde auch beispielsweise vom bayerischen Landesverband der Partei im Wahlkampf offensiv aufgegriffen. Für religiöse Jüdinnen_Juden, die sich an die Kaschrut (jüdische Speisegesetze) halten, wäre eine freie Ausübung ihrer Religion kaum möglich, ginge es nach dem Willen der AfD.

> Lediglich einmal wird im Wahlprogramm Bezug auf das Judentum genommen – um es gegen den Islam in Stellung zu bringen.

104 **15. Mai, Berlin-Hellersdorf**
Eine 32-jährige Frau wird gegen 19.40 Uhr in der Bansiner Straße aus LGBTIQ-feindlicher Motivation von zwei unbekannten Männern mit einem Messer bedroht und beraubt.

Polizei Berlin, 23.06.2017

105 **18. Mai, Berlin-Tempelhof**
Ein 16-jähriger Jugendlicher wird gegen 17.00 Uhr auf dem S-Bahnhof Schichauweg aus einer Gruppe von 6 Personen heraus rassistisch beleidigt, die Rolltreppe hinuntergestoßen und verletzt.

Polizei Berlin, 19.05.2017

106 **20. Mai, Berlin-Prenzlauer Berg**
Ein 45-jähriger Mann, der mit seinem Fahrrad in der Eberswalder Straße Richtung Mauerpark fährt, wird gegen 16.00 Uhr von einem von zwei Fußballfans im Alter von 42 Jahren rassistisch beleidigt, bespuckt und mit einer Dose beworfen.

Polizei Berlin, 21.05.2017

107 **20. Mai, Berlin-Tiergarten**
Ein 39-jähriger Mann wird gegen 17.00 Uhr im Großen Tiergarten von einem unbekannten Mann, der in Begleitung von drei Männern ist, aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt, zu Boden gestoßen, beraubt, geschlagen und verletzt. Ein 31-jähriger Zeuge und seine Freundin rufen die Polizei.

Polizei Berlin, 21.05.2017

Auch von der Absicht der AfD, die doppelte Staatsbürgerschaft abzuschaffen, wären in Deutschland viele Jüdinnen_Juden betroffen. Dies ist der Partei auch sehr bewusst, wie aus ihrer Antwort an die Wahlprüfsteine der »Werteinitiative« hervorgeht: »Gerade die Israelische Staatsbürgerschaft kann jeder jüdische Deutsche auf Grund der israelischen Einwanderungsgesetze erlangen bzw. zurückerlangen, sollte er Deutschland verlassen wollen. Hier braucht er sie nicht.«

Positionierung zu Israel

In ihrem Verhältnis zum jüdischen Staat Israel vermeidet es die AfD insgesamt, klar Stellung zu beziehen. Zwar äußerte sich beispielsweise der mittlerweile aus der Partei ausgetretene Marcus Pretzell zuweilen proisraelisch. Ein Experte für Antisemitismus in rechtspopulistischen Milieus spricht in diesem Zusammenhang von einer »›Pro-Israel‹-Fraktion«, für die zwei »taktische Ziele« bestimmend seien: »1) Israel wird als Bollwerk gegen ›den Islam‹ angesehen. 2) Formulierte Israel-Solidarität soll Ausdruck sein, dass man nicht antisemitisch ist, und es somit verunmöglichen als rechtsextrem tituliert zu werden.«

In aller Regel vermeidet die Partei jedoch, sich zu Israel zu äußern. Beim Bundesparteitag in Köln scheiterte der von Beatrix von Storch initiierte Antrag, über einen Abschnitt mit dem Titel »Deutsch-Israelische Freundschaft stärken« im Bundestagswahlprogramm abzustimmen. Der Vertreter des Bundesfachausschusses[2] sprach sich dagegen aus, »das hier in einem Kapitel quasi zu einer Staatsräson zu erheben«. In einer Gegenrede zur Behandlung des Antrages wurde außerdem argumentiert, es gäbe ein Problem mit israelischen »Kriegsverbrechern«, die sich nicht an das internationale Recht halten würden, und dass eine Debatte dazu zu komplex für den Parteitag wäre. Die Delegierten folgten dieser Argumentation und stimmten mehrheitlich für eine Nichtbefassung.

Zu der allgemeinen Strategie rechtspopulistischer Akteur_innen, nach extremen Äußerungen zurückzurudern und so dennoch die Grenzen des öffentlich Sagbaren zu verschieben, passt indes auch Alexander Gaulands Antwort auf die Frage, ob er das Existenzrecht und die Sicherheit Israels als Teil der deutschen Staatsräson sehe. Im Rahmen der AfD-Pressekonferenz am 25. September 2017, dem Tag nach der Bundestagswahl, antwortete er zunächst, dass die Frage für ihn schwierig zu beantworten sei, um im Folgenden auszuführen: »Ja, natürlich ist das Existenzrecht Israels für uns ein ganz wichtiger Punkt und natürlich stehen wir auch an der Seite Israels. Da haben Sie völlig Recht. Nur, das zur Staatsräson zu machen, wissen Sie, das klingt so einfach, aber in Israel gibt es dauernd Krieg. Und zur Staatsräson müsste etwa gehören, dass wir dann auch wirklich bereit sind, unser Leben für den Staat Israel einzusetzen, und das spüre ich nicht und deswegen bin ich vorsichtig bei der Formulierung.« Im darauffolgenden Interview mit der FAZ ruderte er jedoch wieder zurück, aber auch erst nach zweimaliger, drängender Nachfrage: Er persönlich sei im Konfliktfall schon bereit, Soldaten zur Verteidigung Israels zu schicken. Die Infragestellung von Israels Sicherheit als Teil deutscher Staatsräson durch eine im Bundestag vertretene Partei steht

108 **20. Mai, Berlin-Treptow**
Ein Mitarbeiter des Zentrums für Demokratie wird gegen 21.15 Uhr beim Abbau nach dem Fest für Demokratie in der Schnellerstraße aus einer Gruppe von vier Männern in Rockerkleidung heraus, von denen einer den Hitlergruß zeigt, massiv bedroht. Zeug_innen rufen die Polizei. Der Mitarbeiter erstattet Anzeige gegen unbekannt. — Register Treptow-Köpenick, ReachOut

109 **21. Mai, Berlin-Schöneberg**
Gegen 4.20 Uhr wird ein 25-jähriger Mann, der vor einer Bar in der Motzstraße steht, von einer unbekannten Frau aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt und angerempelt. Der 25-Jährige wird von dem Begleiter der Frau ins Gesicht geschlagen und verletzt.
Polizei Berlin, 21.05.2017

110 **21. Mai, Berlin-Mitte**
Ein 46-jähriger und ein 26-jähriger Mann werden gegen 13.05 Uhr in der Münzstraße von einem 45-jährigen Mann aus LGBTIQ-feindlicher Motivation verfolgt. Der 46-Jährige wird von dem 45-Jährigen geschlagen.
Polizei Berlin, 22.05.2017
Tagesspiegel, »

jedoch im öffentlichen Raum. Analog zur Analyse Thomas Niehrs zu der Verwendung von NS-Vokabular im öffentlichen Diskurs lässt sich auch für diese Kritik an der Erklärung von Israels Sicherheit zur bundesrepublikanischen Staatsräson festhalten: »Einerseits werden, wenn die ständige Wiederholung [historisch belasteter Vokabeln, Anm. d. Verf.] sanktionsfrei bleibt, die Grenzen des Sagbaren nach rechts verschoben (…). Andererseits kann mit der Verwendung solcher Wörter mit Schlagwort-Status Zustimmungsbereitschaft bei einem Publikum evoziert werden, das eher außerhalb des demokratischen Spektrums verortet werden kann.«

Instrumentalisierung von Antisemitismus

Mit welchem Ziel und wie versucht die AfD sich nun als anti-antisemitische Akteurin zu inszenieren? Wie bereits in dem eingangs angeführten Beispiel deutlich wird, inszeniert sich die AfD als Akteurin, die konsequent gegen Antisemitismus vorgeht. Eine Analyse der drei Thematisierungen von Antisemitismus auf dem Facebook-Account der AfD Berlin zwischen Januar und Oktober 2017 hat gezeigt: Die AfD Berlin nutzt antisemitische Vorfälle und die erschütternden Beschreibungen der Betroffenen ausschließlich für Hetze gegen »Linke und Migranten« und um eine Frontstellung gegen »den Islam« zu formulieren. Am 6. April veröffentlichte die Bild-Zeitung einen Artikel, in dem eine Jüdin und ein Jude von Angriffen und Anfeindungen gegen ihre Personen berichteten. Obwohl hier keine Täter_innenbeschreibung vorgenommen wurde, kommentierte die Berliner AfD: »Der Senat schaut lange weg, da die Täter keine Deutschen sind …«. Ähnlich verhielt es sich bei zwei weiteren Postings der AfD Berlin, welche sich auf einen antisemitischen Vorfall an der Humboldt-Universität bezogen. Am 20. Juni kam es bei einer Veranstaltung mit einer Schoa-Überlebenden aus Israel durch drei Aktivist_innen der Boykott-Kampagne BDS zu Relativierungen der Schoa und zur antisemitischen Täter-Opfer-Umkehr. Die Berliner AfD kommentierte den Vorfall gleich zweimal: »Linke und Migranten pöbeln Juden an – für uns sind das keine harmlosen Aktivisten, sondern lupenreine Antisemiten« und »Israel-Hasser aus dem Ausland … aber eine Islamisierung findet angeblich nicht statt«. Das instrumentelle Verhältnis der AfD zum Antisemitismus wird hier deutlich: Obwohl es im Zuge der Störung zu keinerlei religiösen Bezugnahmen kam, wurde die Aktion als Ausdruck einer vermeintlichen »Islamisierung« gedeutet. An diesem Beispiel des Berliner Landesverbandes zeigt sich, dass die AfD Antisemitismus externalisiert, also nur bei gesellschaftlichen Minderheiten, politisch linken Milieus oder im Zusammenhang mit dem Islam thematisiert.

Die AfD Berlin nutzt antisemitische Vorfälle und die erschütternden Beschreibungen der Betroffenen ausschließlich für Hetze gegen »Linke und Migranten« und um eine Frontstellung gegen »den Islam« zu formulieren.

111 **21. Mai, Berlin-Charlottenburg**
Gegen 18.55 Uhr wird ein 17-jähriger Mann auf dem Hardenbergplatz von einer 21-jährigen Frau rassistisch beleidigt, bespuckt und mit einer Bierflasche, die ihn am Hinterkopf trifft, beworfen.

Polizei Berlin, 23.06.2017

112 **20. Mai, Berlin-Kreuzberg**
Eine Frau wird gegen 17.30 Uhr auf dem U-Bahnhof Moritzplatz von einem unbekannten Mann aus antimuslimischer Motivation ins Gesicht geschlagen. Die Frau erstattet Anzeige.

Register Spandau

113 **24. Mai, Berlin-Treptow**
Ein 26-Jähriger in Begleitung von zwei Frauen, von denen eine ein Kopftuch trägt, wird auf dem Bahnsteig S-Bahnhof Adlershof von einem Mann aus antimuslimischer Motivation gestoßen und mit einer abgebrochenen Bierflasche am Hals schwer verletzt. Eine Frau leistet erste Hilfe, ein Mann ruft die Polizei.

Polizei Berlin, 23.04.2017

114 **25. Mai, Berlin-Treptow**
Gegen 15.00 Uhr werden zwei Männer im Alter von 44 und 45 Jahren in der Dominicusstraße von einem unbekannten Mann aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt, bespuckt und gestoßen. Der 44-Jährige wird in den Rücken getreten und verletzt.

Polizei Berlin, 25.05.2017

Der Antisemitismus der AfD und die demokratische Zivilgesellschaft

Wie bewerten nun aber jüdische Organisationen das Auftreten der AfD? Welche Schlussfolgerungen ergeben sich aus der strategischen Thematisierung des Antisemitismus für demokratische Akteur_innen? Die Reaktion auf das eingangs zitierte Beispiel für die öffentliche Selbstinszenierung als einzige Partei, die sich für die Sicherheit und Sorgen der jüdischen Communities Deutschlands einsetzen würde, kam prompt und in aller Deutlichkeit. Die Vorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinde München, Charlotte Knobloch, erwiderte in einer Pressemitteilung: »Es ist an Dreistigkeit und Verlogenheit kaum zu übertreffen, wie die AfD die berechtigten Sorgen jüdischer Menschen vor Antisemitismus unter Muslimen in Deutschland für ihre Zwecke missbraucht. [...] Sie [die AfD, Anmerkung d. Verfasser_in] steht für Revisionismus, religionsfeindliche Konzepte, eine völkisch-nationalistische Vision, offen und folgenlos geäußerte rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Thesen, Geschichtsklitterei, Holocaustrelativierung oder gar -leugnung sowie offene Nähe zur Neonaziszene. Die AfD ist in dieser Form antimodern, antidemokratisch und freiheitsfeindlich. Sie ist ein Schande für unser Land und für jüdische Menschen nicht wählbar!« Auch mehrere jüdische Organisationen riefen öffentlich dazu auf, nicht die AfD zu wählen. Sie sehen in dem Wahlerfolg eine politische Zäsur, die den »Bundestag vor [seine] größte demokratische Herausforderung seit 1949« stellt.

> »Es ist an Dreistigkeit und Verlogenheit kaum zu übertreffen, wie die AfD die berechtigten Sorgen jüdischer Menschen vor Antisemitismus unter Muslimen in Deutschland für ihre Zwecke missbraucht.«

Positionen, die sich einer antisemitischen Schuldabwehr und dem Revisionismus zuordnen lassen, sind in der AfD also ebenso verbreitet wie antisemitische Verschwörungsmythen. Gleichzeitig wird eine klare Positionierung zu Israel vermieden, während die eingeforderte Politik das Leben von Jüdinnen_Juden in Deutschland erschweren würde. Warum vermag es die AfD aber überhaupt trotz all dieser Sachverhalte, sich als Akteurin gegen Antisemitismus zu inszenieren? Ein Grund hierfür könnte sein, dass die AfD mit der instrumentalisierenden Thematisierung des Antisemitismus in linken und muslimischen Milieus einen blinden Fleck in der demokratischen Auseinandersetzung mit aktuellen Ausdrucksformen des Antisemitismus trifft. Die späte Reaktion von Seiten der offiziellen Politik und der komplett ausgebliebene Aufschrei von Seiten der demokratischen Zivilgesellschaft angesichts der zum Teil offen antisemitischen Aufmärsche, zahlreicher Angriffe auf Jüdinnen_Juden, aber auch Synagogen im Sommer 2014 erwiesen sich als paradigmatische Erfahrung für die jüdischen Communities. Auf vielen Demonstrationen anlässlich der militärischen Auseinandersetzung zwischen Israel und der islamistischen Terrororganisation Hamas wurde von den Organisator_innen mit religiösen Bezugnahmen gespielt und eine muslimische Identität als gemeinsame Klammer der Solidarität mit den Palästinenser_innen angerufen. Das Schweigen der demokratischen Zivilgesellschaft und Parteien angesichts des offenen Antisemitismus von nicht-rechtsextremen Akteur_innen vermittelte jüdischen

115 **26. Mai, Berlin-Neukölln**
Ein 35-jähriger Mann wird gegen 14.50 Uhr auf dem Hermannplatz aus einer Gruppe von Frauen, Männern und Kindern heraus aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt, geschlagen, getreten und verletzt. Eine Zeugin greift ein und bringt den 35-Jährigen in ein Lokal.

Polizei Berlin, 27.05.2017

116 **28. Mai, Berlin-Friedrichshain**
Gegen 20.50 Uhr werden eine 26-jährige Frau und ein 32-jähriger Mann auf dem S-Bahnhof Ostkreuz von einem unbekannten Mann rassistisch beleidigt. Die 26-Jährige wird von dem Unbekannten bespuckt, am Arm gepackt und gegen den Kopf geschlagen.

Polizei Berlin, 17.11.2017

117 **28. Mai, Berlin-Tiergarten**
In der Nacht wird ein 45-jähriger Mann, der auf einer Parkbank im Großen Tiergarten sitzt, aus einer Gruppe von acht Personen heraus aus LGBTIQ-feindlicher Motivation mehrfach mit der Faust ins Gesicht geschlagen.

Polizei Berlin, 23.06.2017

118 **30. Mai, Berlin-Friedrichshain**
Ein 50-jähriger Mitarbeiter eines Friseurgeschäftes in der Frankfurter Allee wird gegen 13.10 Uhr von einem unbekannten Mann aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt, in den Nacken geschlagen und verletzt.

Polizei Berlin, 31.05.2017
Tagesspiegel, „
Berliner Zeitung, „

Communities nicht nur das Gefühl allein dazustehen, sondern bot den rechtspopulistischen Kräften überhaupt erst die Möglichkeit, sich als deren einzige Fürsprecherin zu inszenieren. Die Auffassung, dass die unterschiedlichen Facetten des Antisemitismus von Seiten der Öffentlichkeit und der deutschen nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft nicht ausreichend erkannt werden, ist unter Jüdinnen_Juden weitverbreitet. So wünschten sich alle 31 Interviewpartner_innen einer qualitativen Befragung im Rahmen der Studie Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland, dass »[t]raditioneller wie moderner, insbesondere israelbezogener Antisemitismus (…) von der Gesellschaft nicht akzeptiert oder übersehen werden« sollte. An einer anderen Stelle des Berichts wird die Angst der Interviewpartner_innen nochmal präzisiert. So »befürchten alle Interviewpartner_innen ohne Ausnahme die Steigerung des Antisemitismus im Zusammenhang mit islamistischen Radikalisierungen und zugewanderten Flüchtlingen. Gleichzeitig weisen die meisten Interviewpartner_innen auch auf andere Gruppen, von denen Antisemitismus ausgeht, hin. Besonders wird der Antisemitismus der Mittelschicht und der gebildeten Menschen thematisiert.«

> Das Schweigen der demokratischen Zivilgesellschaft und Parteien angesichts des offenen Antisemitismus von nicht-rechtsextremen Akteur_innen vermittelte jüdischen Communities nicht nur das Gefühl allein dazustehen, sondern bot den rechtspopulistischen Kräften überhaupt erst die Möglichkeit, sich als deren einzige Fürsprecherin zu inszenieren.

Demokratische Akteur_innen stehen beim Umgang mit der AfD nicht nur vor der »größten Herausforderung« seit Jahrzehnten – sie stehen generell in der Pflicht, mit jeder Form des Antisemitismus die kritische Auseinandersetzung zu suchen. Dies gilt auch hinsichtlich antisemitischer Akteure, die sich mit Bezug auf den Islam legitimieren. Aber diese Auseinandersetzung muss so erfolgen, dass Homogenisierungen vermieden und antimuslimische Ressentiments nicht bedient werden. So kann der rechtspopulistischen Agitation gegen »die Muslime«, »die Linken« oder gegen Geflüchtete begegnet werden – nicht jedoch mit einem strategischen Schweigen, dass die rechtspopulistischen Instrumentalisierungsversuche bei der Thematisierung bestimmter Erscheinungsformen des Antisemitismus überhaupt erst ermöglicht.

119 **1. Juni, Berlin-Reinickendorf**
Gegen 7.05 Uhr wird eine 49-jährige Frau von einem 33-jährigen Mann in einem Bus auf dem Wilhelmsruher Damm rassistisch beleidigt und aus dem Bus gestoßen.
Polizei Berlin, 23.06.2017

120 **2. Juni, Berlin-Tiergarten**
Ein 47-jähriger Mann wird gegen 17.00 Uhr in der Klopstockstraße aus LGBTIQ-feindlicher Motivation von vier bis fünf unbekannten Personen körperlich angegriffen.
Polizei Berlin, 23.06.2017

121 **2. Juni, Berlin-Treptow**
Gegen 19.45 Uhr wird ein 24-jähriger Mann in der Elsenstraße von zwei unbekannten Männern aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt und die Täter versuchen den 24-Jährigen zu treten.
Polizei Berlin, 23.06.2017

Endoten

1 2003 hatte der damalige CDU-Politiker in einer Rede zum Tag der deutschen Einheit nicht nur gefordert, angesichts der Wirtschaftslage die Zahlungen an NS-Zwangsarbeiter_innen und jüdische Opfer der Schoa einzustellen. Auch schrieb er Jüdinnen_Juden in antisemitischer und antikommunistischer Tradition die Verantwortung für die Oktoberrevolution zu und untermauerte damit eine entlastende Täter-Opfer-Umkehr: wenn man die Deutschen als »Tätervolk« bezeichne, müsse man das auch mit dem jüdischen Volk tun. Um diese NS-relativierende These zu untermauern, zitierte er aus der antisemitischen Schrift »Der ewige Jude« von Henry Ford.

2 Der Bundesfachausschuss ist ein Gremium zur Vorberatung programmatischer Inhalte innerhalb der Partei.

122 **4. Juni, Berlin-Schöneberg**
Gegen 3.45 Uhr wird ein 26-jähriger Mann in der Motzstraße von einem 19-jährigen Mann, der in Begleitung ist, aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt und geboxt. Der 26-Jährige hatte den 19-Jährigen aufgefordert, das Lokal zu verlassen.

Polizei Berlin, 30.10.2017

123 **5. Juni, Berlin-Friedrichshain**
Zwei Frauen werden gegen 4.50 Uhr am S-Bahnhof Ostkreuz von einem unbekannten Mann aus rassistischer Motivation am Einsteigen in die S41 gehindert und bespuckt.

Register Friedrichshain-Kreuzberg

124 **5. Juni, Berlin-Tiergarten**
Ein 26-jähriger Mann wird gegen 22.30 Uhr im Großen Tiergarten am Rosengarten aus LGBTIQ-feindlicher Motivation von vier unbekannten Männern bedroht, festgehalten und beraubt.

Polizei Berlin, 23.06.2017

125 **7. Juni, Berlin-Charlottenburg**
Gegen 16.45 Uhr wird ein 49-jähriger Mann in einem Geschäft in der Wilmersdorfer Straße von einem unbekannten Mann rassistisch beleidigt und gestoßen.

Polizei Berlin, 8.06.2017
Berliner Zeitung, — »

Nachtrag

Ein knappes halbes Jahr nach Erscheinen des Artikels »Die AfD im Spannungsfeld zwischen Relativierung und Instrumentalisierung des Antisemitismus« haben sich dessen grundlegende Thesen und Erkenntnisse bestätigt. Es gelingt der Partei, öffentliche Debatten insofern zu verändern, als Antisemitismus zunehmend als muslimisches Problem externalisiert und mit Forderungen nach einer vermehrten Ausweisung von Geflüchteten verbunden wird. Auch in den vergangenen Monaten boten sich der AfD Gelegenheiten, sich als Vorkämpferin gegen Antisemitismus unter Muslimen zu inszenieren. Antisemitische Vorfälle wurden beispielsweise auf der Facebook-Seite des Berliner Landesverbandes der Partei genutzt, um gegen die Migrationspolitik der Bundesregierung zu polemisieren.

So kritisch gibt sich die Partei jedoch nicht, wenn es um Antisemitismus in den eigenen Reihen geht. Das Parteiausschlussverfahren gegen Wolfgang Gedeon wurde vom Landesschiedsgericht der AfD Baden-Württemberg aus formalen, aber auch inhaltlichen Gründen abgewiesen. Das Spannungsfeld zwischen antisemitischen Äußerungen, Relativierung und Instrumentalisierung von Antisemitismus, in dem sich die AfD befindet, zeigte sich besonders deutlich in einem Vortrag, den der AfD-Bundestagsabgeordnete Hans-Thomas Tillschneider Ende Januar hielt. Tillschneider behauptete, unter Deutschen gebe es keinen Antisemitismus mehr, um im Anschluss ein antisemitisches Stereotyp zu bedienen: »Der Islam wird von vielen, sowohl vom Zentralrat der Juden als auch vom Establishment und von den linksliberalen Parteien benutzt [...], um in Deutschland multikulturelle Verhältnisse herbeizuführen, um die deutsche Kultur zu schwächen. [Es] geht ihnen darum, was sie Pluralität nennen, was nichts anderes ist als die Zersplitterung und letzten Endes die Abschaffung unseres Volkes.« Die AfD solle Antisemitismus auch in Hinblick auf den Islam nicht stärker thematisieren, um keinen »Antisemitismus-Hype« zu befördern, der sich letztendlich auch gegen die »patriotische Opposition«, also die AfD selbst, richte. Hier zeigt sich, dass

126 **8. Juni, Berlin-Marzahn**
Ein 33-jähriger Geflüchteter wird gegen 21.20 Uhr in der Otto-Rosenberg-Straße vor einer Geflüchtetenunterkunft von einem 27-jährigen Mann, der bereits Hausverbot in der Unterkunft hat, rassistisch beleidigt und geschlagen.

Polizei Berlin, 17.11.2017

127 **10. Juni 2017, Berlin-Kreuzberg**
Ein 20-jähriger Mann wird gegen 1.20 Uhr von einem 18-jährigen Mann auf dem U-Bahnhof Mehringdamm aus einer Gruppe heraus LGBTIQ-feindlich beleidigt und bespuckt.

Polizei Berlin, 10.06.2017
Tagesspiegel, „

AfD-Politiker_innen bereits abwägen, ob die Instrumentalisierung von Antisemitismus für die Agitation gegen Geflüchtete und Migrant_innen vor dem Hintergrund der generellen Abwehr von Kritik an antisemitischen Positionen innerhalb der Partei überhaupt aufrechterhalten werden soll. Derartige Widersprüche im Umgang mit Antisemitismus innerhalb der AfD könnten in Zukunft noch deutlicher zutage treten.

Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS)

Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS) ist eine Anlaufstelle für Betroffene und Zeug_innen von antisemitischen Vorfällen. RIAS erfasst antisemitische Vorfälle unabhängig von der strafrechtlichen Relevanz, vermittelt zivilgesellschaftliche Unterstützungsangebote und macht Erfahrungen des alltäglichen Antisemitismus für die breite Öffentlichkeit sichtbar. Im Zentrum der Arbeit stehen die Wahrnehmungen und die Bedürfnisse der Betroffenen.

10. Juni, Berlin-Friedrichshain

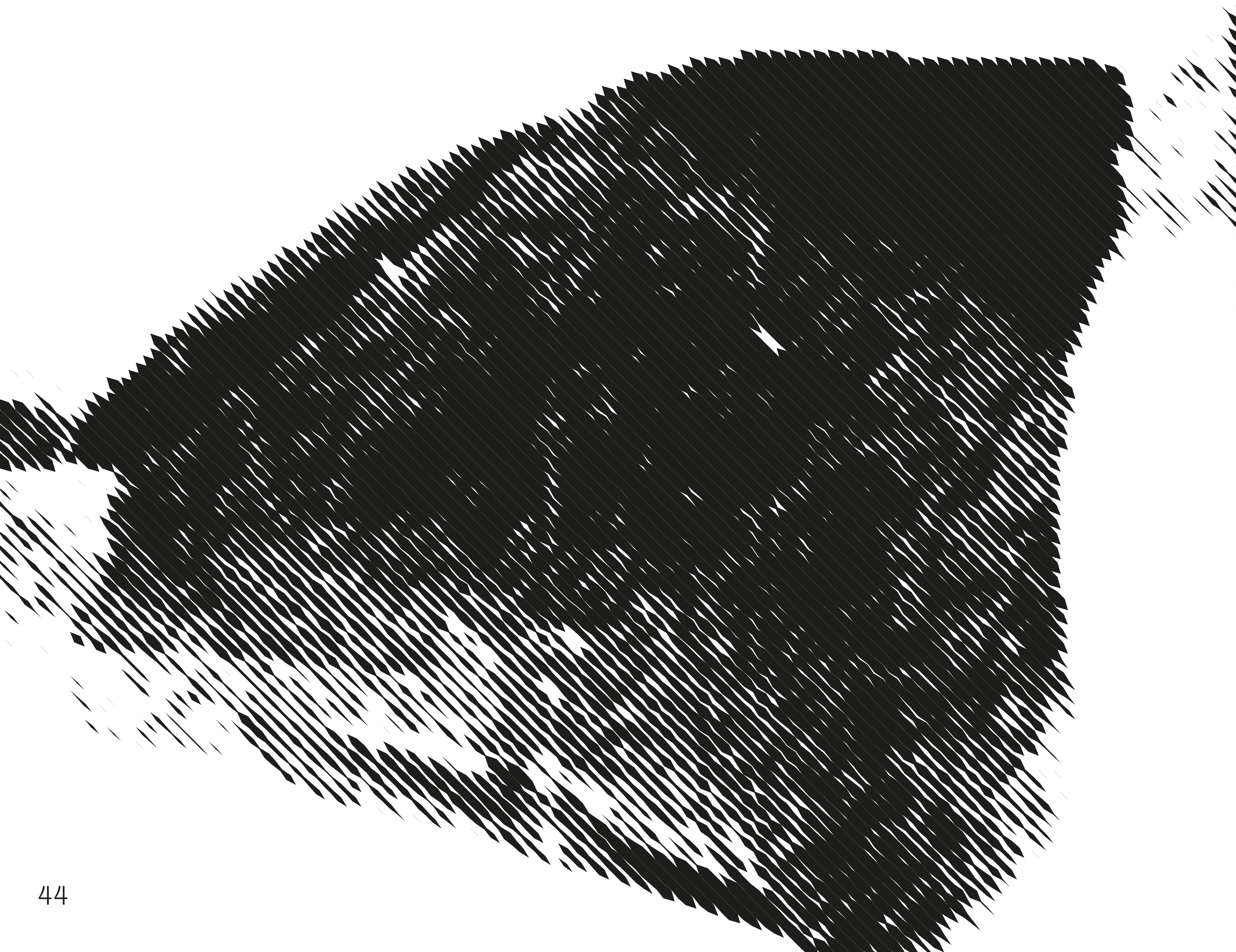
Gegen 2.45 Uhr werden zwei obdachlose, geflüchtete Männer im Alter von 52 und 65 Jahren, die unter einer S-Bahnbrücke an der Frankfurter Allee schlafen, von einem 37-jährigen Mann, der extrem rechte und rassistische Parolen ruft, angegriffen. Der 52-Jährige wird geschlagen und verletzt. Der 65-Jährige wird getreten. Passanten werden … … mit einer Eisenstange beworfen.

Polizei Berlin, 10.06.2017

30. August
2017

Von Dervis Hizarci,
Vorstandsvorsitzender
der Kreuzberger Initiative
gegen Antisemitismus
(KigA e.V.)

Antisemitismus an Berliner Schulen begegnen



»Hier geht es um Antisemitismus übelster Art« – diesen Worten des Präsidenten des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, kann ich nur beipflichten. Die antisemitischen Vorfälle an der Friedenauer Gemeinschaftsschule, die in diesem Frühjahr öffentlich wurden, spiegeln eine traurige Realität des Berliner Schullebens wieder. Leider sind dies keine Einzelfälle, doch in diesen Ausmaßen gehört so etwas auch nicht zur Normalität.

Ein Jugendlicher wurde von seinen Mitschülern aufgrund seiner religiösen Zugehörigkeit so stark schikaniert, dass er keinen anderen Ausweg sah, als seine Schule zu verlassen. Über diesen Vorfall wurde zu Recht, auch medial, stark diskutiert. Auch der ethnische Hintergrund der Täter steht im Fokus der Debatten.

129 **15. Juni, Berlin-Wedding**
Ein 28-jähriger Mann wird gegen 4.00 Uhr in der Antwerpener Straße in Wedding von drei unbekannten Männern aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt. Der 28-Jährige wird von zwei Tätern angegriffen und mit einer Bierflasche auf den Kopf geschlagen.

Polizei Berlin, 30.10.2017 —

130 **15. Juni, Berlin-Treptow**
Gegen 18.45 Uhr wird eine Frau von fünf Männern aus antimuslimischer Motivation am S-Bahnhof Treptower Park aus der S-Bahn gedrängt.

Register Treptow-Köpenick —

131 **17. Juni, Berlin-Friedrichshain**
Gegen 16.45 Uhr wird eine Frau vor dem Ostbahnhof von drei Männern aus antimuslimischer Motivation beleidigt. Ihr Begleiter wird mit einer leeren Flasche bedroht und gestoßen. Als ein Zeuge sich einmischt, entfernen sich die drei Angreifer unerkannt.

Register Friedrichshain-Kreuzberg

Es gibt Antisemitismus unter Muslimen. Diesen zu Verschweigen ist falsch. Es ist aber auch nicht richtig, den Antisemitismusvorwurf allgemein auf Muslime als homogene Gruppe anzuwenden, zu pauschalisieren, denn die Zahlen sprechen nicht dafür. Juliane Wetzel, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin und Mitglied im Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus des Deutschen Bundestages, äußerte sich in einem Vortrag zum Thema wie folgt:

> *»Im öffentlichen Diskurs steht die Gruppe der Muslime als vermeintliche Hauptverursacher des Antisemitismus im Fokus, mit der ›Flüchtlingswelle‹ haben solche Zuschreibungen noch zugenommen. Dies hat dazu geführt, dass der Rechtsextremismus als zentrales Milieu antisemitischer Inhalte in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um Antisemitismus in Deutschland in den Hintergrund getreten ist. Insbesondere muslimische Verbände und Moscheegemeinden werden undifferenziert als Hort antisemitischer Agitation gesehen und Imame als »Hassprediger« charakterisiert. Untersuchungen zu antisemitischen Einstellungen in muslimisch geprägten religiösen Milieus, die diese Vermutungen untermauern könnten, gibt es bisher jedoch kaum. Eine vom Expertenkreis in Auftrag gegebene Pilotstudie zur Haltung von Imamen konnte keine radikalen antisemitischen Stereotype identifizieren, eine Gleichsetzung des Holocaust mit der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern jedoch schon.«*

Wenn man den Antisemitismus unter Muslimen angehen möchte, dann hilft es wenig, sie als Judenhasser zu disqualifizieren. Ja, es gibt antisemitische Muslime, doch es gab auch noch nie ein derartiges muslimisches Engagement gegen Antisemitismus und für einen jüdisch-muslimischen Dialog wie heute. Ob die »Interreligious Peers« vom JUMA-Projekt, das Projekt »AKRAN« oder zahlreiche andere – das Bemühen junger Muslime, den Antisemitismus in ihren Communities zu bekämpfen, ist ein neues Phänomen, welches möglicherweise einen neuen Trend markiert: social consciousness. Das ist eine Form der gesellschaftlichen Partizipation, die auf einer selbst erkannten sozialen Verantwortung aufbaut.

Selbstbewusste Jugendliche gegen Intoleranz

Um das Beispiel des Peer-to-Peer-Projektes AKRAN der KIgA näher zu beleuchten: Die meisten der teilnehmenden jungen Erwachsenen »teamen« jetzt an Schulen, leiten Workshop-Reihen oder initiieren eigene Projekte bei anderen Trägern. Viele haben ihre Präsentationsprüfung im Abitur zu dem Thema gemacht, ein ehemaliger Teilnehmer sogar seine MSA-Prüfung. Eine weitere ehemalige Teilnehmerin ist jetzt Guide am Jüdischen Museum Berlin. Als der Rabbiner Daniel Alter im Jahr 2012 überfallen wurde, sind zwei der Jugendlichen zu einer Kundgebung nach Friedenau gefahren, haben dem Rabbi ihre Trauer, ihr Mitgefühl ausgedrückt. Nicht weil ihnen jemand dazu geraten hatte, sondern aus eigenem Antrieb.

132 **20. Juni, Berlin-Lichtenberg**

Gegen Mittag wirft ein unbekannter Mann, der mit einem Fahrrad unterwegs ist, eine Bierflasche auf die Unterkunft für Geflüchtete in der Magdalenenstraße.

Register Lichtenberg

133 **23. Juni, Berlin-Charlottenburg**

Ein 21-jähriger Mann wird gegen 13.05 Uhr in der U-Bahn in der Nähe der Augsburger Straße von zwei unbekannten Männern verfolgt, rassistisch beleidigt und mit einem Messer am Arm verletzt.

Polizei Berlin, 30.10.2017

134 **23. Juni, Berlin-Charlottenburg**

Acht Personen, die an einer Gegendemonstration zum »Quds-Marsch« teilnehmen, werden in der Nähe des Kurfürstendamms von zwei Männern aus antisemitischer Motivation beleidigt und einige von ihnen werden angerempelt.

Register Charlottenburg-Wilmersdorf, Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)

Die Jugendlichen nehmen mit ihrem Engagement ein gewisses Risiko auf sich. Wenn ein palästinensischer Junge zum Beispiel bei Facebook seinen Cousin auf einen Post anspricht und schreibt, »das ist antisemitisch, was du da schreibst«, kann es sein, dass er als Antwort Aussagen wie die Folgende bekommt: »Was für ein Problem hast du, bist du jetzt ein Judenfreund, oder was?« Aber die jungen Peers sind selbstbewusst genug, um bei ihrer Meinung zu bleiben und Hass und Intoleranz nicht zu tolerieren.

Auch das JUMA-Projekt unterstützt junge Muslime darin, sich aktiv an politischen und gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen und auf dieses Engagement aufmerksam zu machen. Auch hier steht – neben Projekten wie der Flüchtlingsinitiative und der Ausbildung zu sogenannten »Türöffnern«, die den Austausch zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen suchen – der jüdisch-muslimische Dialog im Mittelpunkt. Im Projekt »Interreligious Peers« haben sich 14 junge Berliner Muslime, Christen, Juden und Bahai von erfahrenen Trainer_innen der interkulturellen und interreligiösen Bildung zu Peer-Trainer_innen ausbilden lassen. Sie sind nun in der Lage, mit Schüler_innen zu den Themen der interreligiösen und weltanschaulichen Vielfalt und Verständigung zu arbeiten. Als junge Menschen setzen die »Interreligious Peers« bewusst auf den Peer-Education-Ansatz, in dem die Erkenntnis zum Tragen kommt, dass Jugendliche in Bezug auf die Entwicklung des eigenen Wertesystems besonders durch Gleichaltrige ansprechbar sind und sich vor allem auch an deren praktischen und authentischen Erfahrungen orientieren. Dazu haben sie zahlreiche, vielbeachtete Aktionen konzipiert und umgesetzt. Diese sollen verdeutlichen, dass sie die Instrumentalisierung und den Missbrauch ihrer Religionen im Namen der Gewalt ablehnen und auch andere gruppenabwertende Haltungen mit ihren religiösen Überzeugungen nicht vereinbar sind.

Eine religiös begründete Motivation für das Engagement ist eine Vorstellung von Toleranz im Glauben, beruhend auf einer im Koran basierten Nähe der abrahamitischen Religionen. Politische Beweggründe sind unter anderem religiös begründete Ausgrenzungserfahrungen, die in der eigenen Wahrnehmung deutlich zunehmen. Von beiden Motivationen kann man in der pädagogischen Arbeit gegen Antisemitismus Gebrauch machen, indem man diese als so genannte door opener zum Thema benutzt. Hierbei geht es nicht um die Gleichsetzung von Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus oder einem Wettbewerb zwischen beiden. Vielmehr geht es darum, über diese Zugänge Empathie möglich zu machen und andere Sichtweisen aufzuzeigen. So werden unter anderem jüdische Perspektiven für Menschen zugänglich gemacht, die in ihrem Alltag keine Berührungspunkte mit jüdischem Leben in all seiner Vielfalt haben.

Vielmehr geht es darum, über diese Zugänge Empathie möglich zu machen und andere Sichtweisen aufzuzeigen. So werden unter anderem jüdische Perspektiven für Menschen zugänglich gemacht, die in ihrem Alltag keine Berührungspunkte mit jüdischem Leben in all seiner Vielfalt haben.

135 **25. Juni, Berlin-Mitte**
Eine 28-jährige und eine 30-jährige Frau, die auf einer Bank am Reichstagsufer Ecke Neustädtische Kirchstraße sitzen, werden gegen 17.00 Uhr von einem 45-jährigen Mann LGBTIQ-feindlich beleidigt.

Die 30-Jährige wird ins Gesicht geschlagen und verletzt. … Der 28-Jährigen wird eine Flasche gegen den Kopf geworfen und sie wird gewürgt, bis sie das Bewusstsein verliert.

Zeug_innen greifen ein.

Polizei Berlin, 26.06.2017
Tagesspiegel, „
Berliner Morgenpost, – „
Neues Deutschland, — „

136 **25. Juni, Berlin-Mitte**
Ein 19 Jahre alter Mann wird gegen 15.35 Uhr in der Josef-Orlopp-Straße von einem unbekannten Mann rassistisch beleidigt, an den Hals gegriffen und nach hinten gedrückt.

Polizei Berlin, 30.10.2017

An den Projekten der KIgA, der JUMA und weiterer Initiativen wird deutlich, wie groß das Interesse am jüdisch-muslimischen Austausch gerade auch in der muslimischen Gemeinschaft in Berlin ist. Dieses Interesse wird von der Öffentlichkeit jedoch nicht so sehr wahrgenommen. Natürlich erhielt der Fall in Berlin-Friedenau völlig zu Recht große Aufmerksamkeit und wurde, ebenfalls zu Recht, medial schnell verbreitet. Jedoch gerät die Arbeit an einer jüdisch-muslimischen Annäherung durch solche Vorfälle und eine einseitige mediale Aufbereitung stark in den Hintergrund – was angesichts der Menge der Initiativen, die eben diesen antisemitischen Entwicklungen begegnen wollen, bedauerlich und für den Dialog kontraproduktiv ist. Natürlich muss trotzdem Antisemitismus in allen Erscheinungsformen als solcher erkannt, benannt und entschieden bekämpft werden.

Durch den Fall von Antisemitismus in Berlin-Friedenau wurde deutlich, dass an jeder Schule, auch an einer, die ein antirassistisches Profil hat und in Fällen von Ausgrenzung entschieden durchgreift, eine solche Situation nicht immer gelöst werden kann. Schuldige zu suchen hilft jedoch nicht immer der Sache. Als Bildungsträger haben wir die Pflicht, nach Lösungen vor Ort zu suchen, unabhängig von der medialen Aufmerksamkeit, die das Thema berechtigterweise erhält. Solche Vorkommnisse zu verhindern sollte zweifellos unser aller Ziel sein und Partner in diesem Kampf sind Muslime, Lehrer, Juden, Jugendliche, Politiker – alle, gemeinsam, gleichberechtigt.

137 **28. Juni, Berlin-Friedrichshain**
Gegen 1.00 Uhr wird einem 44-jährigen Mann in der Revaler Straße von einem 48-jährigen Taxifahrer aus LGBTIQ-feindlicher Motivation die Mitfahrt verweigert. Der 44-Jährige wird an den Haaren gezogen und gewürgt.

Polizei Berlin, 28.06.2017
Tagesspiegel, — »
rbb-online.de, — »
berlinonline.de, — »

138 **28. Juni, Berlin-Charlottenburg**
Ein 54-jähriger Mann wird gegen 10.00 Uhr in der U-Bahn Linie 7 aus einer Gruppe von drei Mitarbeitern des Sicherheitsdienstes heraus rassistisch beleidigt und fälschlich einer Straftat verdächtigt. — Am Bahnhof Mierendorffplatz wird dem … 54-Jährigen unter die Arme gegriffen und er wird aus dem U-Bahnhof geschafft. Er erstattet Anzeige.

Register Charlottenburg-Wilmersdorf

139 **28. Juni, Berlin-Reinickendorf**
Gegen 15.13 Uhr wird ein 31-jähriger Mann auf dem U-Bahnhof Franz-Neumann-Platz von einem unbekannten Mann, der von einem anderen Mann begleitet wird, aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt und mit der Faust ins Gesicht geschlagen.

Polizei Berlin, 30.10.2017

Nachtrag

Es vergeht kaum ein Tag ohne einen Artikel oder einen Fernsehbericht über Antisemitismus in Deutschland. Die Aktualität des Themas wird damit mehr als deutlich. Doch wie wurde die Antisemitismus-Debatte in den vergangenen Monaten geführt?

In unserer täglichen Arbeit stellen wir fest, dass die Verunsicherung zugenommen hat und Pauschalisierungen an der Tagesordnung sind. Insbesondere der Ausdruck des »importierten Antisemitismus« oder »muslimischen Antisemitismus« ist immer wieder zu hören und zu lesen. Schulleiter, Lehrer und Bildungsreferenten sind durch diese Art der Debatte oft verunsichert und wünschen sich schnelle und unbürokratische Hilfe, wenn es zu antisemitischen Vorfällen kommt. Dervis Hizarci ist Vorstandsvorsitzender der KIgA – Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus. Das Team der KIgA hat täglich mit antisemitischen Vorfällen zu tun und wird ab April 2018 mit Unterstützung des Berliner Senats eine zentrale »Praxisstelle Bildung & Beratung« einrichten, um der großen Nachfrage nach qualifizierten Schulungen und Beratungen bei antisemitischen Vorfällen nachkommen zu können. Der wohl bekannteste Vorfall an einer Berliner Schule hat sich im Frühjahr 2017 an einer Friedenauer Oberschule ereignet.

Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KigA e.V.)

Der Bildungsträger KIgA e.V. entwickelt innovative Konzepte für die pädagogische Auseinandersetzung mit Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft. Seit 2003 erarbeitet die KIgA modellhafte und lebensweltlich orientierte pädagogische Ansätze und Materialien für die politische Bildung und setzt sie in die Praxis um.

140 **29. Juni, Berlin-Wedding**
Ein unbekannter Jugendlicher wird gegen 9.00 Uhr in der U-Bahn in der Nähe des U-Bahnhofs Pankstraße von einem 54-jährigen Mann aus antiziganistischer Motivation beleidigt und geohrfeigt.

Polizei Berlin, 19.02.2018

135



25. Juni 2017, Berlin-Mitte

Eine 28-jährige und eine 30-jährige Frau, die auf einer Bank am Reichstagsufer Ecke Neustädtische Kirchstraße sitzen, werden gegen 17.00 Uhr von einem 45-jährigen Mann LGBTIQ-feindlich beleidigt. Die 30-Jährige wird ins Gesicht geschlagen und verletzt. Der 28-Jährigen wird eine Flasche gegen den Kopf geworfen und sie wird gewürgt bis sie das Bewusstsein verliert.

Zeug_innen greifen ein.

4. Dezember
2017

Die Opferperspektive in den Vordergrund stellen

Interview mit Faruk Arslan, Ibrahim Arslan, Yeliz Arslan und der in der Türkei lebenden Hava Assan (Angehörige der Mordopfer der rassistischen Brandanschläge von Mölln 1992) sowie Julia (Initiative zur Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş)



Am 23. November jährten sich die rassistischen Brandanschläge von Mölln zum 25. Mal. In Gedenken an die Opfer fand am 19. November 2017 im mit über 500 Personen voll besetzten Theater »Hebbel am Ufer (HAU)« die »Möllner Rede im Exil« in Berlin statt. Zwei bekannte Neonazis hatten am 23. November 1992 das Haus der Familie Arslan angezündet. Bahide Arslan (51), Ayşe Yılmaz (14) und Yeliz Arslan (10) starben.
Kurz zuvor hatten die Täter ein weiteres überwiegend von türkischen Familien bewohntes Haus in unmittelbarer Nähe angezündet. Neun Menschen wurden hierbei teils schwer verletzt. Bis 2012 war die Möllner Rede, deren Redner*innen die Familien Arslan und Yılmaz aussuchen, Teil der Gedenkfeier der Stadt Mölln. 2013 wurde sie aus dem Programm gestrichen. Seitdem organisieren die Familien eigene Veranstaltungen in wechselnden Städten. Die Gedenkveranstaltung 2017 wurde gemeinsam mit der Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş aus Berlin organisiert, die sich nach dem bis heute ungeklärten Verbrechen in der Nacht zum 5. April 2012 im Bezirk Neukölln gegründet hatte. Wir sprachen direkt vor der Veranstaltung mit den Beteiligten über Formen des Gedenkens, Rassismus und ihren Widerstand.

141 **30. Juni, Berlin-Neukölln**
Ein 24-jähriger Mann, der sich gegen 19.55 Uhr mit zwei Freunden in einem Imbiss in der Sonnenallee aufhält, wird von einem unbekannten Mann aus LGBTIQ-feindlicher Motivation mit einem Kopfstoß auf die Nase angegriffen.

Polizei Berlin, 30.10.2017

142 **1. Juli, Berlin-Charlottenburg**
Drei Männer im Alter von 37 bis 44 Jahren werden gegen 0.20 Uhr auf dem Mierendorffplatz aus einer Gruppe heraus mit »Sieg Heil«-Rufen beleidigt. Ein 37-jähriger Mann wird mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Ein Mann, der ihm helfen will, wird geschlagen und ein dritter Mann wird vor die Brust gestoßen. Alle drei Männer werden verletzt.
Polizei Berlin, 1.07.2017

143 **1. Juli, Berlin-Mitte**
Ein 33-jähriger Mann wird gegen 00.35 Uhr auf dem Michaelkirchplatz aus LGBTIQ-feindlicher Motivation von einem unbekannten Mann beleidigt, bespuckt, geschlagen und getreten.

Polizei Berlin, 17.11.2017

Berliner Zustände:

Wie muss ein würdevolles Gedenken an die Opfer rassistischer Gewalt Ihrer Meinung nach aussehen?

Ibrahim Arslan: Im Prinzip so, wie wir es mit der »Möllner Rede im Exil« bereits machen. Sie ist ein würdevolles Gedenken für uns, weil wir sie uns selbst erkämpft haben. Für uns war die Gedenkfeier der Stadt Mölln immer eine Inszenierung, weil sie nie etwas war, was wir selbst organisiert haben. Die Gedenkveranstaltung hat die Stadt organisiert, lediglich die Möllner Rednerinnen und Redner haben unsere Familien organisiert. Mit der Begründung, die Rede sei zu politisch, wurde sie dann 2013 aus dem Programm gestrichen. Wir haben die Gegenfrage gestellt: ›Haben denn die Täter nicht auch aus politischen Gründen unser Haus angezündet?‹ Damit die Möllner Rede weiterhin Bestand hat, haben wir uns entschieden, sie im Exil stattfinden zu lassen. Die Rede ist immer auch ein Appell und will auf Rassismus und Faschismus in dieser Gesellschaft aufmerksam machen.

Faruk Arslan: Ich finde, die Möllner Rede sollte in ganz Deutschland und auch im Ausland gehört werden. Sie hat ja nicht ausschließlich mit der Stadt Mölln zu tun. Die Möllner Rede sollte für Leute ein Begriff sein. Sie ist wichtig, um zu verstehen, was eigentlich damals passiert ist. Wir sollten zwar nicht ganz mit der Stadt Mölln abschließen – das wäre nicht gut –, aber die Stadt Mölln darf nicht in Vergessenheit geraten lassen, was passiert ist, und sich nicht gegen das Erinnern sperren. Auch wenn es jetzt vielleicht ein paar Jahre schlecht gelaufen ist, sehe ich Hoffnung, wenn wir überall unsere Stimme hören lassen.

Hava Assan: Ich wünsche mir, dass die Rede auch in der Türkei bei Familie Yılmaz gehalten wird, um zu sehen, wie sie leben und was sie fühlen, und damit man auch dort nicht vergisst. In der Türkei sind auch die Gräber der Ermordeten. Es wäre wichtig, auch dort zu gedenken und gemeinsam zu beten. Ich fände es wichtig, dass die Möllner Rede auch auf Türkisch stattfindet, damit man sie auch in der Türkei versteht und wahrnimmt.

Faruk Arslan: Ich finde, über Rechtsradikalismus, den es damals in Deutschland gab und den es auch heute noch gibt, muss man so viele Jugendliche wie möglich aufklären, so wie es ja auch Ibrahim in Schulen macht. Das der heutigen Jugend zu vermitteln, ist schwer, weil sie von dem Geschehenen oft gar nichts wissen. Die müssen wir wach machen und ihnen erzählen, was los ist, was in unserem Land abgeht. Und deshalb sollte die Möllner Rede nicht nur in irgendwelchen Rathäusern stattfinden, sondern auch draußen – überall da, wo die Menschen sind. Man soll den Leuten zeigen, dass wir das nicht in Vergessenheit geraten lassen und dass wir immer da sein werden, wenn man uns braucht.

»Die Möllner Rede sollte für Leute ein Begriff sein. Sie ist wichtig, um zu verstehen, was eigentlich damals passiert ist. Wir sollten zwar nicht ganz mit der Stadt Mölln abschließen – das wäre nicht gut –, aber die Stadt Mölln darf nicht in Vergessenheit geraten lassen, was passiert ist, und sich nicht gegen das Erinnern sperren.« (Faruk Arslan)

144 **1. Juli, Berlin-Marzahn**
Gegen 23.15 Uhr wird eine 36-jährige Frau in der Max-Hermann-Straße von einem unbekannten Mann rassistisch beleidigt. Der Täter versucht die 36-Jährige mit einem Gehstock zu schlagen. Erst als ein Zeuge eingreift, entfernt sich der Mann unerkannt.

Polizei Berlin, 2.07.2017

145 **2. Juli, Berlin-Reinickendorf**
Ein 35-jähriger Mann wird gegen 21.40 Uhr in Begleitung von zwei 28-jährigen Frauen auf dem Oraniendamm von drei unbekannten Männern rassistisch beleidigt, geschlagen und getreten. Die beiden Frauen greifen helfend ein und werden auch geschlagen und getreten.
Polizei Berlin, 3.07.2017
Berliner Morgenpost, „
Neues Deutschland, 4.07.2017

146 **3. Juli, Berlin-Wedding**
Ein Mann, der im Stadtteil Gesundbrunnen auf einer Parkbank sitzt und liest, wird von einem unbekannten Mann aus antisemitischer Motivation bedroht.

Als der Mann zu seinem Fahrrad geht, stößt der Unbekannte das Fahrrad um. Der Mann bekommt von dem Täter einen Kopfstoß, … er wird auf die Bank zurückgestoßen und nochmals bedroht. Als zwei Zeug_innen helfend eingreifen, entfernt sich der Täter. Der Mann ruft die Polizei und erstattet Anzeige.

Register Mitte
Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)

In diesem Jahr hält die Antifaschistin und Holocaust-Überlebende Esther Bejarano die Rede, was bedeutet das für Sie?

Faruk Arslan: Ich habe mich sehr gefreut, als feststand, dass sie die Rede hält. Leider ist sie krank und ihr Sohn Joram wird die Rede an ihrer Stelle halten. Wir finden das toll, dass Menschen mit dieser Erfahrung uns unterstützen. Die Wahrheit direkt von den Menschen zu hören, die es erlebt haben, ist viel eindrücklicher. Für uns ist es eine große Ehre, eine Frau wie Esther Bejarano hinter uns zu wissen, die diesen Hass erlebt hat und damit bis heute umgehen muss.

Ibrahim Arslan: Esther Bejarano ist für mich mehr als eine Zeitzeugin. Sie ist eine der Personen, die uns dazu aufgefordert haben, diese Gedenkveranstaltungen in dieser Form zu machen. Die Überlebenden des Holocaust waren es, die die Gedenkpolitik in Deutschland umgeworfen und der Gesellschaft gezeigt haben: Gedenken muss in einer respektvollen Art und Weise geschehen. Das geht nur, wenn wir die Betroffenen in das Geschehen mit einbeziehen, denn wir sind die Hauptzeugen. Nur wir können das authentisch erzählen. Die Kontinuitäten von Rassismus gemeinsam mit Überlebenden des Holocaust anzusprechen und zu zeigen, dass Rassismus auch heute in der Gesellschaft existiert, finde ich extrem wichtig. Wenn wir heute nicht darüber sprechen und die Jugendlichen auffordern, etwas gegen Rassismus zu tun, der ja in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist, dann bekommen Parteien wie die AfD dreizehn Prozent oder zukünftig noch mehr. Deshalb brauchen wir extrem viel Aufklärungsarbeit.

Hava Assan: Ich finde es gut, dass hinter uns so eine starke Frau steht. Ich habe gemerkt, es gibt Deutsche, die uns wehgetan haben, und dann gibt es aber auch solidarische Deutsche, die hinter uns stehen, und das macht uns stark. In den letzten zwei Tagen habe ich sehr viel Solidarität erfahren.

Yeliz Arslan: Mich persönlich macht das sehr viel selbstbewusster.

Sie unterstützen seit Jahren die Familie Bektaş und die Initiative zur Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş. Wie ist der Kontakt zustande gekommen?

Ibrahim Arslan: Ich wurde damals von der Initiative nach Berlin eingeladen. Zunächst habe ich die Initiative kennengelernt und dann durfte ich auch Melek Bektaş, die Mutter von Burak kennenlernen. Die Verbindung war sofort da. Als wir angefangen haben, über unsere Erfahrungen zu sprechen, haben wir gemerkt, dass wir seelenverwandt sind und dass das Schicksal uns ab diesem Moment des Kennlernens verbunden und unzertrennlich gemacht hat. Das war so ein Moment des Schweigens, der Wut und der Aggression, der uns zusammengebracht hat und uns jetzt auch zusammen kämpfen lässt. Wir haben uns sofort solidarisch gezeigt, als sie ihre Geschichte erzählt hat, und haben gesagt, wir müssen überall, wo wir hingehen, unseren Beitrag dazu leisten, damit der Mörder von Burak Bektaş gefunden wird. Damit wir Gewissheit haben und damit nicht noch mehr Buraks sterben müssen. Das hat uns heute auch hierher gebracht, um die Möllner Rede mit der Initiative zur Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş gemeinsam zu machen. Wir wollen darauf aufmerksam machen, dass der Mörder noch immer frei herumläuft. Für uns ist das eine Selbstverständlichkeit das zu tun, da wir Burak wie einen Bruder als Teil unserer Familie sehen. Einen Teil, den wir verloren haben.

Faruk Arslan: Ich habe Familie Bektaş über meinen Sohn und meine Rechtsanwältin kennengelernt. Für mich ist es eine große Ehre die Familie kennengelernt zu haben. Ich sage immer: Diejenigen, die gelitten haben, wissen was Schmerzen sind. Für die Menschen, die ihre Familie oder ihr Kind verloren haben, da zu sein und mit ihnen zusammen zu arbeiten, ist für uns eine ganz große Ehre. Heute Morgen waren wir bei Familie Bektaş und sie haben uns wie Familienmitglieder angenommen. Familie Bektaş ist für mich ein Symbol

147 **5. Juli, Berlin-Reinickendorf**
Eine 28-jährige Frau wird gegen 17.00 Uhr am Letteplatz von einer 54-jährigen Frau antimuslimisch beleidigt. Der 28-Jährigen wird das Kopftuch heruntergezogen und ihr wird mehrmals auf den Kopf geschlagen.
Polizei Berlin, 30.10.2017

148 **6. Juli, Berlin-Wedding**
Gegen 21.45 Uhr werden eine 25- und eine 26-jährige Frau in der Oudenarder Straße Ecke Groninger Straße von einem 31-jährigen Mann aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt und bespuckt. Eine der Frauen wird von dem 31-Jährigen angefasst, eine Hand ins Gesicht gedrückt und gestoßen.
Polizei Berlin, 7.07.2017
Tagesspiegel, „

149 **10. Juli 2017, Berlin-Internet**
Ein Journalist aus Lichtenberg erhält Gewalt- und Morddrohungen im Internet. Auf einem Portal werden persönliche Daten des Journalisten veröffentlicht.
Register Lichtenberg
ReachOut

hier in Berlin, was mich gern in diese Stadt kommen lässt und mir Kraft gibt, auch für diese Menschen gerade zu stehen und zu zeigen, wir werden immer für euch da sein.

Hava Assan: Ich kenne die Familie erst seit zwei Tagen. Es sind sehr herzliche Menschen. Melek Bektaş hat mir gesagt, dass es sie stark macht, dass wir sie unterstützen und immer mit ihnen sein werden.

Wie gerade angesprochen ist im Fall des Mordes an Burak Bektaş der Täter bis heute unbekannt. Wie beeinflusst das das Gedenken?

Julia (Initiative zur Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş):
Da würde ich gern Ibrahim zitieren: ›Wenn ein*e Migrant*in oder eine Person of Colour ermordet wurde, dann gehen wir so lange von einem rassistischen Motiv aus, bis uns die Polizei das Gegenteil bewiesen hat.‹ Und das hat die Polizei noch nicht getan. Die Polizei macht in unserer Wahrnehmung und soweit wir das von den Anwälten mitbekommen, nichts. Die Polizei müsste aktiv ausschließen, dass es ein rassistischer Mord war. Wir sagen nicht, es war so, aber wir sagen: Beweist uns das Gegenteil. Burak ist relativ kurz nach der Selbstenttarnung des NSU ermordet worden und unser Anliegen war es, dass nie wieder Angehörige so allein gelassen werden, wie es bei den Angehörigen der vom NSU Ermordeten der Fall war. Wir haben gedacht, das kann nicht sein, dass in Berlin, in dem Viertel, in dem viele von uns leben, ein junger Mann erschossen wird. Dann müssen wir etwas tun. Wir haben dann die Familie kennengelernt und die Initiative gegründet und fordern seither Aufklärung.

Ibrahim Arslan, um die Opferperspektive zu stärken, machen Sie seit einiger Zeit Bildungsarbeit an Schulen. Wie sind Ihre Erfahrungen?

Ibrahim Arslan: Ich habe in meiner Jugend festgestellt, dass es eine ganz große Bildungslücke an Schulen gibt, nämlich dass die Perspektive der Betroffenen nicht repräsentiert wird. Daher habe ich mir vorgenommen, mit Schülern und Heranwachsenden zu sprechen, inspiriert auch dadurch, was Holocaust-Überlebende ja schon sehr lang machen, nämlich Zeitzeugengespräche. Um zu zeigen, dass sich bislang vor allem mit den Tätern beschäftigt wird und dass auch wir als Gesellschaft uns viel zu oft mit Tätern identifizieren und weniger mit den Betroffenen. Ich arbeite oft mit dem Satz von Tolstoi: ›Wenn jemand Schmerzen fühlt, dann ist er lebendig, wenn jemand die Schmerzen anderer fühlt, dann ist er ein Mensch.‹ Wir können etwas zur Gesellschaft beitragen, indem wir diese Schmerzen fühlen, um zu verhindern, dass sich diese Taten wiederholen. Das geht nur, wenn wir mit Heranwachsenden sprechen, denn die werden irgendwann dieses Land regieren, in Justizgebäuden sitzen oder bei der Polizei arbeiten. Und sie werden diese Gesellschaft verändern. Mein Ziel ist es, die Opferperspektive in den Vordergrund zu stellen.

Viele von ihnen waren im Mai dabei, als in Köln das »Tribunal NSU-Komplex auflösen« veranstaltet wurde. Wie haben Sie die Tage in Köln erlebt und was nehmen Sie davon mit für die Zukunft?

Faruk Arslan: Für mich war das eine tolle Erfahrung. Diese vier Tage waren für mich sehr erfahrungsreich. Ich fand es toll zu sehen, dass sich dort so viele Menschen gegen Rassismus stellen und etwas unternehmen wollen. Die größte Bereicherung für mich war zu sehen, wir sind nicht allein, es gibt auch noch andere Menschen, die für uns kämpfen. Mein Respekt gilt diesen vielen Menschen. Das Tribunal ist für mich ein Anfang gewesen und jetzt kommt Berlin. Ich danke auch allen Kölnern, dass sie ein Teil von uns waren und dass wir ein Teil von ihnen sein durften. Das hat uns innere Ruhe und Kraft gegeben und wenn wir uns auch weiterhin so offen wie in Köln austauschen, dann werden wir es auch schaffen, dass die AfD wieder aus dem Bundestag fliegt. Wir sollten Köln und heute Berlin zum Beispiel nehmen und

150 **10. Juli, Berlin-Neukölln**
Ein 18-jähriger Geflüchteter wird gegen 15.30 Uhr in der Braunlager Straße von einem 42-jährigen Nachbarn rassistisch beleidigt, mit dem Kopf gegen die Wand gedrückt und getreten.

Polizei Berlin, 19.02.2018

151 **11. Juli,Berlin-Neukölln**
Um 2.14 Uhr wird in Buckow das Auto einer SPD-Politikerin aus extrem rechter Motivation angezündet.

Register Neukölln

152 **11. Juli, Berlin-Neukölln**
Um 2.20 Uhr wird das Auto einer Frau, die sich im Bündnis Rudow gegen Rechtsextremismus engagiert, in Brand gesetzt. Bereits im Juni 2016 wurde ihr PKW durch einen Brandanschlag zerstört.

Register Neukölln

153 **13. Juli, Berlin-Marzahn**
Gegen Mittag werden drei Jugendliche, die in einer Unterkunft für Geflüchtete leben, vor dem Eingang eines Kinos am S-Bahnhof Marzahn von zwei Erwachsenen rassistisch beleidigt, bedroht und geschlagen. Die drei jungen Männer erstatten keine Anzeige.

Register Marzahn-Hellersdorf

für Gerechtigkeit kämpfen. Meine Mutter hat immer zu mir gesagt: ›Mein Sohn, ich bin hierher gekommen, weil ich hier eine Familie gesehen habe.‹ Wenn meine Mutter jetzt leben würde, wäre sie sehr traurig. Sie hätte geheult, denn sie hat hier eine Zukunft gesehen und diese Zukunft lassen wir uns von niemandem kaputt machen. Wir werden immer da sein.

Ibrahim Arslan: Mal abgesehen von einigen organisatorischen Schwierigkeiten beim Tribunal habe ich dort gesehen, dass eine sehr große Vernetzung in Deutschland stattgefunden hat, in puncto Betroffenenperspektive, aber auch bei den Initiativen, die uns unterstützen. Wir haben gesehen, dass wir einen wichtigen Beitrag leisten können, wenn wir uns vernetzen und uns als eine Familie sehen. Wir müssen uns alle – egal ob migrantische Perspektive, POC-Perspektive oder weiße-deutsche Perspektive – verbünden gegen Rassismus. Die Betroffenen hatten großen Anteil am Tribunal. Sie haben das Tribunal regelrecht aufgemischt, mit einer Gedenkpolitik, die Deutschland bislang nicht kannte, einer Gedenkpolitik, die die Betroffenenperspektive aktiv in den Vordergrund stellt. Daraus ist bei allen Betroffenen das Gefühl entstanden, wir wollen nicht in Vergessenheit geraten. Das hat mir nochmal gezeigt, wir müssten als Gesellschaft eigentlich in jeder Stadt so ein Tribunal veranstalten – so oder so ähnlich – wo wir Menschen miteinander vernetzen, aber auch die Betroffenen einladen.

Julia: Ich war selbst nicht dabei, aber eine Genossin von uns hat das Forum beim Tribunal mitorganisiert, wo die Betroffenen zusammengekommen sind, und das ist in meiner Wahrnehmung die wichtigste Veranstaltung auf dem Tribunal gewesen.

Yeliz Arslan: Ich war auch in Köln dabei. Ich habe es zuvor jahrelang nicht verstanden. Ich konnte nicht das fühlen, was meine Familie fühlt, denn ich war damals nicht dabei. Ich bin später geboren. Aber nachdem ich gesehen habe, wie viele Opfer von Rassismus es gibt und wie oft solche Taten in Deutschland verübt werden, da habe ich es auch gefühlt. Ich dachte, Yeliz, du musst auch mal über deine Gefühle sprechen und das rauslassen. Da konnte ich auch endlich mitreden und mitfühlen.

Vielen Dank für das Gespräch. Möchten Sie noch etwas ergänzen?

Faruk Arslan: Ich habe das Gefühl, die AfD bekommt seitens der Medien derzeit zu viel Aufmerksamkeit. Ich würde mir wünschen, dass stattdessen die Opferperspektive derer, die von Rassismus betroffen sind, im Vordergrund steht.

Ibrahim Arslan: Ich fände es wichtig, mehr drüber zu informieren, dass Betroffene selbst die Möglichkeit haben, eigene Gedenkveranstaltungen zu organisieren, ganz ohne Institutionen. Denn wenn sie das möchten und sie das Gefühl haben, dass diese Institutionen sie instrumentalisieren, um aus dem Gedenken eine Inszenierung zu machen, dann sollten sie sich eher an solidarische Menschen halten. Die »Möllner Rede im Exil« hat gezeigt, dass so ein Gedenken selbstorganisiert und mit Hilfe solidarischer Menschen möglich ist.

Faruk Arslan verlor durch den Brandanschlag seine Mutter Bahide Arslan, seine Tochter Yeliz Arslan und seine Nichte Ayşe Yılmaz.

Ibrahim Arslan, damals sieben Jahre alt, überlebte den Brandanschlag durch die Hilfe seiner Oma Bahide Arslan.

Yeliz Arslan wurde zwei Jahre nach dem Brandanschlag geboren. Sie wurde nach ihrer ermordeten Schwester benannt.

Hava Assan ist die Schwester der getöteten Ayşe Yılmaz.

Julia ist aktiv in der Initiative zur Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş.

Das Interview führte Kilian Behrens unmittelbar vor der Möllner Rede im Exil am 19. November 2018. Faruk, Ibrahim und Yeliz Arslan leben in Hamburg. Hava Assan lebt in der Türkei.

154 **14. Juli, Berlin-Prenzlauer Berg**
Ein 39-jähriger Mann wird gegen 2.40 Uhr in der Tram M1 in der Nähe der Haltestelle Milastraße Ecke Buchholzstraße von einem unbekannten Jugendlichen, der in Begleitung von zwei Freunden ist, aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt und geschlagen.

Polizei Berlin, 14.07.2017

155 **15. Juli, Berlin-Marzahn**
Während der Demonstration »Spaceparade« wird eine Teilnehmerin durch einen Mann, der der extrem rechten Szene zugeordnet wird, bedroht und verfolgt. Eine Antifa-Fahne am Rucksack der Frau versucht der Täter abzureißen. Die Frau sucht Schutz bei der Polizei. Sie erstattet keine Anzeige.

Register Marzahn-Hellersdorf

156 **15. Juli, Berlin-Marzahn**
Gegen Ende der Demonstration »Spaceparade« wird eine Frau, die zu den Verantwortlichen der Demonstration gehört, von unbekannten Personen mit zwei Bierflaschen beworfen, die sie aber nicht treffen. Es wird keine Anzeige erstattet.

Register Marzahn-Hellersdorf

157 **15. Juli, Berlin-Pankow**
Ein 20-jähriger Mann wird gegen 21.15 Uhr in der Hertzstraße in Wilhelmsruh von einem 33-jährigen Mann, der auch den Hitlergruß zeigt und »Heil Hitler« ruft, aus behindertenfeindlicher Motivation beleidigt und mit einem Stein, der ihn knapp verfehlt, beworfen.

Polizei Berlin, 30.10.2017

Nachtrag

Am 23. November 2017 organisierten die Familien Arslan und Yılmaz zusammen mit dem Freundeskreis zum Gedenken an die rassistischen Brandanschläge von Mölln 1992 abermals ihr eigenes Gedenken am Tatort, wie sie es in den letzten Jahren bereits getan hatten. Es nahmen insgesamt etwa 150 – 200 Menschen teil und zeigten sich solidarisch mit den Angehörigen der Opfer. Parallel dazu veranstaltete die Stadt Mölln ein davon getrenntes Programm. Erstmals seit 2012 nahmen Angehörige von Familie Arslan am Abend an dem »offiziellen Programm« der Stadt teil. Faruk und Ibrahim Arslan sprachen neben Politiker*innen, religiösen Vertreter*innen und Vertreter*innen türkischer Organisationen. Während Faruk Arslan eine sehr bewegende und persönliche Geschichte über seine bei dem Anschlag ermordete Mutter erzählte, schlug Ibrahim Arslan neben versöhnlichen auch kritische Töne an. Er betonte abermals, wie wichtig die Stimme der Betroffenen als »Hauptzeugen des Geschehenen« ist, und kritisierte den teilweise respektlosen Umgang mit den Hinterbliebenen. Es war zwar ein deutliches Zeichen der Annäherung, dennoch werden die Familien auch in Zukunft gemeinsam mit Unterstützer*innen die »Möllner Rede im Exil« ausrichten.

Auch hinsichtlich des Gedenkens an Burak Bektaş hat sich einiges getan. Anlässlich des 6. Jahrestages des nach wie vor ungeklärten Mordes wurde am 8. April 2018 eine durch Spenden finanzierte Skulptur errichtet und der Gedenkort in unmittelbarer Nähe des Tatortes offiziell eingeweiht. Dieser soll das Gedenken fördern, aber auch Mahnmal sein. Die Skulptur der im Dezember 2017 verstorbenen Künstlerin Zeynep Delibalta trägt den Titel »Algorithmus für Burak und ähnliche Fälle«. Etwa 900 Personen nahmen an einer Demonstration und der anschließenden Einweihung des Gedenkorts teil, welche die Initiative zur Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş organisiert hatte. Gekommen waren zahlreiche Familienangehörige und Freund*innen sowie antirassistisch und antifaschistisch Engagierte und solidarische Menschen. Nach einer persönlichen Begrüßung durch Buraks Mutter, Melek Bektaş, wurden Redebeiträge gehalten, die sowohl persönlich, trauernd und solidarisch, aber auch fordernd und kämpferisch waren. So wurde die Arbeit der Ermittlungsbehörden als ungenügend kritisiert – vor allem in Bezug auf ein mögliches rassistisches Mordmotiv. Erst wenige Tage zuvor war in der Presse bekannt geworden, dass eine bei Rolf Z., dem Mörder von Luke Holland, gefundene Pistole als mögliche Tatwaffe im Mordfall Burak Bektaş zumindest nicht ausgeschlossen werden konnte.

158 **16. Juli, Berlin-Neukölln**
Gegen 19.00 Uhr werden ein 32- und ein 42-jähriger Mann in der Leinestraße aus einer fünfköpfigen Gruppe heraus von zwei Jugendlichen aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt und der 42-Jährige wird geschlagen.

Zeug_innen greifen ein und die Jugendlichen entfernen sich.

Kurze Zeit später wird der … 42-jährige Mann erneut von den beiden Jugendlichen angegriffen und verletzt.

Polizei Berlin, 17.07.2017
B.Z., „

159 **18. Juli, Berlin-Schöneberg**
Ein 29-jähriger Mann wird gegen 13.50 Uhr in der Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße von einem 41-Jährigen aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt und mit einer Flasche, die in knapp verfehlt, beworfen.

Polizei Berlin, 30.10.2017

160 **21. Juli, Berlin-Neukölln**
Gegen 21.30 Uhr wird eine 25-jährige Frau in der Siegfriedstraße aus rassistischer Motivation von einem 54-jährigen Mann, der »Sieg Heil« aus einem Fenster ruft, mit einem brennenden Papiertuch beworfen.

Polizei Berlin, 30.10.2017

Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş

Am 5. April 2012 schießt ein unbekannter weißer Mann gezielt auf eine Gruppe migrantischer Jugendlicher in Neukölln. Burak Bektaş stirbt noch am Tatort, zwei seiner Freunde überleben schwer verletzt. Die Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş versteht sich als Plattform für Familie und Freund*innen von Burak, antirassistische und antifaschistische Aktivist*innen und andere Engagierte. Sie fordert konsequente Ermittlungen in Richtung eines möglichen rassistischen Tatmotivs und weist auf mögliche Parallelen zum NSU-Komplex hin. Mit Spenden wurde ein Gedenkort realisiert. Seit dem 5. April 2018 steht in unmittelbarer Nähe des Tatorts eine Bronzeskulptur mit dem Titel »Algorithmus für Burak und ähnliche Fälle«. Ein wichtiger Aspekt der Arbeit der Initiative ist die Vernetzung mit Opfern rechter und rassistischer Gewalt und deren Angehörigen.

Freundeskreis zum Gedenken an die rassistischen Brandanschläge von Mölln 1992

Am 23. November 1992 setzten zwei Neonazis das Haus der Familie Arslan in Brand. Dabei wurden die 10-jährige Yeliz Arslan, die 14-jährige Ayşe Yılmaz und die 51-jährige Bahide Arslan ermordet und weitere Familienmitglieder teils schwer verletzt. Zuvor hatten die Neonazis einen Brandanschlag auf ein weiteres von Menschen aus der Türkei bewohntes Haus in Mölln verübt und neun Personen schwer verletzt. Trotz des eindeutig rassistischen Tatmotivs wurde Familie Arslan zusätzlich zu ihrer Trauer mit Verdächtigungen belastet. Seit vielen Jahren erheben die Angehörigen der Opfer ihre Stimmen und kämpfen »als Hauptzeugen des Geschehenen« um ihre Form des Gedenkens. Der Freundeskreis zum Gedenken an die rassistischen Brandanschläge von Mölln 1992 ist ein Zusammenschluss von Angehörigen und mit ihnen solidarischen Menschen, die sie in ihrem Kampf unterstützen.

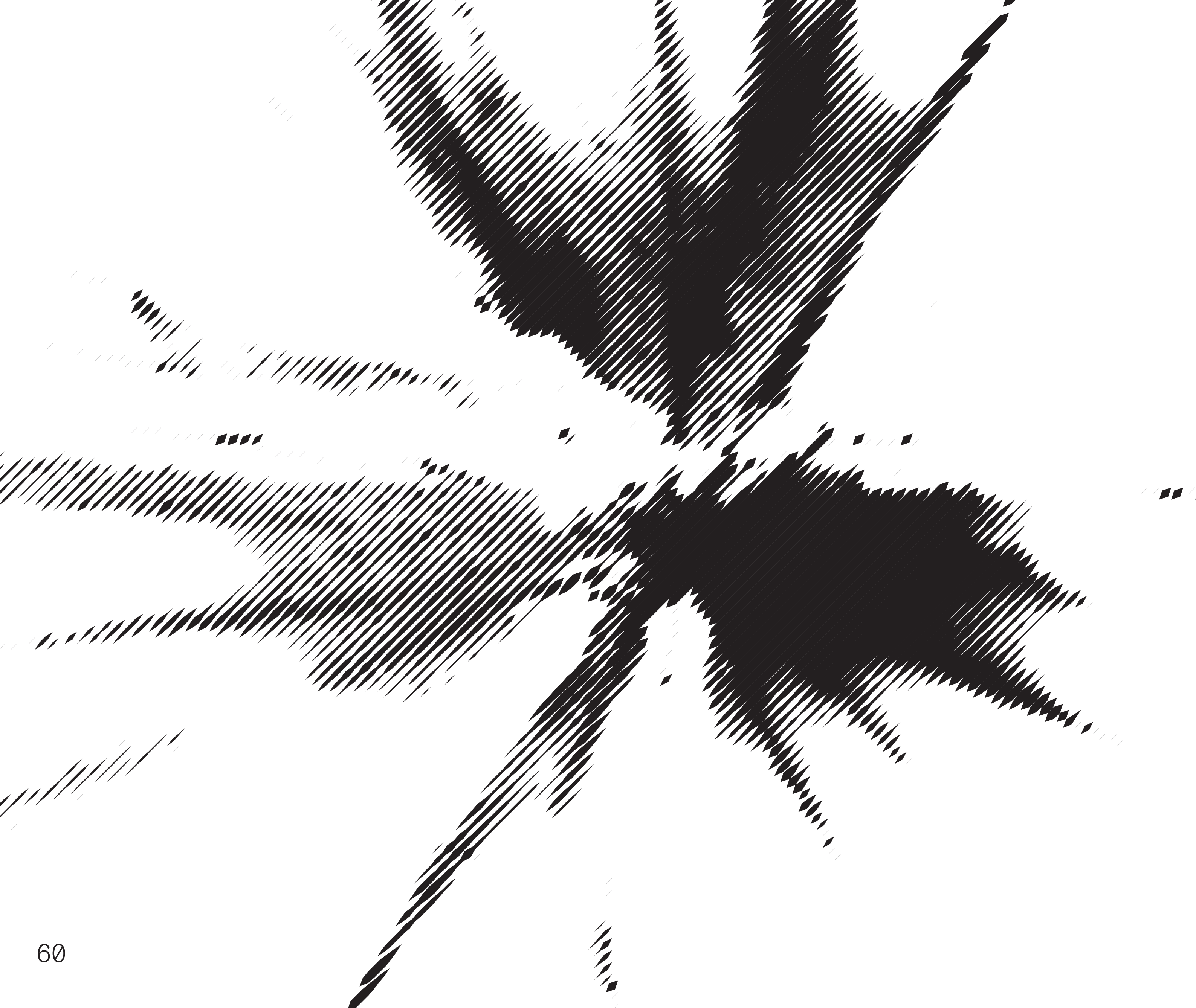
161 **22. Juli, Berlin-Tiergarten**
Ein 29-jähriger Mann, der von drei Freund_innen begleitet wird, beobachtet gegen 17.50 Uhr wie zwei Männer am späten CSD-Nachmittag von einem unbekannten Mann, der in Begleitung von zwei Kindern ist, an der Straßenbahnhaltestelle am Hauptbahnhof aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt werden. Weil der 29-Jährige den Unbekannten … zur Rede stellt, wird er von dem Täter ins Gleisbett gestoßen und verletzt. Zeug_innen greifen helfend ein und ziehen ihn von den Gleisen.

Polizei Berlin, 23.07.2017
queer.de, „

20. Dezember 2017

Lena Mahler (Neuköllner Buchläden gegen Rechtspopulismus und Rassismus)

Am Anfang stand der Schock



Vor einem Jahr, im Herbst 2016, gründete sich in Neukölln eine Initiative von Buchhändler*innen, die gegen den zunehmenden Rassismus in der Gesellschaft Stellung beziehen wollte. Seitdem hat die Initiative in etlichen Veranstaltungen, Vorträgen und Workshops mit der Neuköllner Nachbarschaft das Gespräch gesucht.

Im Oktober 2016, nach den Berliner Wahlen, bei der die Alternative für Deutschland (AfD) mit 14,2 Prozent der Stimmen ins Abgeordnetenhaus einzog, war klar: Irgendetwas muss passieren. Irgendetwas ist passiert. Und dieses grundlegende Etwas ist bedrohlich. Es hat eine Wirkmächtigkeit erlangt, die bisher so nicht zutage getreten ist. Für alle an der Initiative »Neuköllner Buchläden gegen Rechtspopulismus und Rassismus« Beteiligten ist das Problem Rassismus und Rechtspopulismus nichts Neues. Aber dass eine Partei wie die AfD mit so vielen Stimmen gewählt wird und somit auf legislativer Ebene (wieder) so viel Macht in Deutschland bekommt, damit hatten wir, zugegebenermaßen wider besseres Wissen, nicht gerechnet.

162 **23. Juli, Berlin-Friedrichshain**
Gegen 2.40 Uhr wird ein 20-jähriger Mann, der mit zwei Freundinnen in der Tram M10 sitzt und eine Regenbogenfahne als Umhang um den Hals geknotet trägt, von einem unbekannten Mann aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt.

Der 20-Jährige wird von … dem Unbekannten, der in Begleitung von Freunden ist, gewürgt, als dieser ihn an der Fahne aus der Tram auf den Gehweg am U-Bahnhof Frankfurter Tor zieht.

Polizei Berlin, 19.02.2018

163 **27. Juli, Berlin-Lichtenberg**
Ein 24-jähriger Mann wird gegen 16.00 Uhr vor der Unterkunft für Geflüchtete in der Ruschestraße von einem unbekannten Mann rassistisch beleidigt und mit zwei Bierflaschen, von denen eine ihn trifft, beworfen.

Polizei Berlin, 27.07.2017

Bedrohlich, das sind die buchstäblich aufflammende rechte Gewalt hier in Neukölln, bereits vor den Wahlen, der sich zuspitzende rechte Diskurs über Zuwanderung, die Rede von »Flüchtlingsströmen« und »sozialen Ängsten«. Als Wahl-Neuköllnerin konnte ich mich lange in einer international geprägten, großstädtischen Umgebung bewegen und die Entwicklungen gewissermaßen von außen beobachten.

Doch auch in Neukölln gewannen die RechtspopulistInnen 12,7 Prozent der Stimmen, in einzelnen Wahlbezirken sogar über 20 Prozent. Seither sind sie in der Bezirksverordnetenversammlung vertreten und stellen einen Stadtrat. Angesichts der Wahlerfolge der AfD in mehreren Bundesländern und nun auch bei der Bundestagswahl war es höchste Zeit, dieser Bedrohung etwas entgegenzusetzen.

Obwohl sich die AfD bieder und bürgerlich gibt, ist sie keine Partei wie alle anderen. Sie verbreitet Rassismus und hetzt gegen Muslim*innen. Damit nimmt sie die Gewalt gegen Migrant*innen, Nicht-Weiße und Andersdenkende mindestens billigend in Kauf. Sie stellt sich mit ihrer autoritär-konservativen Grundhaltung gegen eine pluralistische und demokratische Gesellschaft. Kein Wunder, dass zwischen der AfD und der Extremen Rechten auch personelle Verbindungen bestehen. So sind etwa Mitglieder der AfD-Jugendorganisation Junge Alternative auch bei der Identitären Bewegung aktiv; diese schürt Angst vor einem angeblichen, von den Regierungen geplanten Bevölkerungsaustausch in Europa und geht auch mit Gewalt gegen ihre politischen Gegner vor. Neben medienwirksamen Plakataktionen haben die Identitären zuletzt auf der Buchmesse durch ihr massives Auftreten von sich reden gemacht.

Die Initiative

Für uns als Initiator*innen galt es, den Widerstand gegen diese Entwicklungen auf ein breiteres Fundament zu stellen und breitere Schichten der Bevölkerung zu aktivieren, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen und Position zu beziehen.

Buchläden sind Orte des Wissens und der demokratischen Kultur. Als solche eignen sie sich ganz besonders, um dem Rechtsruck etwas entgegenzusetzen. Mit diesem Anspruch sind wir im Oktober 2016 an die Neuköllner Buchläden herangetreten – und konnten fast alle Buchhandlungen für die Initiative gewinnen. Aus den »Neuköllner Buchläden gegen Rassismus« wurden die »Buchläden gegen Rechtspopulismus und Rassismus«. Alle unterzeichneten eine gemeinsame Stellungnahme. Innerhalb von drei Wochen stellten wir eine Veranstaltungsreihe auf die Beine, die es in sich hatte. Das alles wurde nicht zuletzt dank der unbürokratischen Unterstützung der Amadeu-Antonio-Stiftung und vieler Stunden unbezahlter Arbeit an Kuration, den Flyern und der sonstigen Öffentlichkeitsarbeit erst möglich.

Buchläden sind Orte des Wissens und der demokratischen Kultur. Als solche eignen sie sich ganz besonders, um dem Rechtsruck etwas entgegenzusetzen.

164 **28. Juli 2017, Berlin-Köpenick**
Gegen 20.50 Uhr wird ein 22-jähriger Geflüchteter in einem Supermarkt in der Regattastraße von einem 58-jährigen Mann rassistisch beleidigt, geschlagen und verletzt.
Polizei Berlin, 29.07.2017

165 **30. Juli 2017, Berlin-Köpenick**
Ein 16- und ein 21-jähriger Jugendlicher werden gegen 2.20 Uhr an der Bushaltestelle Köllnischer Platz von einem unbekannten Mann rassistisch beleidigt, geschlagen und verletzt.
Polizei Berlin, 30.07.2017
Berliner Zeitung, „

166 **1. August 2017, Berlin-Wilmersdorf**
Gegen 19.40 Uhr wird ein 25-jähriger Mann in der Brienner Straße von einem 41-jährigen Mann aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt, gegen die Brust geschlagen und verletzt.
Polizei Berlin, 30.10.2017

167 **1. August 2017, Berlin-Neukölln**
In einem Café in der Karl-Marx-Straße wird eine 25-jährige geflüchtete Frau gegen 21.30 Uhr von einem unbekannten Gast aus rassistischer Motivation angegriffen.
Polizei Berlin, 19.02.2018

Die Veranstaltungen der »Neuköllner Buchläden gegen Rechtspopulismus und Rassismus« im November und Dezember waren dann eine starke Antwort auf den Schock, den die Berliner Wahl in uns allen ausgelöst hat. Der Erfolg der Rechtsaußen-Partei AfD bei den Berliner Parlamentswahlen hat uns allen den massiven Rechtsruck in unserer Gesellschaft deutlich vor Augen geführt. Wir haben mit dem apabiz einen guten Partner gefunden, der an zwei der drei Abendveranstaltungen einen Einblick in die Entwicklungen hin zur AfD und in deren Strukturen geben konnte. Mit der Initiative »Aufstehen gegen Rassismus« wurden eine weitere Abendveranstaltung sowie ein Tagesworkshop zur Frage »Wie umgehen mit Alltagsrassismen?«, ein sogenannter Stammtischkämpfer*innen-Workshop realisiert.

Die Abendveranstaltungen in drei Buchhandlungen waren allesamt eindrucksvoll, nicht allein wegen der gewinnbringenden politischen Analysen der geladenen Referent*innen. Es kamen jeweils mehr als 50 Gäste in die Buchhandlungen. Alle Plätze waren besetzt, vor der Tür bildeten sich Trauben und einige Gäste fanden auf dem Boden Platz. Ganz im Sinn unserer Intention hat die Reihe es geschafft, eine ganze Nachbarschaft anzusprechen. Kund*innen, Buchladenbesitzer*innen, Anwohner*innen, Neuköllner*innen und Berliner*innen tauschten sich miteinander aus über die Bedrohung von Rechts und wie die Zivilgesellschaft dieser begegnen kann.

Die Diskussionen waren wohl für alle Anwesenden bereichernde und bestärkende Erfahrungen. Immer wieder wurden Möglichkeiten des Engagements für eine demokratische Gesellschaft thematisiert. So wurde sich zum gemeinsamen Flyer Verteilen auf dem Rixdorfer Weihnachtsmarkt verabredet, auch um dort mit den Menschen ins Gespräch über Rassismus und die AfD zu kommen. Die Rudower Pfarrerin berichtete von ihrer spontanen Aktion gegen eine NPD-Kundgebung an der Rudower Spinne im vorvergangenen Sommer. Sie sah sich zunächst hilflos gegen die lautstark vorgetragenen Parolen. Doch als sie sich mit wenigen anderen an den Rand der befahrenen Kreuzung stellte und ein Plakat mit dem Slogan »Hupen gegen die NPD« hochhielt, bekam sie schnell lautstarke Unterstützung. Dieses Beispiel machte Schule und kam bei vielen weiteren Kundgebungen zum Einsatz. Auch Mülltüten können ein schnelles und einfaches Mittel gegen rechte Propaganda sein, z. B. wenn man sie in direkter Nachbarschaft zu rechten Infoständen den Passanten anbietet, um das eben erhaltene Infomaterial zu entsorgen.

Aber vor allem die Aussicht auf den geplanten Workshop gegen rechte Parolen im Alltag erschien allen als besonders vielversprechend. Die allgemeine Situation wurde von allen als sich zuspitzend wahrgenommen. Alltägliche Äußerungen werden bedrohlich, Gespräche mit Nachbar*innen, Verwandten und auch Freund*innen driften immer wieder in unangenehme Gefilde ab. Die Unsicherheit im selbstbewussten, entlarvenden und eingreifenden Umgang damit war und ist groß. So erklärt sich der große Erfolg des Workshops. In dieser ersten Runde waren die 25 Plätze in Windeseile vergeben. Dabei übten die Teilnehmer*innen den Umgang mit rassistischen und ausgrenzenden Äußerungen, erst in der Theorie und

168 **1. August, Berlin-Marzahn**
Ein 30-jähriger Geflüchteter wird gegen 22.10 Uhr auf dem U-Bahnhof Biesdorf von zwei unbekannten Männern rassistisch beleidigt, mit der Faust ins Gesicht geschlagen und getreten. Der 30-Jährige wird gezwungen, eine Wurst aus Schweinefleisch zu essen.

Polizei Berlin, 30.10.2017

169 **2. August 2017, Berlin-Neukölln**
Ein unbekannter Mann wird kurz vor Mitternacht in der Sonnenallee Ecke Pannierstraße von einem 28- und einem 44-jährigen Mann rassistisch beleidigt und bedrängt.

Eine 34-jährige Frau und ein 34-jähriger Mann, die aus dem Auto heraus den Angriff beobachten, greifen ein. … Die 34-Jährige wird geschlagen und verletzt. Der Mann wird mit einer Flasche beworfen und verletzt. Das Auto der beiden wird durch einen Flaschenwurf beschädigt.

Polizei Berlin, 3.08.2017
Tagesspiegel, »

dann ganz praktisch in kleinen Rollenspielen. Die Warteliste für diesen Workshop war lang. Und so ergab es sich, dass auch die Evangelische Gemeinde in Rudow und eine private Initiative in Friedrichshain zusätzlich einen weiteren solchen Workshop realisierten.

Der Eigentümer des Buchladens Leporello, Heinz Ostermann, wurde dort als »aktuelles Beispiel eines rot/grünen Hetzers« beschimpft. Leider ließ auch der erste manifeste Anschlag nicht lange auf sich warten.

Im Fokus rechter Gewalt

Unser Engagement führte bald zu Widerspruch. Bereits im Vorfeld der Reihe wurde auf der rechten Internetplattform »pi-news« auf diese Veranstaltung hingewiesen. Der Eigentümer des Buchladens Leporello, Heinz Ostermann, wurde dort als »aktuelles Beispiel eines rot/grünen Hetzers« beschimpft.

Leider ließ auch der erste manifeste Anschlag nicht lange auf sich warten. Nur etwas mehr als eine Woche nach der besagten Veranstaltung wurden die Fensterscheiben der Buchhandlung Leporello mit drei Pflastersteinen eingeschlagen. In der gleichen Nacht kam es zu weiteren Anschlägen in Neukölln: Das Banner der evangelischen Kirchengemeinde Rudow, das für Weltoffenheit wirbt, wurde beschädigt und in der näheren Umgebung Hakenkreuze geschmiert. (Einige Zeit später wurden die Reifen der Pfarrerin zerstochen.) Das linke Café k-fetisch wurde Opfer eines Brandanschlags und eine Privatwohnung im Schillerkiez wurde attackiert.

Diese Serie war der traurige Beginn einer nicht enden wollenden Reihe von Anschlägen, mit Schwerpunkt in Neukölln. Seither sind drei weitere Autos von politisch engagierten Menschen ausgebrannt und es kommt immer wieder zu denunziatorischen Schmierereien an den Wohnhäusern von Einzelnen, darunter Menschen, die mit ihrem Engagement bewusst nicht an die Öffentlichkeit getreten waren. Knapp zwei Monate nach dem Steinschlag wurde auch noch das private Auto von Heinz Ostermann vor dessen Wohnhaus in Brand gesetzt. Zuletzt wurden wenige Tage vor dem 9. November 16 Stolpersteine ausgegraben und gestohlen, darunter alle in Britz verlegten Steine.

Reichweite und Solidarität

Zahlreiche Menschen zeigten nach den Attacken Heinz Ostermann ihre Solidarität. Um ihm den Rücken zu stärken, kauften Kunden explizit im Leporello ihre Weihnachtsgeschenke, brachten Blumensträuße und süße Nervennahrung vorbei. Ebenso erreichten ihn zahlreiche unterstützende Emails und Telefonanrufe. Über Spendenaufrufe nach dem Brandanschlag auf Ostermanns Auto wurden in weniger als 5 Tagen über 5000 € gesammelt, so dass das Auto durch einen günstigen Gebrauchtwagen ersetzt und noch weitere Sicherheitsmaßnahmen an der Buchhandlung realisiert werden konnten. Unser Dank gilt allen Unterstützer*innen! All das zeigt, dass unsere Initiative gegen Rechtspopulismus und Rassismus vielen Menschen aus dem Herzen spricht und als wichtiger Beitrag für eine demokratische

170 **3. August 2017, Berlin-Internet**
Ein Fotograf wird, nachdem er einen Auftrag der AfD ablehnt und dies in den sozialen Medien öffentlich macht, wiederholt beleidigt und massiv bedroht und mit Fotos und Artikeln im Internet diffamiert.

ReachOut

171 **3. August, Berlin-Neukölln**
Eine 38-jährige Person wird gegen 14.00 Uhr in der Rosegger Straße Ecke Stuttgarter Straße aus einer Gruppe von vier Männern heraus aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt und massiv bedroht.

ReachOut

172 **5. August, Berlin-Marzahn**
Eine 51-jährige Frau, die in einem Lokal in der Max-Hermann-Straße arbeitet, wird gegen 5.40 Uhr von einem 31-jährigen Gast rassistisch beleidigt und mit einem Stuhl, der nicht trifft, beworfen.

Polizei Berlin, 30.10.2017

Gesellschaft wahrgenommen wird. Schon in dieser ersten Runde konnten wir sehr viele Menschen erreichen. In zahlreichen regionalen wie überregionalen, sogar internationalen (Frankreich und Spanien) Zeitungsartikeln, Buchhandels-Fachpublikationen, Internet-Blogs und Nachbarschaftsjournalen erschienen Berichte über die Neuköllner Buchläden gegen Rechtspopulismus und Rassismus. Die Facebook-Posts über die Angriffe auf die Buchhandlung Leporello in Rudow wurde über tausend Mal geteilt und erreichten über hundertfünfzigtausend Personen.

Die Nachrichten schlugen Wellen und führten neben der großen Solidarisierung auch dazu, dass sich Buchhändler*innen aus anderen Stadtteilen, aber auch anderen Städten bei uns meldeten. Mittlerweile existiert das Netzwerk #nichtzuendeln unter dem Dach des Berlin-Brandenburgischen Ablegers des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels. Der Börsenverein ist ein Branchenverband aus Verlagen, Buchhändlern und Antiquariaten. Gemeinsam mit uns, verschiedenen Verlagen und dem Börsenverein fanden bereits Treffen statt, bei denen wir von unserer Arbeit berichteten. Damit wollten und wollen wir einen Impuls geben, dass auch andernorts ähnliche Initiativen zusammenfinden, und die Zivilgesellschaft in einen Austausch bringen, jenseits vorhandener politisierter Strukturen. Weitere dieser Treffen sind geplant.

To Do: Demokratie!

Wir waren uns einig, dass wir vor diesem Hintergrund unser eigenes Engagement als Neuköllner Buchläden gegen Rechtspopulismus und Rassismus fortsetzen werden.
Und so haben wir im September und Oktober 2017 rund um die Bundestagswahl die Veranstaltungsreihe »To Do: Demokratie!« realisiert. Auch bei der aktuellen Reihe konnten wir auf die Unterstützung der Amadeu-Antonio-Stiftung zählen.

Dieses Mal blieb uns ein längerer Organisationsvorlauf. Für den Auftakt konnten wir die Friedenspreisträgerin des Deutschen Buchhandels 2016, Carolin Emcke, gewinnen. Die Veranstaltung fand im evangelischen Gemeindezentrum statt und war bis zum letzten Platz gefüllt. Diese wie auch die anderen Veranstaltungen sind als wichtiges Statement zu verstehen, dass wir uns von den rechten Umtrieben in Neukölln nicht einschüchtern lassen, auch nicht durch die drohende manifeste Gewalt, die uns widerfahren ist. Neben theoretischen Veranstaltungen u.a. mit NSU-Watch, einer Fotovernissage aus dem Bildband »Niemandsland« und Buchvorstellungen wurden auch zwei Workshops organisiert: einer näherte sich dem »Rassismus als politische[m] System«, in dem anderen lernten die Teilnehmer*innen mit den Teamer*innen von GegenArgument das »Argumentieren gegen Alltagsrassismen«. Auch hier war das Interesse so groß, dass sich eine lange Warteliste nicht vermeiden ließ. Im Dezember wurde daher ein weiterer Workshop angeboten.

173 **6. August, Berlin-Friedrichshain**
Ein 40-jähriger Mann wird gegen 2.00 Uhr in der Grünberger Straße von zwei unbekannten Männern aus LGBTIQ-feindlcher Motivation angegriffen.

Polizei Berlin, 30.10.2017

174 **7. August 2017, Berlin-Mitte**
Ein 29-jähriger Mann wird gegen 2.30 Uhr von mehreren Männern rassistisch beleidigt, mit einer Flasche angegriffen und schwer verletzt. Der 29-Jährige erstattet Anzeige.

ReachOut

175 **7. August, Berlin-Lichtenberg**
Gegen 18.00 Uhr wird ein 27-jähriger Mann, der an einer Tramhaltestelle in der Herzbergstraße steht, von einem unbekannten Mann rassistisch beleidigt und ins Gesicht geschlagen.

Selbst noch als Zeug_innen eingreifen, wird der 27-Jährige … von dem Unbekannten gegen den Kopf getreten und verletzt.

Polizei Berlin, 8.08.2017
Tagesspiegel, „
Berliner Zeitung, „
Berliner Morgenpost, – „
berlinonline.de, „

Wenngleich die mediale Berichterstattung zu »To Do: Demokratie!« nicht annähernd so intensiv war, wie zu Beginn unserer Initiative: Die Veranstaltungen waren von einer vergleichbaren Energie geprägt. Es kamen viele Menschen aus der direkten Nachbarschaft zusammen, die sich austauschten, Dinge zur Sprache brachten, reflektierten und gemeinsame Perspektiven formulierten. Auch die Lokalblätter beteiligten sich wieder intensiv an der Berichterstattung. So sind wir doch sehr zufrieden mit der Resonanz – die unserer eigentlichen Intention Rechnung trägt.

Ausblick

In der Auseinandersetzung mit Rassismus, Rechtspopulismus und Ausgrenzung ist es wichtig, einen langen Atem zu zeigen. Die Rechtsaußen-Partei AfD ist mit 12,6 Prozent als drittstärkste Kraft vor der Linkspartei und den Grünen in den Bundestag eingezogen. Ebenso besorgniserregend ist der allgemeine Rechtsruck im öffentlichen Diskurs oder auch die jüngste Abschiebung von Flüchtlingen in das kriegszerrüttete Afghanistan. Mit unserer Initiative können wir zeigen: Menschenrechte und Mitmenschlichkeit sind nicht verhandelbar.

In diesem Sinne führen wir die Initiative Neuköllner Buchläden gegen Rechtspopulismus und Rassismus auch im nächsten Jahr fort. Unsere Buchhandlungen sind und bleiben Räume des demokratischen gesellschaftlichen Austauschs. Und wir werden auch weiterhin Position beziehen.

Nachtrag

Heinz Ostermann, unser Rudower Initiativenmitglied, wurde in der Nacht zum 1. Februar erneut Opfer eines Brandanschlags. Nahezu zeitgleich wurde auch das Auto des LINKEN-Politikers Ferat Kocak auf dessen Privatgrundstück angezündet.

Wir waren schockiert und sind es immernoch – auch weil seit der nunmehr zweijährigen Anschlagserie kein Täter, keine Täterin gefasst wurde. Glücklicherweise waren die Anschläge von einer immensen Mobilisierung begleitet. Die damalige Bezirksbürgermeisterin Giffey war die erste, die sich öffentlich zu Wort meldete. Auf der Solidaritätskundgebung vor dem Neuköllner Rathaus sprach die Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau, der Justitzsenator von Berlin, die IG Metall und viele andere mehr. Und auch Journalisten aus dem europäischen Ausland zeigten Interesse.

Vor dem Hintergrund der polizeilichen Untätigkeit wurde unterdessen die Postkartenaktion »Rudow empört sich!« ins Leben gerufen. Unterstützt u. a. durch die Kirchen, die Alte Dorfschule Rudow e.V., den VVN-BdA kann jeder und jede mit ihrer Unterschrift einen Aufruf an Innensenator Geisel senden, um eine schnellstmögliche Aufklärung der rechtsextremen Straftaten im Bezirk zu fordern.

Und auch die Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung verabschiedete ein

176 **7. August 2017, Berlin-Treptow**
Ein 38-jähriger Mann wird gegen 21.15 Uhr im Plänterwald aus einer Gruppe von Männern heraus rassistisch beleidigt, geschlagen und mit einer Bierflasche beworfen.

Polizei Berlin, 30.10.2017

177 **12. August, Berlin-Schöneberg**
Ein 21-jähriger Mann wird gegen 7.55 Uhr in der Hauptstraße von einem Türsteher eines Clubs rassistisch beleidigt und mit den Fäusten geschlagen.

Polizei Berlin, 30.10.2017

178 **12. August, Berlin-Tiergarten**
Gegen 19.00 Uhr wird ein unbekannter Mann im Hauptbahnhof von einem Mann aus rassistischer Motivation geschlagen und getreten. Der Unbekannte wird von zwei Sicherheitsmitarbeitern festgehalten. Zeug_innen greifen ein und rufen die Polizei. Die Bundespolizei nimmt die Personalien des Angreifers auf.

ReachOut

Statement, in dem sie die Anschläge verurteilt, deren Aufklärung und die Einstufung der Straftaten als »terroristisch« fordert.

Am 21. April fand hierzu eine durch ein breites Bündnis aus Parteien, Kirchen und Initiativen wie uns organisierte Demonstration durch die Gropiusstadt und die angrenzenden Einfamilienhaussiedlungen statt. Die Demonstration war mit ca. 1000 Teilnehmer*innen gut besucht und konnte durchaus eine Wirkung entfalten. Viele kamen mit Passanten und Anwohnern ins Gespräch. Wichtig ist uns eine Verbreiterung der Informierten und damit auch der Engagierten. Es handelt sich bei den Anschlägen und Einschüchterungen eben nicht um einen Konflikt zwischen zwei Lagern. Genauso wenig betreffen sie lediglich die Anderen. Diese rechtsextremen Taten gehen die ganze Gesellschaft an. In einem Klima von Angst und Einschüchterung sind selbst einfache Buchhandlungen bedroht.

Und unabhängig davon treibt uns natürlich weiterhin der ursprüngliche Anstoß weiter. Aufklärung bleibt dabei ein zentrales Stichwort.

Wir als Buchladeninitiative werden weiterhin aktiv für die Aufklärung der Taten eintreten und vor Ort Raum für Diskussionen, Anregung und Aufklärung in den Köpfen geben. Für den Herbst ist eine weitere Veranstaltungsreihe geplant.

179 **12. August 2017**
Berlin-Hohenschönhausen
Eine 14- und eine 16-jährige Jugendliche werden gegen 20.30 Uhr in der Ahrenshooper Straße in Neu-Hohenschönhausen von zwei Unbekannten aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt und mit einer Flasche beworfen.

Polizei Berlin, 30.10.2017

Neuköllner Buchläden gegen Rechtspopulismus und Rassismus

In Reaktion auf den Einzug der Alternative für Deutschland (AfD) in das Berliner Abgeordnetenhaus im September 2016 gründete sich die Initiative »Neuköllner Buchläden gegen Rechtspopulismus und Rassismus«. Hauptanliegen der Initiative ist es, dass »alle Menschen sich in Berlin und Deutschland zu Hause fühlen können – ganz egal welche Hautfarbe sie haben, wo sie geboren sind, was ihre Religion ist oder wen sie lieben.« Die teilnehmenden Buchhandlungen organisierten im November/Dezember 2016 und im September/Oktober 2017 eigene Veranstaltungsreihen, um dem gesellschaftlichen Rechtsruck etwas entgegenzusetzen. Auch Anfeindungen und Angriffe können die einzelnen Buchhändler*innen nicht abschrecken, sich weiterhin deutlich gegen Rechts zu positionieren und zu engagieren und sich mit anderen Akteuren in Neukölln zu vernetzen.

Lena Mahler ist Soziologin und immer wieder auch Buchhändlerin. Lange Jahre war sie als Veranstalterin der Theoriereihe schleusen im ausland/Projekt Archiv e. V. engagiert. 2016 initiierte sie, gemeinsam mit Jan Schapira, die Neuköllner Buchläden gegen Rechtspopulismus und Rassismus.

29. Januar
2018

Berliner Obdachlosenhilfe erteilt Rechten eine Absage

Interview mit der
Berliner Obdachlosenhilfe e. V.

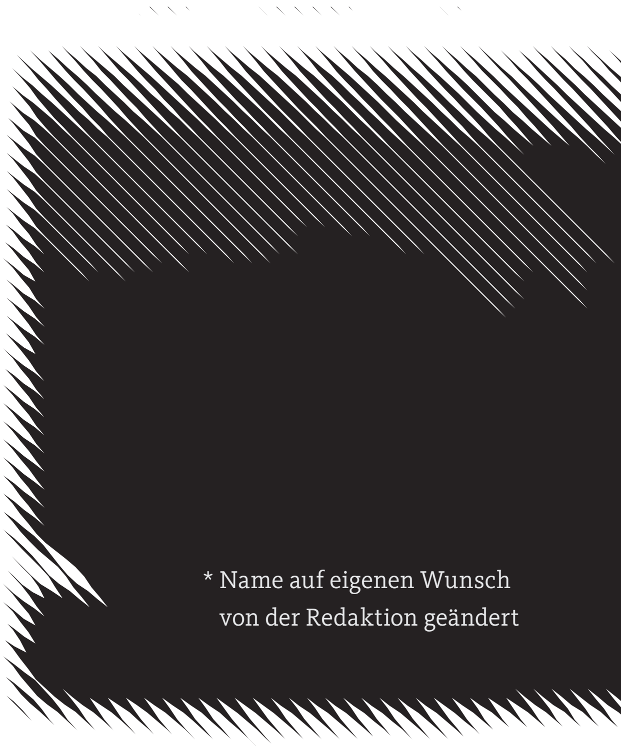
180 **17. August, Berlin-Neukölln**
Gegen 17.35 Uhr wird eine 43-jährige Frau am Buckower Damm von einem 29-jährigen Mann aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt und gestoßen.

Polizei Berlin, 19.02.2018

181 **17. August, Berlin-Wedding**
Eine 33-jährige Frau wird gegen 22.00 Uhr auf dem U-Bahnhof Rehberge von einem unbekannten Mann rassistisch beleidigt, geschlagen und bedroht.

ReachOut

In Zeiten knapper Wohnungen ist das Thema Obdachlosigkeit in Berlin ein drängendes Problem, das in den kalten Wintermonaten besonders zum Tragen kommt. Nicht nur bei der Wohnungssuche sind Obdachlose systematischer Diskriminierung ausgesetzt. Sozialchauvinistische Einstellungen finden sich in weiten Teilen der Gesellschaft. Rechte Akteure schwanken zwischen einer propagandistischen Instrumentalisierung »deutscher« Wohnungsloser und Vernichtungsphantasien. Wir sprachen mit Niclas Beiersdorf* von der Berliner Obdachlosenhilfe e.V. über ihre Arbeit.



* Name auf eigenen Wunsch von der Redaktion geändert

182 **19. August, Berlin-Spandau**
Gegen 13.10 Uhr wird ein Gegendemonstrant gegen den »Hess-Gedenkmarsch« in einer Gartenkolonie in der Nähe der Bühne von Mut gegen Rechts von einem Mann mit einer Holzlatte geschlagen.

Register Spandau

183 **20. August, Berlin-Spandau**
Gegen 22.00 Uhr werden neun Personen bei einer Veranstaltung zur Unterstützung des Referendums in Kurdistan in einem Festsaal am Askanierring verletzt. Unbekannte versprühen Reizgas.

Polizei Berlin, 21.08.2017
Tagesspiegel, — »
Neues Deutschland, — »

184 **24. August, Berlin-Hellersdorf**
Gegen 16.00 Uhr werden zwei Menschen, die die Neonazis der Antifa-Szene zurechnen, an der Ecke Alte Hellersdorfer / Neuruppiner Straße von zwei Neonazis massiv bedroht und volksverhetzend beleidigt.

Register Marzahn-Hellersdorf

185 **25. August, Berlin-Tiergarten**
Ein 57-jähriger Mann wird gegen 0.25 Uhr im Hansaviertel an der Straße des 17. Juni von einem unbekannten Mann aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt, bedroht und mit einem Schlag gegen den Kopf zu Boden geschlagen.

Polizei Berlin, 30.10.2017

Berliner Zustände: Bezahlbarer Wohnraum ist in Berlin so rar wie lange nicht. Wie schätzen Sie die Situation von Wohnungslosen in Berlin aktuell ein?

Beiersdorf: Ist man erst mal wohnungslos[1], ist es extrem schwierig, wieder in ein Mietverhältnis zu kommen. Wenn man zusätzlich Probleme mit Schulden, Suchterkrankungen oder psychischen Leiden hat, erschwert das die Situation noch einmal. Durch die aktuelle Mietpreisentwicklung hat sich das noch verschärft, zusätzlich ist es aber auch für die Träger der Obdachlosenhilfe zum Problem geworden, bezahlbare Immobilien, für Übergangswohnheime beispielsweise, zu finden. Die Plätze, die es gibt, sind bereits jetzt überfüllt.

Treiben Mietsteigerungen Menschen in die Obdachlosigkeit?

Ja. Es gibt in Berlin jede Menge Zwangsräumungen. Bei der Berliner Konferenz, auf der Mitte Januar soziale Träger, Bezirke und der Senat über Strategien im Umgang mit der Wohnungsnot in Berlin beraten haben, wurde nun beschlossen, Zwangsräumungen für Familien auszusetzen. Ob sich etwas ändert, wird sich zeigen. Alleinstehenden hilft dieser Vorstoß jedoch nicht.

Wie viele Menschen sind in Berlin derzeit obdachlos?

Die Stadt hat es bislang versäumt, belastbare Zahlen vorzulegen, nach dem Motto: ›Wenn ich es nicht sehen kann, geht es mich auch nichts an.‹ Die Schätzungen gehen von sechs- bis zwölftausend Menschen auf der Straße aus und ungefähr fünfzigtausend, die keine Wohnung haben. Es ist aber davon auszugehen, dass diese Zahlen aus den bereits genannten Gründen in den nächsten Jahren noch ansteigen werden. Noch im Wahlkampf haben die jetzigen Regierungsparteien versprochen, eine eigene Statistik zu erstellen, das wird voraussichtlich 2019 geschehen. Dann sollte es hoffentlich belastbare Zahlen geben.[2]

Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen Obdachlosigkeit und Rassismus?

Ja, auf jeden Fall. Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft oder mit geringen Deutschkenntnissen sind auf dem Wohnungsmarkt klar benachteiligt. Gleichzeitig ist die Arbeitssituation für Menschen ohne Papiere sehr kompliziert. Wenn diese beispielsweise um ihren Lohn geprellt werden, besteht kaum Hoffnung auf juristische Unterstützung. Teilweise müssen Menschen aufgrund solcher Probleme in abbruchreifen Wohnungen zu überteuerten Preisen leben.

Rassismus als gesamtgesellschaftliches Problem wird es auch bei Obdachlosen untereinander geben. Wie schätzen Sie dieses Problem ein?

Aufgrund der Sprachbarrieren bleiben obdachlose Menschen häufig unter Personen aus ihrem jeweiligen Herkunftsland. Kommt es zu Konflikten zwischen den Gruppen, sind diese deshalb schnell rassistisch aufgeladen. Konkurrenzdenken unter obdachlosen Menschen gab es aufgrund der begrenzten Angebote schon immer, aktuell werden die Probleme jedoch häufig auf Geflüchtete projiziert. In diese Kerbe schlagen dann auch gern rechte Gruppen. Letztendlich ist es jedoch ein Versagen des Staates, der es versäumt hat, genügend Hilfsangebote zur Verfügung zu stellen, obwohl die Mittel dafür vorhanden sind.

Wie würden Sie das Angebot an Unterstützungseinrichtungen für obdachlose Menschen in Berlin bewerten?

Trotz der Tatsache, dass viele Vereine sehr gute Arbeit machen, gibt es einfach zu wenige Anlaufstellen. Die, die es gibt, sind unterbesetzt und unterfinanziert. Deswegen mussten Notunterkünfte teilweise auch schon vorübergehend schließen. Vereine, die Straßensozialarbeit machen, erreichen die Menschen erfahrungsgemäß am Besten, können aufgrund der

186 **25. August, B-Charlottenburg**
Ein 21-jähriger Mann wird gegen 21.40 Uhr auf der Straße des 17. Juni von einem 33-jährigen Mann rassistisch beleidigt und ein anderer 21-Jähriger, der eingreift, wird angegriffen.

Polizei Berlin, 30.10.2017

187 **26. August, Berlin-Mitte**
Ein 17-jähriger Jugendlicher wird gegen 17.45 Uhr auf dem Weg vom S-Bahnhof Alexanderplatz in Richtung Fernsehturm von einem unbekannten Mann rassistisch beleidigt und mit Reizgas besprüht.

Polizei Berlin, 27.08.2017
Die Welt, —— „ ——
Neues Deutschland, – „ —

188 **27. August, Berlin-Kreuzberg**

Ein 56-jähriger Autofahrer wird gegen 8.00 Uhr in der Wilhelmstraße von einem 40-jährigen Mann rassistisch beleidigt, verfolgt und mit einem Messer bedroht.

Polizei Berlin, 30.10.2017

»Trotz der Tatsache, dass viele Vereine sehr gute Arbeit machen, gibt es einfach zu wenige Anlaufstellen. Die, die es gibt, sind unterbesetzt und unterfinanziert. Deswegen mussten Notunterkünfte teilweise auch schon vorübergehend schließen.«

Unterbesetzung jedoch nicht flächendeckend arbeiten. Außerdem fehlt es an ausreichend Übersetzer*innen. Aber selbst wenn das alles kein Problem wäre, können die Vereine keine Wunder vollbringen, wenn es schlicht nicht genügend Wohnungen zu angemessenen Preisen gibt.

Üben obdachlose Menschen auch Kritik an den vorhandenen Unterbringungen?

Wir hören oft, dass die Notunterbringungen in einem sehr schlechten Zustand sind. Auch Berichte von Ratten in den Unterkünften hatten wir schon. Und weil die Unterkünfte häufig überfüllt sind, kommt es unter den Gästen immer wieder zu Streit. Manche bleiben den Notunterkünften deshalb lieber fern und übernachten draußen.

Häufig werden obdachlose Menschen Opfer rechter (physischer) Gewalt. Gleichzeit findet diese Gruppe kaum Eingang in die offiziellen Statistiken. Neben der fehlenden Aufmerksamkeit kommt erschwerend hinzu, dass viele aus Angst vor Racheakten von einer Anzeige absehen. Erfahren Sie im Zuge Ihrer Arbeit von solchen Fällen? Was müsste sich hier ändern?

Unsere Gäste berichten häufig, dass es zu Angriffen auf sie gekommen ist. Dabei schildern sie immer wieder ein hohes Maß an Brutalität bei den Taten. Die TäterInnen sind nicht immer eindeutig der rechten Szene zuzuordnen. Oft wird uns auch von Angriffen durch Security-Personal berichtet. Hinter den Angriffen steckt eine sozialchauvinistische[3] Motivation. Menschen werden als ›Penner‹ oder als ›asozial‹ beschimpft. Das ist Teil eines rechten Weltbildes. Dieses Motiv müsste in der Statistik mehr Berücksichtigung finden. Darüber hinaus kann sich erst etwas ändern, wenn die Diskriminierung von Obdachlosen sowohl seitens der Gesellschaft als auch durch staatliche Stellen aufhört.

Obdachlose Frauen* sind zudem häufig sexualisierter Gewalt ausgesetzt, da sie keine sicheren Rückzugsräume haben. Gibt es in Berlin Angebote, die sich speziell an weibliche Obdachlose richten?

In letzter Zeit ist die Zahl obdachloser Frauen* deutlich angestiegen. Darauf konnte noch nicht adäquat reagiert werden. Es gibt eigene Beratungsangebote, einige wenige Notübernachtungen sowie Wohnheime für obdachlose Frauen*, dazu zählen auch die Frauen*häuser. Doch auch hier besteht das Problem der Unterfinanzierung.

Die extreme Rechte hat ein gespaltenes Verhältnis zum Thema Obdachlosigkeit. Einerseits werden obdachlose Menschen aus einer sozialdarwinistischen Motivation heraus abgewertet oder gar physisch angegriffen. Das reicht bis hin zu Mord. Vor wenigen Monaten schrieb die Opferberatungsstelle ReachOut an dieser Stelle beispielsweise über Eugeniu B., der an den Folgen einer Körperverletzung starb. Er wurde beim Stehlen in einer Edeka-Filiale in Berlin-Lichtenberg vom Geschäftsführer beobachtet. Anstatt die Polizei zu verständigen und Anzeige zu erstatten, brachte er Eugeniu B. in einen verschlossenen Raum des Supermarkts und prügelte

189 **31. August, Berlin-Neukölln**
Gegen 13.20 Uhr wird ein 48-jähriger Mann an einer Tankstelle in der Grenzallee von einem 43-jährigen Mann aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt und am Bein verletzt. Der 48-Jährige wird von dem Unbekannten mit dem Auto angefahren.

Polizei Berlin, 31.08.2017
queer.de, »

190 **1. September, Berlin-Marzahn**
Ein 21-jähriger Mann wird gegen 21.00 Uhr in der S-Bahn Linie S75 von einem 36-jährigen Mann rassistisch beleidigt und mit einem Messer bedroht. Zeug_innen greifen ein und stellen sich schützend vor den 21-Jährigen.

Polizei Berlin, 2.09.2017
Berliner Zeitung, 3.09.2017

191 **2. September, Berlin-Zehlendorf**
Gegen 18.00 Uhr hält ein Auto vor der Geflüchtetenunterkunft in der Thielallee.

Aus dem Auto heraus werden aus zwei Waffen mehrere Schüsse auf die Unterkunft abgegeben.

Bewohner der Unterkunft und ein 52-jähriger Mann mit seiner Familie bringen sich in …

… Sicherheit. Die Polizei stellt später fest, dass es sich um Schreckschusspatronen handelte.

Polizei Berlin, 3.09.2017
Berliner Morgenpost, »
Neues Deutschland, »
rbb24.de, »

Die extreme Rechte hat ein gespaltenes Verhältnis zum Thema Obdachlosigkeit. Einerseits werden obdachlose Menschen aus einer sozialdarwinistischen Motivation heraus abgewertet oder gar physisch angegriffen.
Das reicht bis hin zu Mord.

mehrmals auf den Wehrlosen ein, bevor er ihn trat und aus einer Hintertür in den Hof stieß. Vor Gericht wurden die rassistischen und sozialdarwinistischen Einstellungen des Angeklagten offensichtlich. Andererseits versuchen verschiedene rechte Gruppen sich als Fürsprecher ›deutscher‹ Obdachloser zu inszenieren und organisieren propagandistisch in Szene gesetzte Hilfsaktionen. Nachdem Ihrem Verein mehrfach Kleidung mit neonazistischen Aufdrucken ›gespendet‹ wurde, hat sich der Verein Ende 2017 via Facebook gegen die Instrumentalisierung von obdachlosen Menschen durch Rechte ausgesprochen. Wo beobachten sie so etwas?

Beispielsweise bei dem Verein ›Brot für Berlin‹. Ein Großteil der Vorstandsmitglieder war bis vor Kurzem noch bei Pro Deutschland aktiv. Wenn man sich deren Socialmedia-Auftritt anschaut, merkt man, wie dort Obdachlose und Geflüchtete gegeneinander ausgespielt werden. Aus Dresden ist zudem die Aktion , ›Dresdner Bürger unterstützen Dresdner Obdachlose‹ bekannt, die von der AfD unterstützt wird. In Berlin macht die Partei vor allem Stimmung gegen Obdachlose ohne deutsche Staatsbürgerschaft, die sie als Störfaktor im Stadtbild wahrnimmt. Die Neonazis vom Dritten Weg verteilen beispielsweise unter dem Titel ›Deutsche Winterhilfe‹ Kleidung, dabei handelt es sich offensichtlich um eine Anspielung auf das NS-Winterhilfswerk. Hier wird die rechte Motivation ebenfalls sehr deutlich, da nur weiße Menschen, die nach neonazistischer Definition deutsch sind, unterstützt werden. Menschen mit Suchterkrankungen fallen ebenfalls heraus, da sie vermeintlich selbst verschuldet in diese Situation geraten sind. All das geht völlig an der Realität der Menschen auf der Straße vorbei.

Wie waren die Reaktionen auf das Statement?

Wir waren überrascht, da noch nie ein Facebook-Post von uns so viel Aufmerksamkeit bekommen hat. Einerseits haben wir sehr viel Zuspruch erfahren. Das ging bis zu linken Gruppen in Belgien, die den Beitrag geteilt haben. Anderseits ist schnell ein Shitstorm über uns hereingebrochen, nachdem das Statement in rechten Facebook-Gruppen verbreitet worden war. Schnell gingen die Kommentare von ›Die T-Shirts haben doch nichts mit Nazis zu tun‹ über zu offenen Vernichtungsphantasien gegen Jüdinnen und Juden, Schwarze, Obdachlose und uns als Verein. Es gab auch Kommentare à la ›Pennerklatschen ist doch eine gute Sache‹. Das hat uns bald überfordert, so dass wir die Kommentare rigoros gelöscht haben, da wir solchen Inhalten keine Plattform bieten wollen.

192 **4. September, Berlin-Tiergarten**

Ein 31-jähriger Mann wird gegen 0.15 Uhr auf dem Ahornsteig im Großen Tiergarten aus LGBTIQ-feindlicher Motivation von drei Männern beleidigt, an einen Baum gefesselt, geknebelt, geschlagen und verletzt.

Polizei Berlin, 4.09.2017
Tagesspiegel, „
Berliner Zeitung, „
Berliner Morgenpost, „
rbb24.de, „
queer.de, „

193 **5. September, Berlin-Neukölln**

Gegen 15.00 Uhr wird eine 28-jährige Frau in der Braunschweiger Straße von zwei unbekannten Männern aus transphober Motivation beleidigt. Das Eingreifen einer anderen Frau verhindert, dass die 28-Jährige von einem der Männer ins Gesicht geschlagen wird.

Polizei Berlin, 6.09.2017
queer.de, „

Auf der Anfangs erwähnten Konferenz in Berlin wurden Strategien zum Umgang mit den steigenden Obdachlosenzahlen diskutiert. Was müsste seitens des Berliner Senats getan werden, um an der Situation von Menschen auf der Straße in der Stadt etwas zu ändern?

In einigen Bezirken sehen wir deutliche Probleme, etwa wenn die Bezirksbürgermeisterin von Neukölln, Franziska Giffey (SPD), veranlasst, dass Obdachlose nicht mehr in Parks übernachten können, oder der Bezirksbürgermeister von Mitte, Stephan von Dassel (Bündnis 90/ Die Grünen), sich in der Presse mit sozialchauvinistischen Aussagen zitieren lässt oder Menschen einfach abschieben lassen will.

Was wir brauchen, ist mehr Geld für die bereits bestehenden Angebote. Gerade die niedrigschwelligen Angebote, wie beispielsweise Notschlafplätze, müssen ausgebaut werden. Deswegen ist es falsch, wenn sich der Senat jetzt aufgrund der etwa eintausend bestehenden Plätze rühmt. Dem stehen weiterhin bis zu zwölftausend Menschen gegenüber, die auf der Straße leben. Außerdem braucht es Qualitätsstandards für die Unterbringungen. Insgesamt braucht es eine veränderte Zielsetzung bei den Hilfsangeboten. Es muss Menschen erleichtert werden, wieder in Mietverhältnisse zu kommen. Ich finde da das sogenannte Housing-First-Konzept gut, wonach Menschen als erstes in Wohnungen untergebracht werden und anschließend über aufsuchende Sozialarbeit versucht wird, möglichen weiteren Problemen zu begegnen. Solange man auf der Straße lebt, ist es zum Beispiel sehr schwer, aus einer Sucht herauszukommen oder Schulden zu tilgen. Gerade in Städten braucht es daher mehr Wohnungen in öffentlicher oder genossenschaftlicher Hand, bei denen garantiert ist, dass sie langfristig günstig bleiben. Außerdem war die Gesetzesänderung, wonach Menschen aus dem EU-Ausland erst nach einem fünfjährigen Aufenthalt Anspruch auf Sozialhilfe haben, ein Fehler. Viele Angebote der Unterkünfte oder der Suchthilfe sind an den Anspruch auf Sozialhilfe gebunden. Das erschwert den Vereinen, die momentan das tun, was der Staat tun sollte, die Arbeit.

Das Interview führte Kilian Behrens.

Endoten

1. Als obdachlos gelten Menschen, die auf der Straße leben. Obdachlos sind aber auch Menschen, die keinen festen Wohnsitz haben und in Wärmestuben, Notschlafstellen oder anderen niederschwelligen Einrichtungen übernachten. Als wohnungslos gelten Menschen, die in Einrichtungen wohnen, in denen die Aufenthaltsdauer begrenzt ist und in denen keine Dauerwohnplätze zur Verfügung stehen, wie z. B. Übergangswohnheime oder Asylunterkünfte. Auch Frauen* und Kinder, die wegen häuslicher Gewalt ihre Wohnung verlassen haben und kurz- bis mittelfristig in einer Schutzeinrichtung leben, wie z. B. in Frauen*häusern, sind wohnungslos.

2. Die Zahlen beziehen sich auf Äußerungen von Sozial-Staatssekretär Alexander Fischer (Linke). Schätzungen zu den bundesweiten Zahlen von obdachlosen beziehungsweise wohnungslosen Menschen gibt die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W) heraus. Ab 2016 sind in den Zahlen der BAG W auch anerkannte Geflüchtete enthalten. Dies erklärt einen Teil der gestiegenen Zahlen. Ein Anstieg der Zahlen ist jedoch auch unabhängig davon zu beobachten.

3. Die Bedeutung des Begriffs hat sich stark verändert. Bezeichnete er ursprünglich einen Chauvinismus im Sinne eines kriegstreibenden Nationalismus, der von Teilen der Arbeiter*innenbewegung ausging, meint das Wort heute einen Chauvinismus der Elite gegen soziale Errungenschaften, also eine Art Klassismus.

194 **8. September, Berlin-Tiergarten**
Ein 20-jähriger Mann, der in Begleitung seines Freundes ist, wird gegen 1.50 Uhr in der Turmstraße von einem unbekannten Mann aus LGBTIQ-feindlicher Motivation ins Gesicht geschlagen.
Polizei Berlin, 17.11.2017

195 **8. September, Berlin-Mitte**
Ein 41-jähriger Mann wird am Nachmittag in der Köpenicker Straße von einem unbekannten Mann rassistisch beleidigt und massiv bedroht.
Polizei Berlin, 9.09.2017

196 **8. September, Berlin-Lichtenberg**
Gegen 23.00 Uhr wird ein 40-jähriger geflüchteter Mann auf der Frankfurter Allee in der Nähe der Weitlingstraße von einem 40- und einem 43-jährigen Mann aus rassistischer Motivation geschlagen, getreten und verletzt.
Polizei Berlin, 9.09.2017
Berliner Kurier, — »

197 **9. September, Berlin-Schöneberg**
Ein 36-jähriger Mann, der mit mehreren Personen gegen 2.15 Uhr in der Martin-Luther-Straße unterwegs ist, wird von einem 30-jährigen Mann aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt und mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Eine der Personen wird durch den 30-Jährigen bestohlen.
Polizei Berlin, 17.11.2017

Nachtrag

Auf die Frage, was der Berliner Senat gegen die steigenden Obdachlosenzahlen tun müsse, verwies Beiersdorf im Interview mit den Berliner Zuständen auf das »Housing-First«-Konzept. Die Idee dahinter: Wohnungen für Obdachlose ohne Bedingungen. Später könne über aufsuchende Sozialarbeit möglichen weiteren Problemen wie Schulden oder Suchterkrankungen begegnet werden. Zunächst müsse den Menschen jedoch durch eine eigene Wohnung eine gewisse Stabilität gegeben werden.

Am 3. Mai 2018 berichtete die taz, dass die Idee, welche bereits in Städten wie Wien oder New York umgesetzt wird, ab Oktober 2018 auch in Berlin in Form eines Modellprojekts zur Anwendung kommen soll. Verschiedene Berliner Wohnungsloseninitiativen hatten zuvor ebenfalls dafür geworben. Bislang fehlt es allerdings noch an Wohnungen.
70 sind laut taz angedacht. Damit kann das Projekt allenfalls ein kleiner, aber wichtiger Schritt im Kampf gegen Wohnungslosigkeit sein.

198 **9. September, Berlin-Tempelhof**
Ein 43-jähriger Mann wird gegen 4.30 Uhr in Alt-Tempelhof von einem Türsteher eines Clubs aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt, mit der Faust in den Bauch geschlagen, zu Boden gestoßen und verletzt.

Polizei Berlin, 9.09.2017

199 **9. September, Berlin-Treptow**

Gegen 17.45 Uhr werden zwei Männer im Alter von 29 und 30 Jahren beim Aufhängen von Wahlplakaten der Grünen in der Köpenicker Landstraße von zwei Männern beleidigt und mit einem Schlagstock und mit den Worten »Ich zeig Euch, was ich für Euch Linke übrig habe« bedroht.

Polizei Berlin, 10.09.2017
Tagesspiegel, — » —
Berliner Zeitung, — » —
Berliner Morgenpost, – » —

200 **15. September, Berlin-Zehlendorf**
Bei einer Wahlveranstaltung der AfD im Rathaus Zehlendorf werden ein Mann und eine Frau, nach einem kritischen Zwischenruf der Frau, gewaltsam aus dem Raum entfernt. Das Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf erstattet Strafanzeige.

Register Steglitz-Zehlendorf

Berliner Obdachlosenhilfe e.V.

Die Berliner Obdachlosenhilfe e.V. besteht seit Ende 2013. Ein Team aus Freiwilligen verteilt seitdem Essen, Kleiderspenden und Erste-Hilfe-Sets an Bedürftige. Im November 2017 eröffneten sie außerdem ein Obdachlosen-Café, dass zwei Mal wöchentlich 20 Schlafplätze zur Verfügung stellt.

201 **16. September, Berlin-Spandau**
Ein 25-jähriger Mann, in der Carl-Schurz-Straße Flyer für die CDU verteilt, wird gegen 11.00 Uhr von einem unbekannten AfD-Flyer-Verteiler rassistisch beleidigt und von hinten gegen den Kopf geschlagen.

Polizei Berlin, 30.10.2017

202

16. September, Berlin-Hohenschönhausen

Ein elf- und ein zwölfjähriger Geflüchteter werden gegen 14.40 Uhr am S-Bahnhof Hohenschönhausen von einem unbekannten Mann aus rassistischer Motivation massiv bedroht, festgehalten, getreten, gekratzt und verletzt.

Zeug_innen greifen ein.

---

26. April
2018

Tahir Della und Bafta Sarbo
(Initiative Schwarze Menschen
in Deutschland Bund e.V.–ISD)

Schwarze Perspektiven auf institutionellen Rassismus

202 **16. September, Berlin-Hohenschönhausen**
Ein elf- und ein zwölfjähriger Geflüchteter werden gegen 14.40 Uhr am S-Bahnhof Hohenschönhausen von einem unbekannten Mann aus rassistischer Motivation massiv bedroht, festgehalten, getreten, gekratzt und verletzt.

Polizei Berlin, 17.09.2017
Tagesspiegel, — „ —
Berliner Morgenpost, – „ —
berlinonline, — „ —
Junge Welt, 18.09.2017
Neues Deutschland, – „ —

Die Realitäten Schwarzer Menschen in Berlin, vor allem im öffentlichen Raum, sind von Widersprüchen geprägt. Sie sind für Polizei und staatliche Institutionen einerseits übermäßig sichtbar, was sich in ständiger Kriminalisierung und entwürdigenden Polizeikontrollen zeigt. Andererseits sind sie in der deutschen Geschichtsschreibung unsichtbar, und ihre Stimmen werden nicht gehört und nicht gesehen. Die öffentliche Sichtbarkeit verschiedener Formen rassistischer Gewalt, von der Ehrung von Kolonialverbrechern und der Nutzung kolonialrassistischer Begriffe in Straßennamen bis hin zu Racial Profiling, ist der Bezugsrahmen der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD).

203 **17. September, Berlin-Schöneberg**
Gegen 18.30 Uhr wird eine 20-jährige Frau auf dem Bahnsteig des S-Bahnhhofs Julius-Leber-Brücke von einer unbekannten Frau aus antimuslimischer Motivation beleidigt. Der 20-Jährigen wird an den Haaren gerissen, als die Unbekannte versucht, ihr das Kopftuch herunterzuziehen.

Polizei Berlin, 18.09.2017
Berliner Zeitung, „
rbb-online.de, „
Berliner Kurier, 17.09.2017

204 **21. September, Berlin-Prenzlauer Berg**
Eine 17-jährige Frau wird gegen 17.05 Uhr in der Storkower Straße von einem 32-jährigen Mann rassistisch beleidigt und geschlagen.

Polizei Berlin, 30.10.2017

205 **22. September, Berlin-Kreuzberg**
Ein 42-jähriger Fahrradfahrer wird gegen 13.10 Uhr auf dem Legiendamm von zwei unbekannten Männern aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt, geschlagen, am Boden liegend gegen den Kopf getreten und verletzt. Der 42-Jährige wird auch von einem dritten Mann, der hinzukommt, geschlagen und getreten.

Polizei Berlin, 23.09.2017

Berlin hat als Stadt sowohl historisch als auch aktuell einen besonderen Stellenwert in der Arbeit der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland. In den 80er Jahren hatte die afro-amerikanische Schriftstellerin und Feministin Audre Lorde an der Freien Universität eine Gastprofessur inne. Sie lernte 1984 in ihren Vorlesungen Schwarze deutsche Frauen kennen und ermutigte sie, ihre persönlichen Geschichten und Erfahrungen als Schwarze Frauen aufzuschreiben. Damit sollten sie der einseitig weißen Geschichtsschreibung ein eigene Erzählung entgegensetzen. Im Zuge dieser Arbeit entstand das Buch »Farbe bekennen«, das zu einem der wichtigsten Zeugnisse Schwarzer Selbstdarstellung in Deutschland zählt. Aus diesem Zusammenhang heraus entstand die ISD und auch die Schwesterorganisation ADEFRA – Afrodeutsche Frauen.

Seit ihrer Gründung beschäftigt sich die ISD mit zahlreichen Themen. Die Auseinandersetzung mit verschiedenen Schwarzen Lebensrealitäten führen zu einem schrittweise stattfindenden Perspektivwechsel, der aus Sicht zahlreicher Schwarzer Aktivist_innen Grundvoraussetzung für die längst überfällige Auseinandersetzung in dieser Gesellschaft ist – und zwar in allen Bereichen, mit Themen wie Kolonialgeschichte, Rassismus, dem Verhältnis des globalen Nordens zum globalen Süden, sowie Entwicklungspolitik und rassistischen Polizeikontrollen.

Die Auseinandersetzung mit verschiedenen Schwarzen Lebensrealitäten führen zu einem schrittweise stattfindenden Perspektivwechsel, der aus Sicht zahlreicher Schwarzer Aktivist_innen Grundvoraussetzung für die längst überfällige Auseinandersetzung in dieser Gesellschaft ist – und zwar in allen Bereichen, mit Themen wie Kolonialgeschichte, Rassismus, dem Verhältnis des globalen Nordens zum globalen Süden, sowie Entwicklungspolitik und rassistischen Polizeikontrollen.

Insbesondere letztere spielen in unserer Arbeit in Berlin eine zentrale Rolle. Rassistische Polizeigewalt und -kontrollen sind für viele Schwarze Menschen in Deutschland Alltag. Der Begriff Racial Profiling kommt zwar aus den USA, dort haben Racial Profiling und Polizeigewalt zum Teil aber andere Ursachen und zum Teil auch andere Folgen. Im Wesentlichen liegt dieser Polizeipraxis in beiden Ländern allerdings die selbe Logik zugrunde: eine Gruppe von Menschen wird rassistisch markiert, kriminalisiert und entsprechend von der Polizei und anderen Sicherheitsbehörden mit entwürdigenden Maßnahmen belegt.

Maßgeblich dafür ist, dass Schwarze Menschen immer noch als »fremd«, als mögliches »Gefahrenpotential« wahrgenommen werden. Es geht vermeintlich um die »Vorbeugung von Drogendelikten oder illegaler Einwanderung«.

In der Realität führt das aber oft zur anlasslosen Kriminalisierung von Menschen, die pauschal den Kategorien »fremd« und »gefährlich« zugeordnet werden. Wie Racial Profiling und rassistische Polizeiarbeit konkret aussehen kann, haben wir erst vor einigen Wochen mitbekommen, als ein Kollege in Kreuzberg von fremden Männern rassistisch beleidigt und körperlich angegriffen wurde. Als er zu seinem eigenen Schutz die Polizei rief, hörte sich einer der zwei Polizisten lediglich die andere Seite an und fing an, auf den Betroffenen einzuschlagen. Anschließend legten sie ihm Handschellen an, fuhren ihn aus der Stadt

206 **24. September, Berlin-Marzahn**
Gegen 5.40 Uhr versucht eine maskierte, dunkel gekleidete Person die Eingangstür der Gemeinschaftsunterkunft in der Paul-Schwenk-Straße mit einem Stuhl einzuwerfen. Als die Sicherheitsmitarbeiter auf die Person zugehen, entfernt sich diese schnell.

Register Marzahn-Hellersdorf

207 **25. September, Berlin-Mitte**
Ein 34-jähriger Mann wird gegen 6.25 Uhr in der Brückenstraße von einem unbekannten Mann aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt und mit der Faust ins Gesicht geschlagen.

Polizei Berlin, 19.02.2018

208 **26. September Berlin-Prenzlauer Berg**
Gegen 19.00 Uhr wird ein 41-jähriger Mann auf dem S-Bahnhof Bornholmer Straße von einem unbekannten Mann geschlagen und verletzt. Der 41-Jährige hat in der S-Bahn auf die »Heil Hitler«-Rufe des Unbekannten ablehnend reagiert.

Bundespolizei, 27.09.2017
Berliner Zeitung, — » —
Berliner Morgenpost, — » —

209 **27. September, Berlin-Internet**
Der Intendant des Friedrichstadt-Palasts erhält, nachdem er sich nach der Bundestagswahl öffentlich gegen die AfD ausspricht, Morddrohungen per Mail.

Tagesspiegel, 5.10.2017
rbb24.de, 8.10.2017

hinaus und setzen ihn aus ohne ihm mitzuteilen, wo er sich befindet. Das ist zwar einer der extremeren Fälle, und trotzdem passieren sie oft genug. Dass Betroffene von rassistischer Gewalt auf diese Weise selbst kriminalisiert werden, ist keine Ausnahme. Ihnen liegt ein kolonialrassistisches Bild zugrunde, dass Schwarze Menschen nicht leiden können – so funktioniert Dehumanisierung.

Das hat zwar auch mit dem Rassismus der Polizist_innen zu tun, rassistischer Polizeigewalt liegt aber vor allem ein strukturelles Problem zugrunde, dass über die (rassistischen) Einstellungen individueller Polizist_innen hinaus geht. Gesetzliche Regelungen wie § 22 Abs. 1a BPolG und § 23 Abs. 1 Nr. 3 BPolG, sind die Rechtsgrundlage für Racial Profiling, sie ermöglichen verdachtsunabhängige Kontrollen und Befragungen. Vor allem der Phararagraph 22 Abs. 1 erlaubt der Bundespolizei lediglich eine Befragung von Reisenden in Zügen, Bahnhöfen und Flughäfen und nur in tatsächlichen Verdachtsmomenten auch eine Identitätsfeststellung. Die Realität sieht jedoch so aus, dass vor allem Schwarze Menschen unmittelbar aufgefordert werden sich auszuweisen. Dies stellt einen klaren Verstoß gegen das Gleichbehandlungsgesetz dar und wurde entsprechend von mehren Verwaltungsgerichten entsprechend untersagt.

Die Kampagne »Ban Racial Profiling: Gefährliche Orte abschaffen«, an der die ISD maßgeblich und initiativ beteiligt ist, wird durch viele antirassistische, migrantische sowie Schwarze Organisationen getragen und wendet sich gegen die polizeiliche Praxis, einige Gebiete zu »kriminalitätsbelasteten Orten« zu erklären. An diesen Orten ist die Polizei mit Sonderrechten ausgestattet, und das hat zur Folge, dass migrantische und nicht-weiße und vor allem Schwarze Menschen gezielt kontrolliert werden.

Die Abschaffung dieser völlig intransparenten Einstufungen ist das vornehmliche Ziel. Darüber hinaus soll aber auch die Praxis des Racial Profiling durch Podiumsdiskussionen und Straßeanaktionen, z. B. am Leopoldplatz, öffentlich thematisiert und durch Videobeiträge die Stimmen von Betroffenen sichtbar gemacht werden.

Dekolonisierung des öffentlichen Raumes und der Gesellschaft

Ein weiteres tragendes Element unserer Arbeit in Berlin ist die Aufarbeitung Deutscher Kolonialgeschichte vor allem im öffentlichen Raum. Die Beteiligung Deutschlands am europäischen Kolonialprojekt wird erst nach über 100 Jahren gerade so langsam ins Bewusstsein der Deutschen gerückt und zum Teil in die Geschichtsschreibung in Deutschland. Dem sind aber lange Kämpfe vorausgegangen, eine materielle Entschädigung der Opfer des Deutschen Kolonialismus und speziell des Völkermordes an den Ovaherero und Nama ist bis heute nicht in Sicht.

Erst nach jahrzehntelangem Engagement der betroffenen Bevölkerungen in Namibia und ihrer Unterstützung durch Schwarze und antikoloniale Gruppen hat die BRD den Völkermord auch als solchen anerkannt, einen Dialog mit der Regierung Namibias begonnen und eine Aussöhnung in Aussicht gestellt. Trotz dieser Bemühungen ist jedoch schon

210 **3. Oktober, Berlin-Marzahn**
Fünf Personen werden gegen 20.00 Uhr auf der Marzahner Promenade von einem 35-jährigen Mann rassistisch beleidigt. Der 35-jährige Täter versucht eine Person zu schlagen.

Polizei Berlin, 30.10.2017

211 **4. Oktober, Berlin-Wedding**
Gegen 4.15 Uhr wird ein 32-jähriger Mann auf dem Nettelbeckplatz von einem 31-jährigen Mann rassistisch beleidigt, zu Fall gebracht und gegen den Kopf getreten.

Polizei Berlin, 30.10.2017

212 **7. Oktober, Berlin-Mitte**
Gegen 19.25 Uhr wird der Friedrichstadt-Palast mit 1900 Besucher_innen aufgrund einer Bombendrohung geräumt. Der Intendant hatte am 27. September Morddrohungen per Mail erhalten, nachdem er sich gegen die AFD ausgesprochen hatte.

Tagesspiegel, 8.10.2017

213 **7. Oktober, Berlin-Neukölln**
Ein 36-jähriger Mann wird gegen 22.20 Uhr auf dem Bahnsteig (U-Bahnhof Neukölln) von einem 34-jährigen Mann, den der 36-Jährige anspricht, weil er laut extrem rechte Musik hört und dabei »Heil Hitler« ruft, mit einem Messer bedroht.

Polizei Berlin, 8.10.2017
Berliner Zeitung, „

jetzt klar, dass diesem Prozess ein koloniales Verhältnis zugrunde liegt. So gibt es zwar Verhandlungen auf Regierungsebene zwischen der Bundesrepublik und Namibia, allerdings sind dabei die Verbände der Ovaherero und Nama nicht direkt mit eingebunden.

Die Betroffenen-Verbände sehen dies jedoch als unabdingbar an, um zu einem wirklichen Aussöhnungsprozess zu kommen. Zu dieser Forderung kommt auch, das endlich auch über Reparationen gesprochen werden muss. Bereits zu Beginn der Verhandlungen stellte Deutschland jedoch gegenüber der namibischen Regierung klar, dass es keine Entschädigung geben wird. Dies wurde vor allem damit begründet, dass Namibia von allen afrikanischen Ländern am meisten von der deutschen Entwicklungshilfe profitieren würde.

Einer der dringlichsten Punkte der Betroffenen ist die Rückführung der menschlichen Gebeine, die im Rahmen rassistischer Forschungen bis zum Ende des ersten Weltkrieges aus den heutigen Namibia, Ruanda und Tansania nach Deutschland gebracht wurden. So wurden beispielsweise die sterblichen Überreste der Überlebenden des Völkermordes in Namibia durch den Berliner Anthropologen Felix von Luschan an das Königliche Museum für Völkerkunde zu Berlin übergeben. Noch heute lagern sie in Teilen in deutschen Instituten und Sammlungen. Hier ist vor allem die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) zu nennen, die derzeit das Humboldtforum im neu errichteten Preußischen Stadtschloss baut.

Wir sind Teil des Bündnisses NoHumboldt21, das sich kritisch mit der Einrichtung des Humboldtforums im Berliner Stadtschloss beschäftigt, weil hier nicht nur das deutsche Preussentum auf problematische Art und Weise rehabilitiert wird, sondern auch die ethnologischen Sammlungen ohne eine kritische Aufarbeitung untergebracht werden sollen.

Eine weitere Forderung ist die Restitution geraubter Kulturgüter und heiliger Objekte, die im Zuge der kolonialen Raubzüge nach Europa gelangten. Dass die SPK ihre Prioritäten weiterhin auf die Zurschaustellung ethnologischer Objekte setzt, anstatt sich an der Aufarbeitung kolonialen Unrechts zu beteiligen, macht deutlich, dass es nach wie vor an einem Unrechtsbewusstsein mangelt. Dies passt im Übrigen durchaus zu der Verweigerung aller ehemaligen Kolonialmächte, endlich Verantwortung zu übernehmen für das erste und eins der größten Menschheitsverbrechen in der europäischen Geschichte.

Ein weiterer Punkt im Zusammenhang mit der kolonialen Epoche ist der öffentliche Raum. Straßennamen ehren koloniale Verbrecher oder tragen kolonialrassistische Bezeichnungen. So kämpfen wir und viele andere Organisationen seit mehr als 20 Jahre für Straßenumbenennungen in Berlin. Seit einigen Jahren veranstalten wir das M-Straßenumbenennungsfest, bei dem gefordert wird, die Berliner Mohrenstraße, nach der auch ein U-Bahnhof benannt ist, endlich umzubenennen. Bei den Umbenennungen geht es nicht darum, Berliner Geschichte und Deutsche Geschichte unsichtbar zu machen, sondern sie überhaupt zu thematisieren aus der Perspektive derjenigen, die davon betroffen waren und sind. Wir konnten in unserer Arbeit auch schon Erfolge verbuchen: So wurde 2010 das Gröbenufer in Kreuzberg in May-Ayim-Ufer umbenannt und ehrt damit nicht länger

214 **8. Oktober, Berlin-Lichtenberg**
Eine Gefangene in der Frauenjustizvollzugsanstalt Lichtenberg wird von einer Mitgefangenen rassistisch beleidigt, mit einem Besen gewürgt und verletzt. Die Gefangene ist in den vergangenen Monaten von der Angreiferin wiederholt rassistisch beleidigt worden.

Register Lichtenberg

215 **14. Oktober, Berlin-Pankow**
Gegen 6.50 Uhr wird ein 19-jähriger Mann, der aus einer Bar in der Florastraße kommt, vor dem S- und U-Bahnhof Pankow aus LGBTIQ-feindlicher Motivation mehrmals mit der Faust ins Gesicht geschlagen und verletzt. Der Täter entfernt sich unerkannt.

Polizei Berlin, 14.10.2017
Tagesspiegel, — „ —
siegessaeule.de, — „ —

216 **14. Oktober, Berlin-Lichtenberg**
Ein 30-jähriger Mann, der gegen 9.15 Uhr mit seinem Partner in den Keller des Wohnhauses in der Scheffelstraße gehen will, wird fast von einer hinuntergeworfenen Keramiksäule getroffen.

Der 30-Jährige hat seit längerer Zeit Probleme mit einer 34-jährigen Nachbarin und einem 39-jährigen Nachbarn, die ihn … aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigen.

Polizei Berlin, 17.11.2017

eine historische Person, die am transatlantischen Sklavenhandel beteiligt war, sondern die Dichterin und ISD-Mitbegründerin May Ayim.

In diesem Zusammenhang kommt es natürlich zu Gegenwind, der sich unterschiedlich stark äußert: Von der Anwohner_inneninitiative Pro-Mohrenstraße, über einschüchternde Nachrichten und Personen, die sich neben die Kundgebung stellen und den rechten Arm heben, bis zu Einschüchterungsversuchen von organisierten Rechten. Die NPD hatte 2016 in dem Teil der Mohrenstraße, an der die Kundgebung stattfand, sowie in allen Seitenstraßen an jede einzelne Laterne ein NPD-Plakat gehängt. Von der Polizei kommt, wie zu erwarten, wenig Hilfe.

Die Kämpfe um Aufarbeitung der Deutschen Kolonialgeschichte in Berlin laufen damit zwar nicht reibungslos, einige Erfolge wie die Anerkennung des Völkermordes an den Ovaherero und Nama als solchen oder die erfolgreiche Umbenennung des Gröbenufers in May-Ayim-Ufer zeigen aber auch, dass ein konstantes Thematisieren Deutscher Kolonialgeschichte so langsam Wirkung zeigt.

Bündnisarbeit

Ein tragendes Element unserer Arbeit und Teil unseres Selbstverständnisses ist die Bündnisarbeit. Weder die Kampagne zu Racial Profiling noch die zur Deutschen Kolonialgeschichte würden ohne die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Gruppen funktionieren.

Durch die Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Communities zeigt sich, dass trotz der Unterschiedlichkeit der Erfahrungen vieles eben doch sehr parallel verläuft. Ob es türkeistämmige Migrant_innen, oder Schwarze Geflüchtete sind, wenn rassifizierte Menschen sterben, ist es unsere Wahrnehmung, dass seitens staatlicher Institutionen wie Ermittlungsbehörden anders gehandelt wird, als wenn weiße Deutsche die Opfer sind. Nachdem der eritreische Asylbewerber Idris Khaled Bahray im Januar 2015 erstochen wurde, ging die Dresdner Polizei zunächst von einem Suizid oder einem Unfall aus. Erst durch Druck der Öffentlichkeit wurde ein Fremdverschulden »nicht mehr ausgeschlossen« und eine gründliche Obduktion angeordnet, die tatsächlich Messerstiche an Hals und Oberkörper fand.

Ein ähnlich empathieloses Vorgehen der Ermittlungsbehörden finden wir im Fall der Morde des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU).

Unter anderem deshalb, um institutionellen Rassismus wieder stärker und konkreter zu thematisieren, haben wir im letzten Jahr im Anschluss an das NSU-Tribunal, das im Mai 2017 in Köln stattfand, unsere aktive Mitarbeit im Bündnis ›NSU-Komplex auflösen‹ vertieft. Neben der Unterstützung in der Vorbereitungsphase beteiligten wir uns an einem Podium zu Bündnissen und Visionen antirassistischer und migrantischer Perspektiven und teilten unseren Eindruck zur Medienberichterstattung mit den Teilnehmer_innen. Kern unserer Einschätzungen war, dass die Medien eine wesentliche Mitverantwortung

217 **14. Oktober, Berlin-Hellersdorf**
Ein 19-jähriger Geflüchteter wird gegen 21.00 Uhr vor einem Jugendclub in der Senftenberger Straße aus einer Gruppe heraus von einem Mann rassistisch beleidigt und mit der Faust ins Gesicht geschlagen.

Polizei Berlin, 17.11.2017

218 **19. Oktober, Berlin-Lichtenberg**
Gegen 17.00 Uhr wird ein 30-jähriger Mann in Rummelsburg in der Fischerstraße von einem unbekannten Mann aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt, getreten und verletzt. Zeug_innen beobachten die Tat.

Polizei Berlin, 20.10.2017
queer.de, »

219 **28. Oktober, Berlin-Spandau**
Ein 48-jähriger Mann wird gegen 0.51 Uhr auf dem S-Bahnhof Spandau von einem 37-jährigen Mann rassistisch beleidigt, verfolgt, bedrängt, am Kragen seines Mantels gerissen und herumgezerrt.

Polizei Berlin, 19.02.2018

220 **28. Oktober, Berlin-Spandau**
Gegen 1.50 Uhr steht der 48-jährige Mann an einer Bushaltestelle am Altstädter Ring, als der 37-Jährige, der aus einem Fahrzeug steigt, ihn erneut rassistisch beleidigt. Der 48-Jährige wird von dem 37-jährigen Täter bedroht, indem dieser seinen Gürtel aus der Hose zieht und in seine Richtung läuft.

Polizei Berlin, 19.02.2018

tragen, in dem sie die Taten in einer höchst rassistischen Form beschrieben und sich auch nach Bekanntwerden der Täter_innen nicht adäquat entschuldigt haben. Bis auf Entschuldigungen individueller Journalist_innen hat es aber bis heute unserer Meinung nach keine umfassende kritische Reflexion der medialen Praxis zu Rassismus gegeben. In diesem Bereich muss noch viel nachgeholt werden.

Durch die Zusammenarbeit an der Auflösung verschiedener Aspekte des NSU-Komplexes (Nazis, Institutioneller Rassismus in Verfassungsschutz und Polizei, sowie rassistische Medienberichterstattung) wurden antirassistische und antifaschistische Bündnisse maßgeblich gestärkt, es findet mittlerweile ein regelmäßiger und angeregter Austausch, sowie zahlreiche gemeinsame Aktionen und Veranstaltungen statt.

Die äußerst gewinnbringende Arbeit beim Tribunal selbst und auch anschließend im Berliner Teil des Bündnisses hat verdeutlicht, wie wichtig das Zusammenwirken von Menschen ist, die negativ von Rassismus betroffen sind, und von Menschen, die antirassistische Arbeit als Notwendigkeit erkannt haben. Es hat mittlerweile nicht nur unter den verschiedenen Betroffeneninitiativen eine Vernetzung stattgefunden, sondern viele linke Zusammenhänge thematisieren die Betroffenenperspektive intern und setzten sich kritisch mit ihrer eigenen Zusammensetzung und ihrer Arbeit auseinander.

Damit hat sich gezeigt, dass Bündnisarbeit nicht nur notwendig für den gemeinsamen Austausch und die gegenseitige Unterstützung ist, sondern auch, dass wir gemeinsam einiges erreichen können – auch wenn der Weg dahin oft nicht einfach ist.

221 **29. Oktober, Berlin-Schöneberg**
Eine 36-jährige Transfrau wird gegen 21.00 Uhr in der Frobenstraße aus LGBTIQ-feindlicher Motivation aus einem vorbeifahrenden Auto heraus mit einer Flasche beworfen.

Polizei Berlin, 17.11.2017

222 **29. Oktober, Berlin-Schöneberg**
Gegen 21.05 Uhr wird ein 32-jähriger Transmann in der Frobenstraße aus LGBTIQ-feindlicher Motivation aus einem vorbeifahrenden Auto heraus mit einer Plastikflasche beworfen.

Polizei Berlin, 19.02.2018

223 **31. Oktober, Berlin-Friedrichshain**
Gegen 17.15 Uhr wird eine Frau in der Ringbahn zwischen Ostkreuz und Frankfurter Allee von einem unbekannten Mann rassistisch beleidigt. Er tritt gegen ihr Fahrrad. Als die Frau aussteigt, sagt der Mann zu ihr »Heil Hitler«. Zeug_innen, die sich einmischen, wird von ihm mehrfach ins Gesicht gespuckt.

Register Friedrichhain-Kreuzberg

224 **1. November, Berlin-Steglitz**
Ein 38-jähriger Mann wird gegen 14.30 Uhr, als er in der Schloßstraße in einen Bus steigt, von einer 51-jährigen Frau rassistisch beleidigt und mit der Faust mehrfach ins Gesicht geschlagen.

Polizei Berlin, 19.02.2018

Initiative Schwarze Menschen in Deutschland Bund e.V. (ISD)

Die »Initiative Schwarze Menschen in Deutschland Bund e.V.« (ISD) besteht seit über 30 Jahren und hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Interessen Schwarzer Menschen in Deutschland zu vertreten.
Die ISD fördert ein Schwarzes Bewusstsein und bietet eine positive Identitätsfindung für Schwarze Menschen. Sie tritt für eine antirassistische Haltung in allen gesellschaftlichen Bereichen ein, benennt und bekämpft Diskriminierung und Benachteiligungen von Schwarzen Menschen und mischt sich politisch ein.
Bestandteil der zentralen Empowerment-, Bildungs- und Informationsarbeit sind Projekte wie die Kampagne »Stop Racial Profiling« und die Ausstellung »Homestory Deutschland – Schwarze Biographien in Geschichte und Gegenwart«.

225 **2. November Berlin-Friedrichshain**
Eine 31- und eine 36-jährige Frau und ein sechs jähriges Mädchen werden gegen 18.00 vor einem Supermarkt am Wismarplatz von einem 47-jährigen Mann rassistisch beleidigt und verfolgt. Zeug_innen greifen ein.

Polizei Berlin, 3.11.2017
Tagesspiegel, ——— „ ———

226 **5. November, Berlin-Neukölln**
Gegen 2.50 Uhr werden eine unbekannte Frau sowie, ein 20-jähriger und ein 27-jähriger Mann in der U-Bahn von einem Unbekannten rassistisch beleidigt. Auf dem U-Bahnhof Blaschkoallee werden der 20- und der 27-Jährige von dem unbekannten Täter mit Reizgas besprüht und geschlagen.

Polizei Berlin, 17.11.2017

Juni 2018

Sabine Seyb
(ReachOut – Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus)

Berlin ist die Hauptstadt rechter und rassistischer Angriffe



Während 2016 die Angriffssituation in Berlin so dramatisch war wie nie zuvor, verzeichnete ReachOut für 2017 einen Rückgang rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Die Opfer dieser Angriffe finden bei ReachOut Unterstützung. Darüber hinaus wenden sich Menschen an die Beratungsstelle, die an den Folgen von institutionellem Rassismus leiden. Rassismus, der strukturell bedingt ist und in den Behörden und anderen Institutionen zum Alltag gehört, kann ebenso verletzend, manchmal sogar tödlich sein, wie der auf der Straße. Deswegen gibt der folgende Beitrag nicht nur Auskunft über die Entwicklungen, Hintergründe und Motive der Angriffe in den Berliner Stadtteilen, sondern beschreibt auch die skandalösen Umstände, die zum Suizid einer geflüchteten Frau führten. Die Leidensgeschichte von Hanaa Mallak fand bisher kaum Beachtung in den Mainstream- Medien.

227 **11. November, Berlin-Spandau**
Eine 23-jährige Frau wird gegen 21.20 Uhr in der Lynarstraße von einem unbekannten Mann aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt und mehrmals mit der Faust gegen den Rücken geschlagen.

Polizei Berlin, 19.02.2018

228 **19. November, Berlin-Schöneberg**
Ein 40-jähriger Mann, der gegen 2.00 Uhr in der Martin-Luther-Straße in Begleitung seines Freundes unterwegs ist, wird von einem unbekannten Mann aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt, bedroht und gestoßen.

Polizei Berlin, 19.02.2018

229 **21. November, Berlin-Tiergarten**
Gegen 16.20 Uhr wird ein 55-jähriger Mann in der Beusselstraße von einem unbekannten Mann rassistisch beleidigt und ihm werden der Arm und die Schulter verdreht.

Polizei Berlin, 19.02.2018

230 **22. November, Berlin-Treptow**
Eine 36-jährige Frau, die in Begleitung ihrer fünfjährigen Tochter ist, wird vor dem Aussteigen aus der S-Bahn am Bahnhof Schöneweide von einem unbekannten Fahrgast rassistisch beleidigt und bespuckt.

Polizei Berlin, 23.11.2017
Berliner Zeitung, »

ReachOut, die Berliner Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, verzeichnet für das Jahr 2017 insgesamt 267 Angriffe. Verletzt, bedroht und gejagt wurden mindestens 374 Personen, darunter 22 Kinder. Zum Vergleich: Für 2016 wurden insgesamt 380 Gewalttaten und massive Bedrohungen von uns dokumentiert. Davon betroffen waren 553 Personen.

Wir verzeichnen einen deutlichen Rückgang um etwa 30 %. Das ist eine Tendenz, die unsere Kolleg*innen aus den fachspezifischen Beratungsstellen für die anderen ostdeutschen Bundesländer auch feststellen. Dennoch: Im Vergleich finden in Berlin die meisten Angriffe statt. Und: Die Angriffszahlen liegen noch immer weit über dem hohen Niveau von 2014, also vor dem massiven Anstieg in 2015. Grund zur Erleichterung besteht also keineswegs.

Unsere Kriterien, wie wir rechte, rassistische und antisemitische Gewalt auf der Straße dokumentieren, einordnen, belegen und zählen können, sind klar. Wir wissen, wie die Betroffenen unterstützt werden können. Für die Öffentlichkeit und die politisch Verantwortlichen ist es nicht allzu schwer, sich zu empören, wenn Nazis und Rassist*innen zuschlagen. Die Täter*innen sind weit weg, brutal, gefährlich und abscheulich. Institutioneller und struktureller Rassismus hingegen wird noch immer geleugnet und verharmlost. Der konkrete Kampf dagegen ist ungleich komplizierter und häufig wenig erfolgversprechend.

Institutionellen Rassismus benennen und bekämpfen!

Auch Betroffene von institutionellem Rassismus kommen in unsere Beratung. Manchmal sind die Erlebnisse, die uns geschildert werden, so brutal und menschenverachtend, dass der Leidensdruck der Ratsuchenden kaum zu lindern ist. Lösungen zu finden, ist nicht immer möglich. Bevor wir unsere Auswertung der Angriffszahlen im Einzelnen vorstellen, schildern wir ein besonders tragisches Beispiel von institutionellem Rassismus.

Im Frühjahr 2017 sucht Herr Darwich unsere Beratung auf. Er möchte, dass die Öffentlichkeit erfährt, was seiner Familie widerfahren ist. Er möchte wissen, ob es juristische Wege geben könnte, um die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Es ist nicht der Rassismus auf der Straße, der ihm zu schaffen macht. Es ist der Tod seiner Ehefrau, den er nicht verhindern konnte und den die zuständigen Stellen bis heute ignorieren. Hanaa Mallak war psychisch krank und nahm sich das Leben.

Aber was ist an einem Suizid für uns als Beratungsprojekt für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt erwähnenswert? Was hat das mit institutionellem Rassismus zu tun?

Hanaa Mallak ist tot – Die unvollständige Chronik eines Skandals

Hanaa Mallak erreichte mit ihrer Familie am 23. Dezember 2015 nach einem langen und schweren Fluchtweg Deutschland. Wenige Tage später wurde die Familie in einer Notunterkunft des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) Müggelspree in der Köpenicker Allee in Berlin untergebracht. Ihr Zimmer befand sich in der fünften Etage. Hanaa Mallak war bereits

231 **22. November, Berlin-Mitte**
Ein 27- und ein 33-jähriger Mann werden gegen 22.00 Uhr auf dem Alexanderplatz von einem unbekannten Mann aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt und mit der Faust ins Gesicht geschlagen.

Polizei Berlin, 19.02.2018

232 **23. November, Berlin-Tiergarten**
Gegen 15.00 Uhr wird ein 55-jähriger Mann von einem Arbeitskollegen in einem Geschäft in der Beusselstraße rassistisch beleidigt. Dem 55-Jährigen wird der Arm verdreht und er wird verletzt.

Polizei Berlin, 24.11.2017

233 **26. November, Berlin-Köpenick**
Ein 36-jähriger Mann wird gegen 6.00 Uhr an einer Bushaltestelle in der Erwin-Bock-Straße von zwei unbekannten Männern rassistisch beleidigt und festgehalten. Der 36-Jährige wird von zwei weiteren Tätern geschlagen, gebissen, verletzt und seine Sonnenbrille wird geraubt.

Polizei Berlin, 26.11.2017
Tagesspiegel, „

234 **27. November, Berlin-Marzahn**
Eine Geflüchtete wird beim Passieren eines Hausdurchgangs aus einem oberen Stockwerk mit zwei Glasflaschen beworfen. Die Frau läuft daraufhin weg.

Register Marzahn-Hellersdorf

in Syrien psychisch krank. Doch ihre Krankheit verschlimmerte sich während der Flucht. Ihr Ehemann, Emad Darwich, bat deswegen gleich darum, in ein Zimmer im Erdgeschoss umziehen zu dürfen. Er wusste, wie schlecht es seiner Ehefrau geht, und fürchtete, dass sie aus dem Fenster springen würde. Seine wiederholten Bitten an Mitarbeiter*innen in der Unterkunft und bei den Behörden blieben vergeblich.

Im Januar 2016 versuchte Hanaa Mallak das erste Mal aus dem Fenster ihres Zimmers in der fünften Etage zu springen. Die drei Kinder waren anwesend und konnten sie zurückhalten. Danach, am 27. Januar, wurde Hanaa Mallak in der geschlossenen psychiatrischen Abteilung eines Krankenhauses untergebracht. Direkt nach ihrer Entlassung Ende Februar 2016 begleitete Frau Mallak ihren Ehemann zum LaGeSo, um zu beantragen, mit der Familie in eine andere, ruhigere Unterkunft umziehen zu können. Eine schriftliche Stellungnahme der behandelnden Ärzte und Ärztinnen lag der Behörde vor. Die Diagnose ist darin dokumentiert, die Empfehlung einer ruhigeren »reizarmen« Unterbringung auch. Der Sachbearbeiter lehnte die dringende Bitte des Ehepaars erneut ab und Frau Mallak brach noch im Büro zusammen. Sie wurde mit dem Krankenwagen abgeholt und musste wieder in die Psychiatrie eingewiesen werden.

Währenddessen ging Herr Darwich nahezu täglich zum LaGeSo, um eine andere Unterkunft zu bekommen, damit seine Frau sich nach der Entlassung endlich erholen kann. Weder DRK noch Heimleitung noch LaGeSo reagierten auf die Stellungnahme der Klinik und die Bitten des Ehemanns. Am 23.3. 2016 wurde Hanaa Mallak aus der Klinik entlassen und musste zurück in die Notunterkunft in den fünften Stock. An einem der darauf folgenden Tage unternahm Hanaa Mallak den zweiten Suizidversuch. Die Kinder konnten sie wieder zurückhalten. Ihr Zustand verschlimmerte sich nach dem Klinikaufenthalt und mit der Einnahme von Psychopharmaka zusehends. Einen Notfalltermin beim behandelnden Neurologen, um den sich der Ehemann verzweifelt bemühte, erhielt sie nicht.

Hanaa Mallak starb am 12. Mai 2016 auf dem Weg in ein Krankenhaus, nachdem sie sich aus einem Fenster im fünften Stock der Notunterkunft Köpenicker Allee gestürzt hatte. Ihre Kinder waren im Raum, als sie sprang. Dem Ehemann wurde die Begleitung seiner noch lebenden Frau im Rettungswagen verwehrt. Erst Stunden später, gegen Mitternacht, erfuhren Emad Darwich und seine Kinder, dass Hanaa Mallak gestorben war. Sie wurden, unmittelbar nachdem sie diese Nachricht erhalten hatten, in einem Raum im Erdgeschoss der Notunterkunft eingesperrt, die Tür wurde abgeschlossen. Als Herr Darwich sich am frühen Morgen gegen 5:00 Uhr die Hände waschen wollte, um zu beten, wurde er von Polizisten zur Toilette begleitet und danach wieder eingeschlossen. Am Mittag gegen 13:30 Uhr wurde die Familie zunächst in den Hangar am Flughafen Tempelhof und dann am 18. Mai 2016 in eine Unterkunft in der Marburger Straße gefahren. Eine besondere Unterstützung und Begleitung erhielt die trauernde Familie nicht. Am 14. Juni 2016 wurde ihnen dann eine eigene Wohnung, im Süden der Stadt, zugeteilt.

235 **29. November, Berlin-Charlottenburg**
Gegen 23.00 Uhr wird ein 29-jähriger Angestellter in einem Imbiss in der Reichsstraße von einem unbekannten Mann aus rassistischer Motivation bedroht.

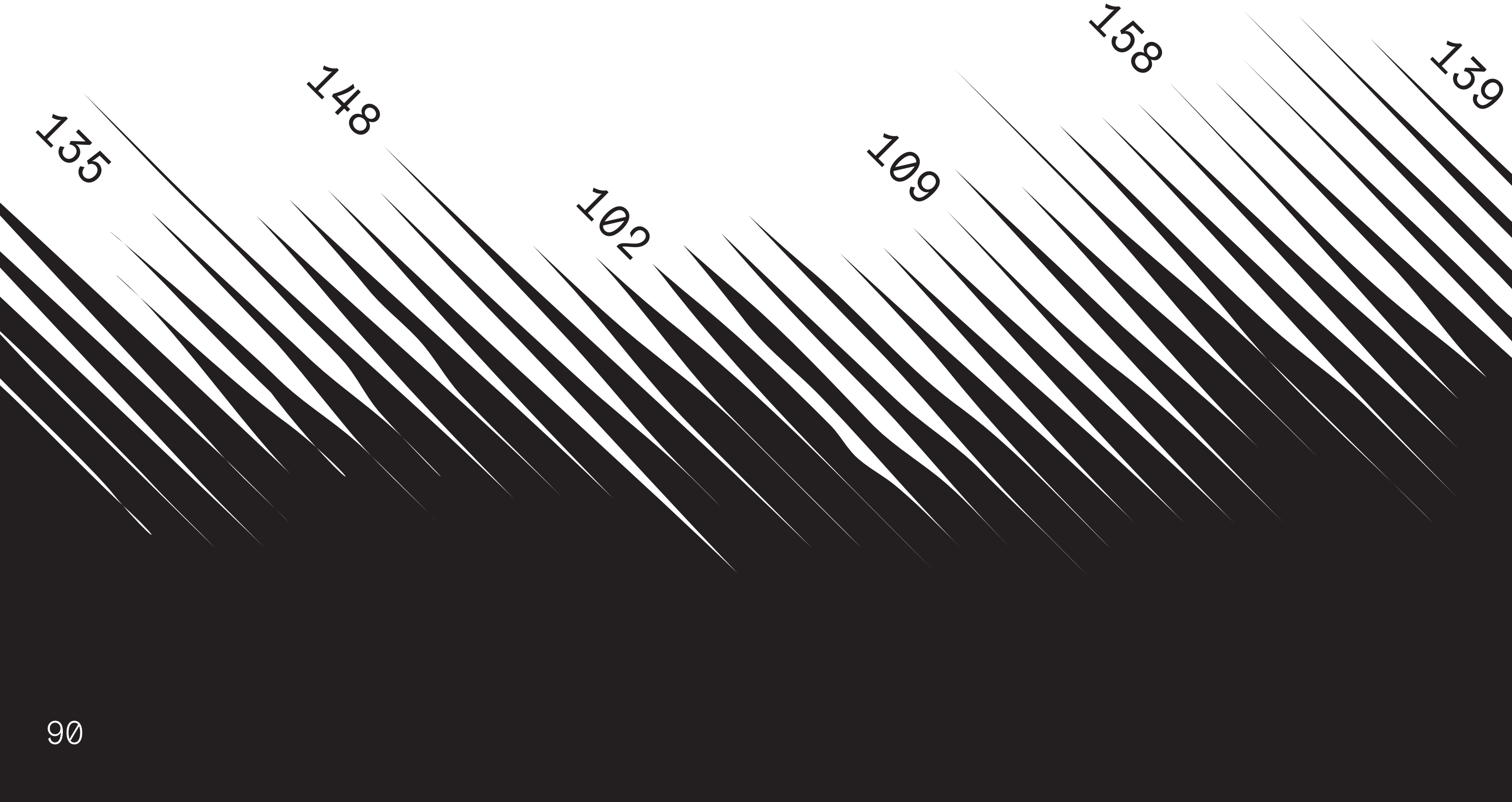
Der Unbekannte zeigt den Hitlergruß, schlägt in die Richtung … des 29-Jährigen, trifft aber nicht, und schießt symbolisch auf den Angestellten.

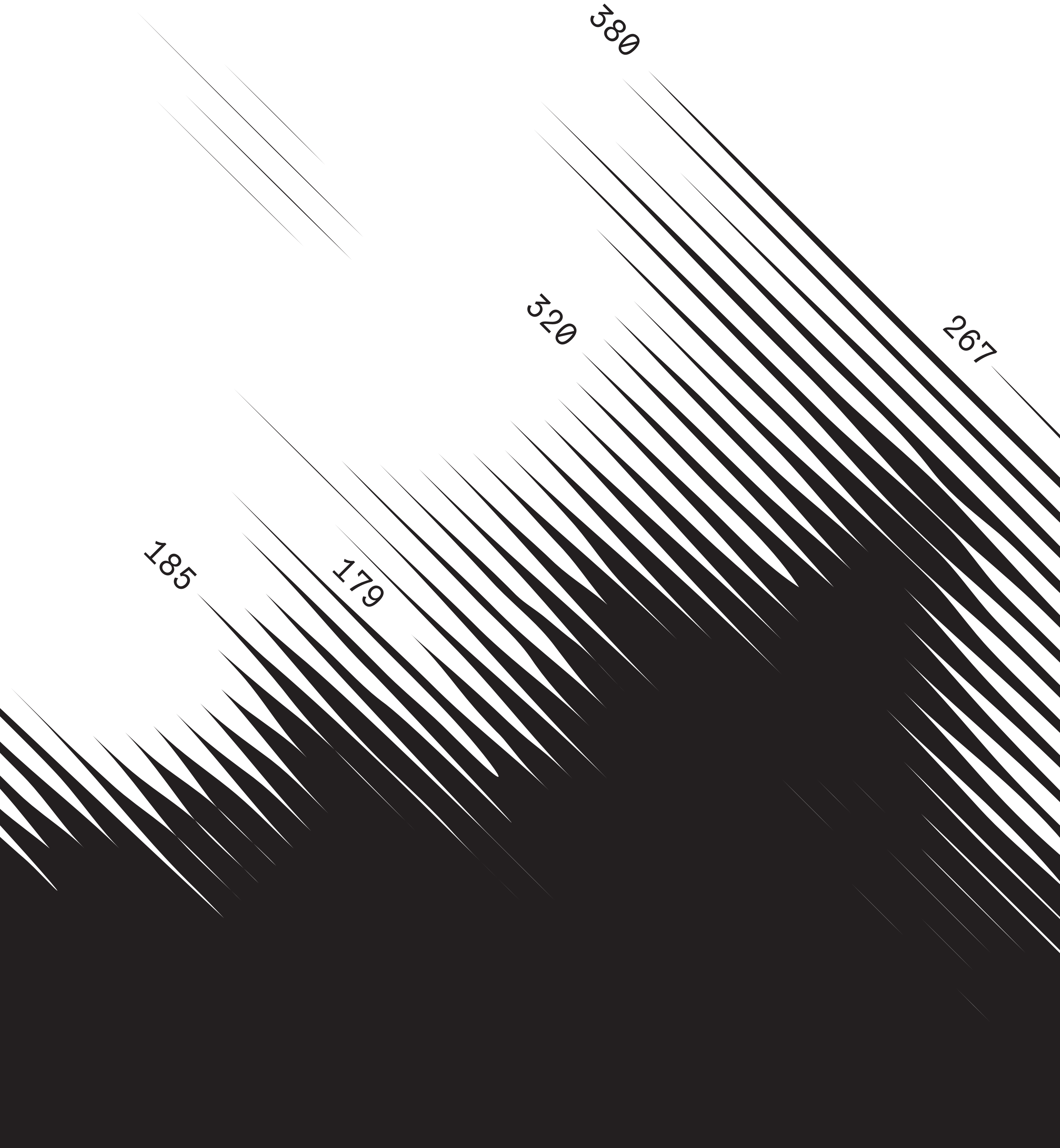
Polizei Berlin, 30.11.2017
Berliner Morgenpost, – »
Berliner Zeitung, 1.12.2017

236 **29. November, Berlin-Charlottenburg**
Anschließend wird ein 43-jähriger Mitarbeiter eines benachbarten Imbiss durch den selben Täter rassistisch beleidigt und massiv bedroht, indem der ihn symbolisch erschießt.
Polizei Berlin, 30.11.2017
Berliner Morgenpost, — »
Berliner Zeitung, 1.12.2017

Angriffe 2007–2017

Entwicklung rechter, rassistischer
und antisemitischer Angriffe in Berlin
Stand: 13. März, ReachOut




380
320
267
185
179

Weil Herr Darwich mit dem Anliegen zu uns kam, dass die Öffentlichkeit erfahren solle, was seiner Ehefrau, ihm und seinen Kindern widerfahren ist, haben wir eine Broschüre herausgegeben. Denn wir sind fest davon überzeugt: *»Rassismus findet überall statt. Wer ihn bekämpfen will, muss denen zuhören, die ihm täglich ausgesetzt sind.«* (Zitat: Plakat-Aufruf zum Tribunal NSU-Komplex auflösen)

»Rassismus findet überall statt. Wer ihn bekämpfen will, muss denen zuhören, die ihm täglich ausgesetzt sind.«

Die Geschichte von Hanaa Mallak und ihrer Familie hat uns fassungslos und wütend gemacht. Wie war es möglich, dass fast ein Jahr lang niemand in der Unterkunft und in den Behörden das Schweigen brach? Wie war es möglich, dass niemand die Medien informiert hat? Erst, als es Herrn Darwich gelang, sich selbst Unterstützung zu suchen, erfuhren wir, was geschehen war, und konnten den Skandal veröffentlichen.

Auch bei unserer Auswertung und Veröffentlichung der Angriffssituationen geht es uns letztendlich darum, die Perspektive der Betroffenen zu stärken und die scheinbare Normalität rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt zu durchbrechen.

Insgesamt erfuhren wir 2017 von 267 Angriffen in Berlin. Aus welchen Motiven, an welchen Orten und in welchen Stadtteilen diese Gewalttaten und massiven Bedrohungen verübt wurden, stellen wir im Folgenden dar.

Rechte, rassistische und antisemitische Gewalt: Motive – Orte – Hintergründe

Wie bereits seit Jahren war auch 2017 Rassismus das häufigste Tatmotiv. In 140 (2016: 233) Fällen wurden deswegen Menschen bedroht und verletzt. Das bedeutet einen Rückgang rassistischer Gewalt um 48 Prozent. Linke, vor allem Antifaschist*innen, wurden 40 Mal (2016: 32) angegriffen. 67 (2016: 70) Gewalttaten wurden gegen Personen aufgrund ihrer sexuellen Identität verübt. 13 (2016: 31) Angriffe waren antisemitisch motiviert.

Orte

114 (2016: 135) Angriffe fanden im öffentlichen Raum statt. Insgesamt 61 (2016: 87) davon wurden in öffentlichen Verkehrsmitteln, an Bahnhöfen und Haltestellen verübt. Die Angriffe im Wohnumfeld sind trotz des Rückgangs der Gesamtzahlen mit 32 fast gleich geblieben (2016: 38). Solche Angriffe sind für die Betroffenen besonders bedrohlich und existentiell, weil ihnen ihre Rückzugmöglichkeiten, ihre Sicherheit genommen werden soll. Davon betroffen waren 2017 hauptsächlich politische Gegner*innen (20 Angriffe), die ausgespäht wurden und deren Wohnadressen in den Fokus von Neonazis gerieten. In 10 Fällen wurden Menschen im unmittelbaren Wohnumfeld aus rassistischen Motiven angegriffen.

In Neukölln fanden insgesamt 14, in Wedding 8 der Angriffe im Wohnumfeld statt. Hierbei handelt es sich offensichtlich um gut vorbereitete Aktionen von Neonazis. Erinnern wir uns an den Februar 2017:

*In der Nacht des 8.2. wurden Fassaden, Eingangsbereiche und Hausflure von sechs Wohnhäusern in Nordneukölln mit den Namen von dort lebenden Linken und Antifaschist*innen*

237 **4. Dezember, Berlin-Kreuzberg**
Nachmittags wird ein bekannter Abgeordneter der Linken am Oranienplatz aus nationalistischer Motivation von einem unbekannten Mann beleidigt und durch einen Schlag auf den Kopf verletzt. Er erstattet Anzeige bei der Polizei.

Tagesspiegel, 4.12.2017
Taz, 5.12.2017
rbb24.de, – »

238 **8. Dezember, Berlin-Kreuzberg**
Gegen 23.00 Uhr werden ein 52-jähriger Betreiber eines Spätkaufs in der Wiener Straße und eine 52-jährige Frau von einem 43- und einem 45-jährigen Mann rassistisch beleidigt. Dem 52-Jährigen wird von dem 45 Jahre alten Mann ins Gesicht gespuckt und die 52-Jährige wird von dem 43-Jährigen geschlagen.

Polizei Berlin, 9.12.2017

239 **10. Dezember, Berlin-Charlottenburg**
Eine 52-jährige Frau, die in ihrem Auto in der Schloßstraße wartet, wird gegen 16.30 Uhr von einem unbekannten Mann rassistisch beleidigt. Der Mann versucht die Frau zu schlagen und die Scheibenwischer zu beschädigen.

Polizei Berlin, 10.12.2017

besprüht, ergänzt durch Bedrohungen und Beleidigungen, die sich direkt gegen diese Personen richteten.

Bereits in der Nacht zuvor geschah das Gleiche an mindestens sieben Wohnhäusern in Wedding. All diese Schmierereien ähnelten denen, die bereits Ende Dezember 2016 an sechs Neuköllner Wohnhäusern hinterlassen wurden.

Immer wieder sind aber Angriffe im Wohnumfeld auch rassistisch motiviert. Zum Beispiel: *Am 5.3. wurde eine Familie in einem Wohnhaus in der Hochstedter Straße in Wedding wiederholt von einem Nachbarn aus antimuslimischer Motivation schikaniert und massiv bedroht. Gegen 22.00 Uhr beschädigte der Nachbar die Wohnungstür und zündete die Fußmatte an. Die Familie erstattete Anzeige.*

Am 6.4. wurde eine 17-jährige Jugendliche, die in einem Mietshaus in der Aronstraße in Neukölln wohnt, von einer Gruppe Jugendlicher aus der Nachbarschaft antiziganistisch beleidigt, mit einem Stein beworfen und verletzt. Die Frau wurde wiederholt von den Jugendlichen angegriffen und beleidigt.

Straftaten

Bei den meisten der von uns dokumentierten Fälle handelt es sich um gefährliche (106) oder einfache Körperverletzungen (102). Darüber hinaus erfuhren wir von 46 Nötigungen und Bedrohungen.

Bezirke

Die meisten Angriffe, insgesamt 60 (2016: 68), fanden in Mitte (mit den Stadtteilen Mitte: 19, Tiergarten: 15 und Wedding: 26) statt. Davon waren 22 rassistisch motiviert. 20 Taten richteten sich dort gegen Menschen aufgrund ihrer sexuellen Identität. In Neukölln registrierte ReachOut 36 (2016: 38) Angriffe, darunter weiterhin massive Einschüchterungsversuche, Bedrohungen und Brandanschläge, die sich gegen Personen richteten, die für ihr Engagement gegen Rechts und Rassismus bekannt sind. Weitere Angriffsschwerpunkte liegen in den Stadtteilen Friedrichshain (18), Charlottenburg (16), Marzahn und Schöneberg (je 15), Kreuzberg und Treptow (je 14).

Zur Situation in Neukölln

Ein Blick auf die Situation in Neukölln in den vergangenen 10 Jahren macht deutlich, dass die massiven Bedrohungen und Brandanschläge gegen politische Gegner*innen in Neukölln keine neuen Entwicklungen sind. Seit 2007 haben wir allein in unserer Chronik 164 Angriffe in Neukölln dokumentiert. Antifaschist*innen und andere linke Aktivist*innen sind dort schon sehr lange im Fokus neonazistischer Verfolgung, Bedrohung und Gewalt. Auch bezüglich rassistisch motivierter Gewalt war und ist die Situation in Neukölln auffällig. In der Rückschau ist die Zahl der Angriffe vergleichbar mit denen in Marzahn oder Lichtenberg. Schon 2008 gab es Brandanschläge auf Wohnhäuser von Migrant*innen im

240 **10. Dezember, Berlin-Marzahn**
Zwei Jugendliche im Alter von 15 und 16 Jahren werden gegen 0.30 Uhr in der Landsberger Allee von zwei unbekannten Männern aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt und ins Gesicht geschlagen.

Polizei Berlin, 19.02.2018

241 **14. Dezember, Berlin-Mitte**
Zwei Männer im Alter von 26 und 36 Jahren, die gegen 2.10 Uhr mit einem Taxi zur Leipziger Straße fahren, werden am Ziel von dem Taxifahrer aus LGBTIQ-feindlicher Motivation ins Gesicht geschlagen und verletzt.

Polizei Berlin, 19.02.2018

242 **14. Dezember, Berlin-Neukölln**
Ein 18- und ein 19-jähriger Mann werden gegen 20.10 Uhr in der Sonnenallee von einem 28-jährigen Mann angegriffen. Aus LGBTIQ-feindlicher Motivation wird einem von dem 28-Jährigen mit der Faust ins Gesicht geschlagen und einem in den Daumen gebissen.

Polizei Berlin, 19.02.2018

243 **18. Dezember, Berlin-Wedding**
Gegen 20.40 Uhr wird eine Gruppe von Personen im U-Bahnhof Gesundbrunnen aus einer anderen Gruppe heraus von einem 17-jährigen Mann rassistisch beleidigt und mit Flaschen beworfen. Ein 18-jähriger Zeuge greift ein und wird ins Gleisbett gestoßen, aus dem er von einem anderen Zeugen gerettet wird.

Polizei Berlin, 19.12.2017

südlichen Neukölln. Der Mord an Burak Bektaş vor 6 Jahren ist bis heute nicht aufgeklärt. Wir werten ihn zumindest als einen rassistisch motivierten Verdachtsfall. Luke Holland wurde vor drei Jahren aus extrem rechten Motiven ebenfalls in Neukölln ermordet. Da sind wir sicher. Wie ließe es sich auch sonst anders einordnen? Der Mörder von Luke Holland äußerte sich laut Zeug*innen mehrfach rassistisch und sympathisierte mit (neo-)nazistischer Ideologie. In seiner Wohnung waren zahlreiche NS-Devotionalien und mehrere Waffen gefunden worden.

Es ist daher ein Skandal, dass die Ermittlungsbehörden und das Gericht keinen extrem rechten Hintergrund des Mordes erkennen wollen. So behauptete die Leiterin der für Rechtsextremismus zuständigen Abteilung des LKA, Frauke Jürgen-El Hansali, am 21. 3. 2018, dass es in Neukölln bisher keine rechten Tötungsdelikte gegeben habe. Sie widerspricht damit dem »Definitionssystem« des BKA. Danach sind Delikte als »Hasskriminalität« einzuordnen, *»wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen eine Person, wegen ihrer zugeschriebenen Nationalität (…) gerichtet sind und die Tathandlung damit im Kausalzusammenhang steht (…)«.*

Gut, dass im Bezirk mehrere Bündnisse gegen Rechts und Rassismus aktiv sind und sich konsequent mit den Betroffenen von Angriffen solidarisch zeigen. Der Beschluss der BVV, dass die Taten im Bezirk endlich als Terror bezeichnet werden sollten und dementsprechend ermittelt werden muss, ist zu begrüßen. Die konsequente und klare Positionierung auf bezirkspolitischer Ebene kam allerdings reichlich spät.

Gründe für den Rückgang der Angriffe

Im vergangenen Jahr zeigte sich deutlich: Je weniger lokale Aufmärsche und Kundgebungen sich direkt gegen Geflüchtete richten, desto weniger Angriffe finden statt. Wir gehen, ähnlich wie das apabiz, davon aus, dass sich die sogenannten Wutbürger*innen und organisierten Neonazis durch die Präsenz der AfD in den Parlamenten offenbar gut vertreten fühlen und sich Forderungen und Proteste direkt an die Parteien in Bundestag und Abgeordnetenhaus richten. So wurden auch Aktionen und Kundgebungen nach Mitte, rund um den Bundestag, verlagert.

Einen Grund zur Entwarnung sehen wir dennoch nicht. Denn der Rückgang vor allem der rassistischen Gewalt kann auch ein Zeichen dafür sein, dass sich die möglichen Opfer dieser Angriffe vorsichtiger oder auch anders, beispielsweise nur in Gruppen im öffentlichen Raum bewegen, um sich selbst zu schützen. Abzuwarten bleibt nun, in welcher Weise sich die rassistische Hetze in den Parlamenten, allen voran die der AfD, aber natürlich auch die Äußerungen von Vertreter*innen anderer Parteien wie beispielsweise des »Heimatministers« auf die Stimmung auf der Straße auswirken werden.

244 **19. Dezember, Berlin-Köpenick**
Ein 19-jähriger Jugendlicher, der gegen 15.50 Uhr mit seinem Lebenspartner in der Tram in der Edisonstraße sitzt, wird von drei Männern im Alter von 44, 33 und 15 Jahren aus LGBTIQ-feindlicher Motivation in der Tram verfolgt, an den Haaren gezogen und geschlagen.

Polizei Berlin, 19.02.2018

245 **21. Dezember, Berlin-Schöneberg**
Gegen ein Restaurant in der Fuggerstraße, dessen Besitzer am 19. Dezember 2017 von einem Mann aus antisemitischer Motivation bedroht wurde, werden von drei Jugendlichen aus der gleichen Motivation Feuerwerkskörper geworfen. Personen, die sich im Restaurant aufhalten, werden nicht verletzt.
Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)

246 **22. Dezember, Berlin-Neukölln**
Ein 23-jähriger und ein 28-jähriger Mann werden gegen 15.30 Uhr in der Sonnenallee aus einer Gruppe von sechs Personen heraus von zwei Männern aus LGBTIQ-feindlicher Motivation angegriffen und verletzt.

Polizei Berlin, 23.12.2017

Die Broschüre **»In Erinnerung an Hanaa Mallak«** ist unter www.reachout.berlin als pdf herunterzuladen und kann in der Druckfassung kostenlos bei ReachOut bestellt werden. Darin dokumentiert ist auch die »unvollständige Chronik eines Skandals«. Der Text wurde für diesen Beitrag sprachlich angepasst und gekürzt.

247 **23. Dezember, Berlin-Tiergarten**
Gegen 5.10 Uhr werden eine 21-jährige Frau sowie ein 24-jähriger und ein 27-jähriger Mann beim Verlassen eines Clubs in der Straße des 17. Juni im Hansaviertel von einer Männergruppe rassistisch beleidigt, geschlagen und getreten.

Polizei Berlin, 19.02.2018

248 **27. Dezember, Berlin-Hellersdorf**
Gegen 14.45 Uhr werden eine 35-jährige geflüchtete Frau und ihre Söhne im Alter von 15 und 17 Jahren vor einem Supermarkt in der Mark-Twain-Straße von einem 27-jährigen Mann rassistisch beleidigt und gestoßen. Zeugen rufen die Polizei.

Polizei Berlin, 28.12.2017
Berliner Morgenpost, „
Neues Deutschland, „

249 **31. Dezember, Berlin-Lichtenberg**
Eine 33-jährige Frau wird gegen 21.00 Uhr in der Rhinstraße in Friedrichsfelde zusammen mit ihren zwei- und elfjährigen Nichten und dem vierjährigen Neffen von einem unbekannten Mann rassistisch beleidigt und mit Böllern beworfen. Als ihr Mann die Polizei rufen will, flieht der Täter mit einem weiteren Mann.

Polizei Berlin, 2.01.2018
Tagesspiegel, „
Berliner Zeitung, „
Berliner Morgenpost, „
rbb24.de, „

Literaturhinweise



Amjahid, Mohamed: **Unter Weißen. Was es heißt, privilegiert zu sein**, Carl Hanser Verlag, Berlin/München 2017

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.V. (apabiz): **magazine, Rechte Printmedien und die AfD**, Berlin 2018
Download unter: www.apabiz.de

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.V. (apabiz): **Auf ausgetretenen Pfaden: Extrem rechte und asylfeindliche Straßenproteste in Berlin 2017**, Berlin 2018
Download unter: www.apabiz.de

Bergold-Caldwell, Denise, Laura Digoh, Hadija Haruna-Oelker, Christelle Nkwendja-Ngnoubamdjum, Camilla Ridha und Eleonore Wiedenroth-Coulibaly: **Spiegelblicke. Perspektiven Schwarzer Bewegung in Deutschland**, Orlanda Frauenverlag, Berlin 2016

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) (Hrsg.): **Wachsam sein! Zum Umgang mit rechten und rechtsextremen Einschüchterungsversuchen und Bedrohungen**, Berlin 2017
Download unter: www.mbr-berlin.de

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) (Hrsg.): **Feste feiern ohne Nazis. Handlungsempfehlung für störungsfreie Straßenfeste**, Berlin 2015
Download unter: www.mbr-berlin.de

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) (Hrsg.): **»Wir holen uns unser Land und unser Volk zurück«. Empfehlungen zum Umgang mit rechtspopulistischen Parteien in Parlamenten und Kommunen**, Berlin 2017
Download unter: www.mbr-berlin.de

Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA e.V.): **Widerspruchstoleranz. Ein Methodenhandbuch zu antisemitismuskritischer Bildungsarbeit**, Berlin 2017
Download unter: www.kiga-berlin.org

ReachOut – Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus (Hrsg.): **In Erinnerung an Hanaa Mallak**, Berlin 2017
Download unter: www.reachoutberlin.de

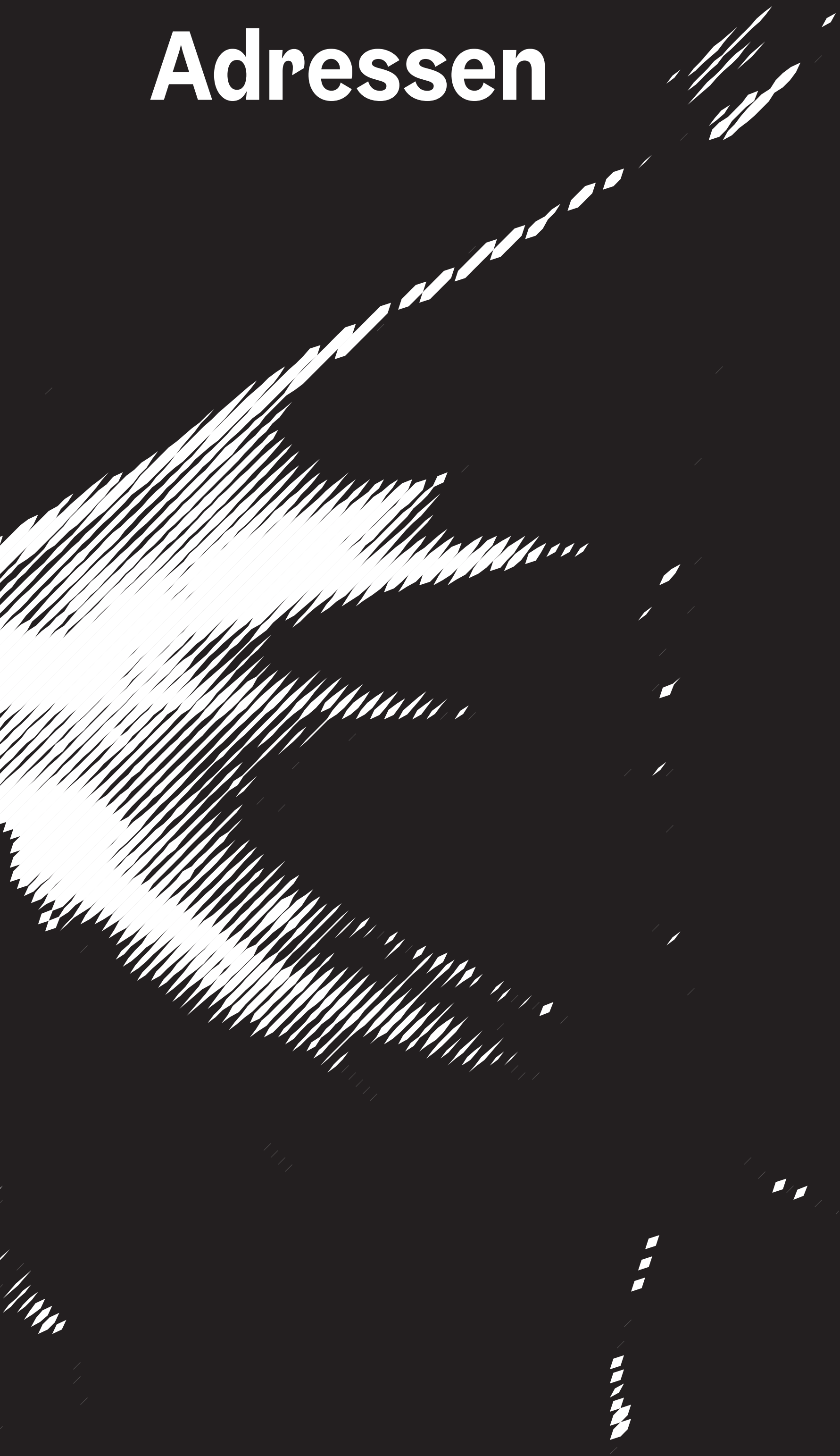
Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS) und Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK) (Hrsg.): **Antisemitische Vorfälle 2017**, Berlin 2018
Download unter: www.report-antisemitism.de

Sanders, Eike, Kirsten Achtelik und Ulli Jentsch: **Kulturkampf und Gewissen. Medizinethische Strategien der »Lebensschutz«-Bewegung**, Verbrecher Verlag, Berlin 2018

Teidelbaum, Lucius: **Obdachlosenhass und Sozialdarwinismus**, unrast transparent, rechter rand band 13, Unrast Verlag, Münster 2013

Von der Behrens, Antonia (Hrsg.): **Kein Schlusswort: Nazi-Terror, Sicherheitsbehörden, Unterstützernetzwerk,** VSA Verlag, Hamburg 2018

Adressen



antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e. V. (apabiz)

Lausitzer Str. 10
10999 Berlin

Telefon: +49 (0)30 611 62 49
mail@apabiz.de
www.apabiz.de
www.rechtsaussen.berlin
www.nsu-watch.info
www.rechtesland.de

Berliner Obdachlosenhilfe e. V.

Buttmannstr. 1A
13357 Berlin

Telefon: +49 (0)30 51 30 48 96
kontakt@berliner-obdachlosenhilfe.de
www.berliner-obdachlosenhilfe.de

Freundeskreis im Gedenken an die rassistischen Brandanschläge von Mölln 1992

gedenkenmoelln1992@posteo.de
www.gedenkenmoelln1992.wordpress.com

Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş

c/o ARI e.V.
c/o Netzwerk Selbsthilfe
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

burak-initiative@web.de
www.burak.blogsport.de/
www.gedenkort-fuer-burak.org

Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland Bund e.V. - (ISD)

c/o Jonas Berhe
Rhönstr. 53
60316 Frankfurt am Main

ISD Bund Büro Berlin
Lausitzer Straße 10
10999 Berlin
Telefon +49 (0)30 70 08 58 89

isdbund@isdonline.de
www.isdonline.de

Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus e.V. (KIgA)

Kottbusser Damm 94
10967 Berlin

Tel.: +49 (0)30 23 58 82 30
mail@kiga-berlin.org
www.kiga-berlin.org

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)

Gleimstraße 31
10437 Berlin

Telefon: +49 (0)30 817 98 58 10
Fax: +49 (0)30 817 98 58 29
info@mbr-berlin.de
www.mbr-berlin.de

Neuköllner Buchläden gegen Rechtspopulismus und Rassismus

www.fb.com/neukoellner.buchlaeden.gegen.rassismus/
neukoellner.buchlaeden@gmx.de

ReachOut – Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

Beusselstr. 35 (Hinterhaus 4. Etage)
10553 Berlin

Telefon: +49 (0)30 69 56 83 39
E-Mail: info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de/

Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)

c/o Verein für Demokratische Kultur e. V. (VDK)
Gleimstraße 31
10437 Berlin

Telefon: +49 (0)30 817 98 58 18
info@report-antisemitism.de
www.report-antisemitism.de

Weitergabe oder Vervielfältigung

 Die herausgebenden Projekte werden gefördert durch das Berliner Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus der Berliner Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung. Wir danken den Fördermitgliedern des apabiz, die mit ihren Spenden die Erstellung dieser Publikation unterstützt haben.

Demokratie. Vielfalt. Respekt. In Berlin.
Das Landesprogramm

be Berlin
Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung



Berliner Zustände
Ein Schattenbericht über Rechts-extremismus, Rassismus
und Antisemitismus im Jahr 2017

Herausgeber*innen
apabiz & MBR im Juni 2018

V. i. S. d. P.:
Christoph Schulze
c/o apabiz e. V.
Lausitzer Straße 10
10999 Berlin

Druck
Drucktechnik Altona

Gestaltung
gegenfeuer.net

Schutzgebühr
4 Euro

Das Bildkonzept nimmt den Untertitel der Publikation »Schattenbericht« im weitesten Sinne auf. Zu sehen sind abstrahierte Bildausschnitte, für deren konkrete Zuordnung in ein Gesamtbild Informationen fehlen. Dadurch wird ein Gefühl provoziert, dass etwas im Verborgenen liegt, was aufgedeckt werden müsste. Ergänzt wird dieser Ansatz durch die Leerstellen in der Chronik, die stellvertretend für Angriffe stehen, die nicht sichtbar gemacht werden (konnten).

mbr

mobile beratung gegen
rechtsextremismus berlin

apabiz

antifaschistisches pressearchiv
und bildungszentrum berlin e.v.